



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

04 | 2013

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Rheinland-Pfalz regional: Westerwaldkreis

Bruttoinlandsprodukt 2012

Schulen 2012/13



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Akademie Deutscher Genossenschaften ADG, Schloss Montabaur

In dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte steht der Westerwaldkreis im Fokus der Reihe "Rheinland-Pfalz regional". Rund 198 000 Menschen leben in diesem Kreis, der zwischen den beiden bedeutenden Metropolregionen Rhein-Ruhr und Rhein-Main liegt. Damit zählt der Westerwaldkreis zu den bevölkerungsstärksten Landkreisen in Rheinland-Pfalz.

B e i l a g e : Faltblatt „Frauen“

04 | 2013

STATISTISCHE MONATSFESTE

66. Jahrgang

kurz + aktuell 311

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Außenhandel ■ Insolvenzen
Gründungen ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Ver-
dienste ■ Bildung ■ Umwelt ■ Verkehr ■ Steuern

Verbraucherpreise 328

Rheinland-Pfalz in Karten: Genehmigte Wohnungen 2012
nach Verwaltungsbezirken 329

Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012
um 0,9 Prozent gestiegen 330

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und
berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2012/13 338

Rheinland-Pfalz regional: Westerwaldkreis 355

Daten zur Konjunktur 376

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 405

Neuerscheinungen 421

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion sinkt zum Jahresbeginn

Im Vergleich zum Vormonat Dezember sank die Produktion preis-, kalender- und saisonbereinigt im Januar 2013 um 1,6 Prozent. Sowohl die Konsumgüterhersteller (-5,2 Prozent) als auch die Vorleistungsgüterproduzenten (-2,4 Prozent) verringerten ihren Ausstoß. Dagegen verzeichneten die Investitionsgüterhersteller eine um 3,8 Prozent höhere Produktion. Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie meldeten der Maschinenbau (-1,7 Prozent) und die chemische Industrie (-0,8 Prozent) Rückgänge, während der Güterausstoß im Fahrzeugbau kräftig stieg (+9,8 Prozent).

Gegenüber dem Januar 2012 verringerte sich der Output um 1,9 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduzenten (-4,1 Prozent) und die Konsumgüterproduzenten (-3,1 Prozent) verzeichneten einen Produktionsrückgang. Dagegen produzierten die Investitionsgüterhersteller mehr als im Vorjahr (+5,3 Prozent). Von den drei großen Branchen registrierten die chemische Industrie (-10 Prozent) und der Maschinenbau (-8,3 Prozent) einen Rückgang des Güterausstoßes. Der Fahrzeugbau produzierte dagegen 20 Prozent mehr als im Januar 2012.

Industrie erhält im Januar weniger Aufträge

Im Vergleich zum Vormonat verringerte sich der Auftragseingang im Januar 2013 preis-, kalender- und

Gütergruppe / Branche	Januar 2013	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu	
	Dezember 2012	Januar 2012
Entwicklung der Produktion		
Industrie	-1,6 % ↓	-1,9 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,4 % ↓	-4,1 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	3,8 % ↑	5,3 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-5,2 % ↓	-3,1 % ↓
Chemie	-0,8 % ↓	-10,4 % ↓
Fahrzeugbau	9,8 % ↑	20,0 % ↑
Maschinenbau	-1,7 % ↓	-8,3 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge		
Industrie	-3,7 % ↓	-5,9 % ↓
Inland	-0,9 % ↓	-3,5 % ↓
Ausland	-5,7 % ↓	-7,7 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-7,5 % ↓	-3,8 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	2,3 % ↑	-7,3 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-1,6 % ↓	-13,7 % ↓
Chemie	-10,8 % ↓	-2,6 % ↓
Fahrzeugbau	2,4 % ↑	6,7 % ↑
Maschinenbau	2,4 % ↑	-24,3 % ↓

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

saisonbereinigt um 3,7 Prozent. Während die Inlandsnachfrage leicht zurückerholung (-0,9 Prozent), verschlechterte sich die Auslandsnachfrage deutlich (-5,7 Prozent). Die Vorleistungsgüterproduzenten (-7,5 Prozent) und die Konsumgüterproduzenten (-1,6 Prozent) verbuchten geringere Auftragseingänge. Die Nachfrage nach Investitionsgütern stieg leicht um 2,3 Prozent. Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie verzeichnete die chemische Industrie einen kräftigen Rückgang der Bestellungen um elf Prozent. Dagegen stieg die Nachfrage

im Fahrzeugbau und im Maschinenbau jeweils um 2,4 Prozent.

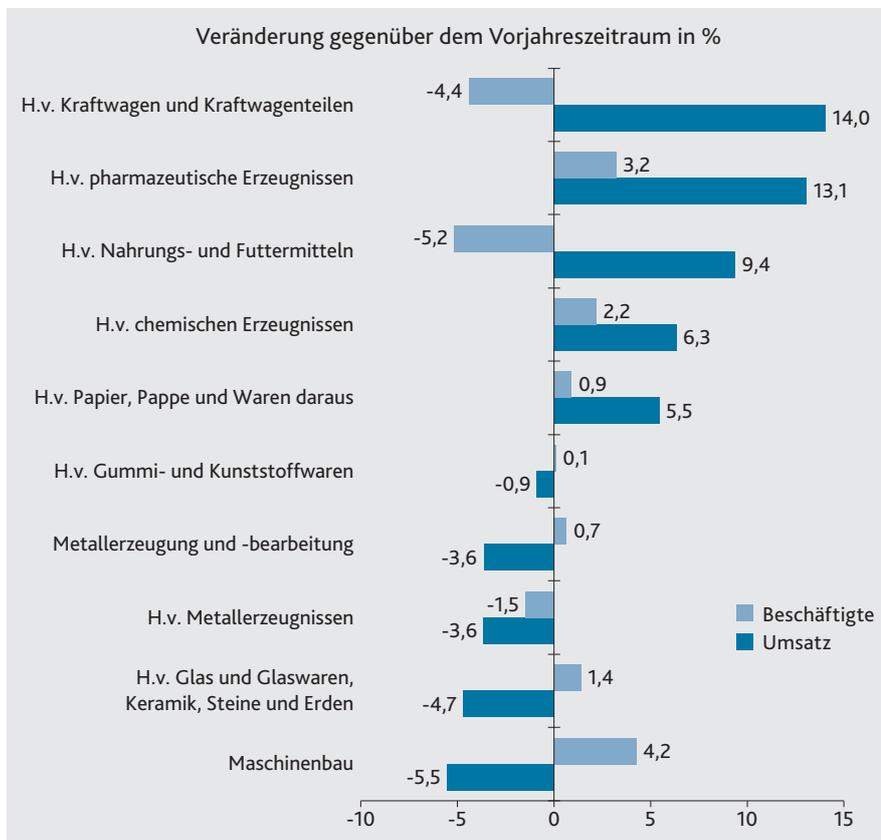
Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Auftragseingänge in der rheinland-pfälzischen Industrie im Januar um 5,9 Prozent verschlechtert. Die Inlandsnachfrage fiel 3,5 Prozent niedriger aus als im Januar 2012. Im Auslandgeschäft wurde ein Auftragsminus von 7,7 Prozent verbucht. Sowohl die Konsumgüterproduzenten (-14 Prozent) als auch die Investitionsgüterproduzenten (-7,3 Prozent) und die Vorleistungsgüterproduzenten (-3,8 Prozent) verzeichneten

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Umsätze und Beschäftigte im Januar 2013 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Nachfragerückgänge. Von den drei großen Branchen des Landes registrierten der Maschinenbau (-24 Prozent) und die chemische Industrie (-2,6 Prozent) einen Rückgang der Nachfrage. Im Fahrzeugbau gingen dagegen mehr Aufträge ein als im Vorjahr (+6,7 Prozent).

Industrieumsätze mit starkem Jahresauftakt

Die rheinlandpfälzische Industrie erzielte im Januar 2013 Umsätze in Höhe von 6,7 Milliarden Euro. Das waren 4,6 Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: unverändert). Die Auslandserlöse stiegen

deutlich um 7,4 Prozent (Deutschland: +2,2 Prozent) und auch die Inlandsumsätze zogen um 1,6 Prozent an (Deutschland: -1,8 Prozent). Das Auslandsgeschäft machte 54 Prozent des Gesamtumsatzes aus (Exportquote Deutschland: 46,9 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten ist im Jahr 2012 um 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Mit 247 663 Personen waren im Januar 2013 rund 1200 bzw. 0,5 Prozent mehr als im Vorjahresmonat Dezember beschäftigt (Deutschland: +1,1 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war 0,5 Prozent höher als im Vorjahresmonat (Deutschland: +0,8 Prozent).

Die Hälfte der zehn umsatzstarken Industriebranchen erzielte im Januar 2013 teils deutlich höhere Umsätze als im Vorjahresmonat. Vor allem die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie die Pharmaindustrie verzeichneten überdurchschnittliche Erlöszuwächse (+14 bzw. 13 Prozent). In beiden Wirtschaftszweigen wurde die gute Entwicklung maßgeblich vom Auslandsgeschäft getragen (+26,5 bzw. 15 Prozent); allerdings stiegen die Inlandserlöse der Pharmahersteller ebenfalls kräftig (+9,6 Prozent), während der Inlandsabsatz der Kraftfahrzeugbranche stockte (-0,1 Prozent). Von einer guten Umsatzentwicklung profitierten auch die Hersteller von Nahrungs und Futtermitteln (+9,4 Prozent), die chemische Industrie (+6,3 Prozent) sowie die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+5,5 Prozent). Die Nachfrage nach Produkten des Maschinenbaus ist demgegenüber merklich gesunken (-5,5 Prozent). Ursächlich für diesen Rückgang war vor allem die Umsatzentwicklung mit dem Ausland (-8 Prozent), und auch die Inlandsgeschäfte verzeichneten einen kleinen Einbruch (-1 Prozent). Bei den übrigen Wirtschaftszweigen lagen die Umsätze ebenfalls teils deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Auftragseingänge und Umsätze im Bauhauptgewerbe sinken zu Jahresbeginn

Die Auftragseingänge im rheinlandpfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Januar 2013 im Vorjahresvergleich um 7,5 Prozent gesunken. Gegenüber dem Vormonat Dezember 2012 kam

es zu einer deutlichen Verschlechterung um 39 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich um vier Prozent gegenüber dem Ergebnis vom Januar 2012, im Vormonatsvergleich war ein kräftiger Rückgang um 57 Prozent zu verzeichnen.

Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die Auftragseingänge um 7,5 Prozent gesunken. Im Hochbau wurde eine erhöhte Nachfrage registriert (+4,1 Prozent), die in erster Linie auf die positive Entwicklung im öffentlichen Hochbau zurückzuführen ist (+34 Prozent). Dagegen zeigte sich im Tiefbau eine ungünstige Entwicklung (-20 Prozent). Dort kam es in allen Bereichen zu deutlichen Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Im Vergleich zum Januar 2012 ging der baugewerbliche Umsatz um vier Prozent auf rund 118 Millionen Euro zurück. Während es im Hochbau zu einer Verbesserung kam (+7 Prozent auf etwa 75 Millionen Euro), waren im Tiefbau deutlich sinkende Umsätze zu verzeichnen (-19 Prozent auf rund 43 Millionen Euro).

Im Vormonatsvergleich ging die Nachfrage nach Bauleistung – nicht zuletzt aufgrund des Winterwetters – kräftig zurück. Auch in den vergangenen Jahren war im Januar häufig eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Gegenüber Dezember 2012 verringerten sich die Auftragseingänge um 39 Prozent. Alle Bereiche des Bauhauptgewerbes meldeten deutliche Rückgänge. Im Hochbau wurde ein Minus von 32 Prozent festgestellt, der

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

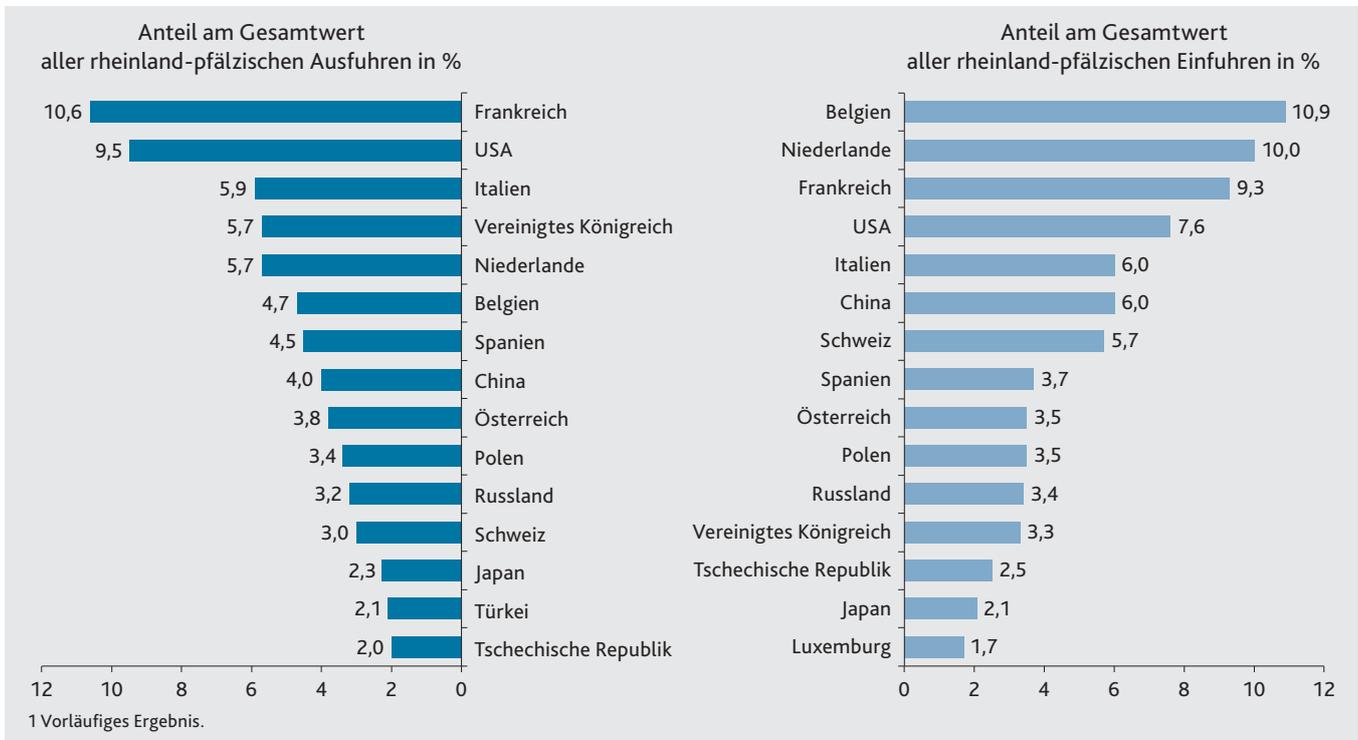
Indikator	Januar 2013	
	Veränderung des Indexwertes zu	
	Dezember 2012	Januar 2012
Auftragseingang	-38,8 % ↓	-7,5% ↓
Hochbau insgesamt	-31,8 % ↓	4,1% ↑
Wohnungsbau	-21,4 % ↓	-12,2% ↓
gewerblicher Hochbau	-37,1 % ↓	2,1% ↑
öffentlicher Hochbau	-32,8 % ↓	33,7% ↑
Tiefbau insgesamt	-46,4 % ↓	-20,0% ↓
gewerblicher Tiefbau	-54,4 % ↓	-23,0% ↓
öffentlicher Tiefbau	-48,8 % ↓	-18,7% ↓
Straßenbau	-38,2 % ↓	-19,0% ↓
Baugewerblicher Umsatz	-57,3 % ↓	-4,0% ↓
Hochbau insgesamt	-50,7 % ↓	7,0% ↑
Wohnungsbau	-37,5 % ↓	-1,9% ↓
gewerblicher Hochbau	-61,3 % ↓	24,7% ↑
öffentlicher Hochbau	-34,9 % ↓	-7,3% ↓
Tiefbau insgesamt	-65,4 % ↓	-18,6% ↓
gewerblicher Tiefbau	-60,7 % ↓	-26,9% ↓
öffentlicher Tiefbau	-64,3 % ↓	1,8% ↑
Straßenbau	-68,1 % ↓	-25,7% ↓

Tiefbau hatte Einbußen von 46 Prozent zu verkräften.

Gegenüber dem Vormonat kam es im Januar 2013 zu einem saisontypischen Rückgang des baugewerblichen Umsatzes um 57 Prozent. Im Vergleich zum Dezember 2012 beliefen sich die Umsatzeinbußen im Hochbau auf 51 Prozent; im Tiefbau gab es eine Verschlechterung um 65 Prozent. Alle Bereiche des Bauhauptgewerbes hatten erhebliche Umsatzeinbrüche. Der stärkste Rückgang war im Straßenbau zu beobachten (-68 Prozent). Mit einem Minus von 35 Prozent im öffentlichen Hochbau fiel selbst der schwächste Rückgang immer noch sehr kräftig aus.

Export 2012 mit neuem Rekordergebnis

Der rheinlandpfälzische Export ist 2012 im dritten Jahr in Folge gewachsen. Nach vorläufigen Zahlen wurden Güter im Wert von 46,4 Milliarden Euro exportiert, das waren 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +3,4 Prozent). Damit wurde der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2011 nochmals um 1,6 Milliarden Euro übertroffen. Der Wert importierter Güter ging leicht zurück. Es wurden Waren im Wert von 31,4 Milliarden Euro eingeführt, das waren 0,3 Prozent weniger als im Jahr 2011 (Deutschland: +0,7 Prozent). Damit wurde der bisherige Höchstwert des Jahres 2011 um 101,5 Millionen Euro verfehlt. Sowohl die Einfuhren

Die 15 wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner 2012¹

als auch die Ausfuhren lagen 2012 über dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008.

Um 0,6 Prozent niedriger als im Vorjahr fielen die Exporte in europäische Länder aus, während es bei allen anderen Kontinenten Zuwächse gab. Der Wert der Ausfuhren in EU-Länder reduzierte sich um 1,5 Prozent. Für den Rückgang verantwortlich waren die Ausfuhren in die Euro-Zone, die um 2,7 Prozent unter dem Vorjahreswert lagen, während der Handel mit den übrigen EU-Staaten um 1,7 Prozent wuchs. In europäischen Staaten, die nicht der EU angehören, setzte die rheinland-pfälzische Wirtschaft 4,2 Prozent mehr ab als 2011.

Die absolut größten Rückgänge standen für Italien, Frankreich und

Spanien zu Buche, auf den nächsten Rängen folgten Belgien und in die Niederlande. Den größten Zuwachs gegenüber dem Jahr 2011 verzeichnete Griechenland, gefolgt von der Slowakei und Finnland.

Trotz der Rückgänge bleibt Europa der mit Abstand größte Absatzmarkt für die rheinland-pfälzische Wirtschaft. Gut zwei Drittel der Exporte wurden auf dem Kontinent getätigt, knapp 57 Prozent allein in der EU, rund 40 Prozent in der Euro-Zone.

Mit Anteilen von jeweils knapp 15 Prozent folgten Asien und Amerika. Die Ausfuhren nach Asien stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Prozent, der Export nach Amerika wuchs um 22,5 Prozent. Hierfür waren vor allem Zuwächse im Handel mit den

USA verantwortlich, der um fast 33 Prozent zulegte.

Der Wert der Einfuhren aus Europa stieg insgesamt um 1,2 Prozent. Aus EU-Ländern wurde 1,9 Prozent mehr eingeführt, aus der Euro-Zone 0,8 Prozent mehr. Für die Nicht-Euro-Länder innerhalb der EU stand ein Plus von 5,8 Prozent zu Buche, während aus dem übrigen Europa 2,3 Prozent weniger eingeführt wurde.

Insgesamt stammten im Jahr 2012 gut 73 Prozent aller Einfuhren aus Europa, wobei 62 Prozent auf die EU entfielen. Aus der Euro-Zone kamen 48 Prozent aller Importe. Asien folgt auf der Liste der Kontinente mit 14 Prozent, aus Amerika kamen knapp elf Prozent der Einfuhren.

Weniger Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2012

Im vergangenen Jahr stellten deutlich weniger rheinland-pfälzische Unternehmen und Verbraucher Insolvenzanträge als im Jahr 2011. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging um elf Prozent auf 1 094 zurück. Dies ist der niedrigste Stand im vergleichbaren Zeitraum seit 2002. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent auf 4 518 Fälle.

Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten fiel mit 5 212 jedoch um 17 Prozent höher aus als im Vorjahr. Die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen lag mit 1,2 Milliarden Euro erheblich (+145 Prozent) über dem Wert des Jahres 2011 und erreichte wieder das Niveau der Jahre 2009 und 2010. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 1,12 Millionen Euro verschuldet (2011: 408 000 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (204) und aus dem Baugewerbe (196), gefolgt vom Gastgewerbe (118) und dem verarbeitenden Gewerbe (103).

Die Insolvenzhäufigkeit war in der Landeshauptstadt Mainz mit 9,7 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen am höchsten. Unter den Kreisen meldete der Landkreis Neuwied den höchsten Wert (12,3). Am niedrigs-

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2002–2012



ten war die Insolvenzhäufigkeit in der kreisfreien Stadt Trier (3,7). Der Kreis Trier-Saarburg wies unter den Landkreisen den günstigsten Wert auf (1,9).

Eine Verbraucherinsolvenz beantragten 4 518 Personen, 2,7 Prozent weniger als im Jahr 2011. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen belief sich aktuell auf 279 Millionen Euro, das waren 3,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher betrug damit 61 791 Euro (2011: 62 333 Euro).

Zahl der Betriebsgründungen rückläufig

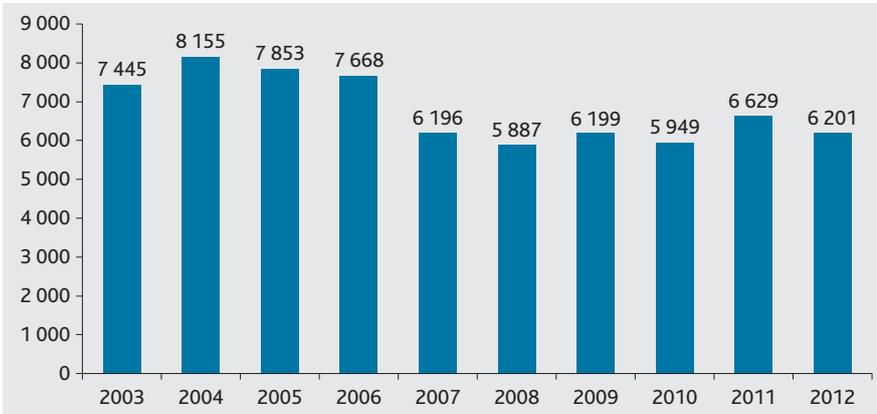
In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2012 weniger Betriebe gegründet, bei denen aufgrund der Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz

vermutet werden kann. Die Zahl dieser Betriebsgründungen sank im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 Prozent auf 6 201. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Die Zahl der Betriebsgründungen schwankt in den zurückliegenden Jahren um den Wert von 6 000 herum. Sie liegt damit unter dem Niveau früherer Jahre. Zwischen 2003 und 2007 wurden jährlich zwischen 7 000 und 8 000 Betriebsgründungen gezählt.

Die Anzahl der sonstigen Neugründungen lag im Jahr 2012 um 9,1 Prozent niedriger als im Vorjahr. Von 23 656 derartigen Anmeldungen

Betriebsgründungen 2003–2012



waren 13 016 Gründungen im Nebenerwerb. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die nicht über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügen.

Bei 5 641 Betriebsaufgaben im Jahr 2012 lässt die Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen. Wegen möglicher zeitlicher Verzögerung zwischen Betriebsaufgabe und Abmeldung ist eine Gegenüberstellung der An- und Abmeldungen für ein Jahr nicht aussagekräftig. Jedoch liegt auch im längerfristigen Vergleich die Zahl der Betriebsgründungen höher als die der Betriebsaufgaben. In den zurückliegenden zehn Jahren wurden insgesamt rund 12 000 Betriebe mehr gegründet als aufgegeben.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 36 467 Gewerbe angemeldet, das waren 7,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Durch Neugründungen wurden 82 Prozent der Gewerbeanmeldungen veranlasst. Elf Prozent entfielen auf Zuzüge aus anderen

Gewerbebezirken, 6,6 Prozent auf Übernahmen infolge Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt sowie 0,3 Prozent auf Umwandlungen.

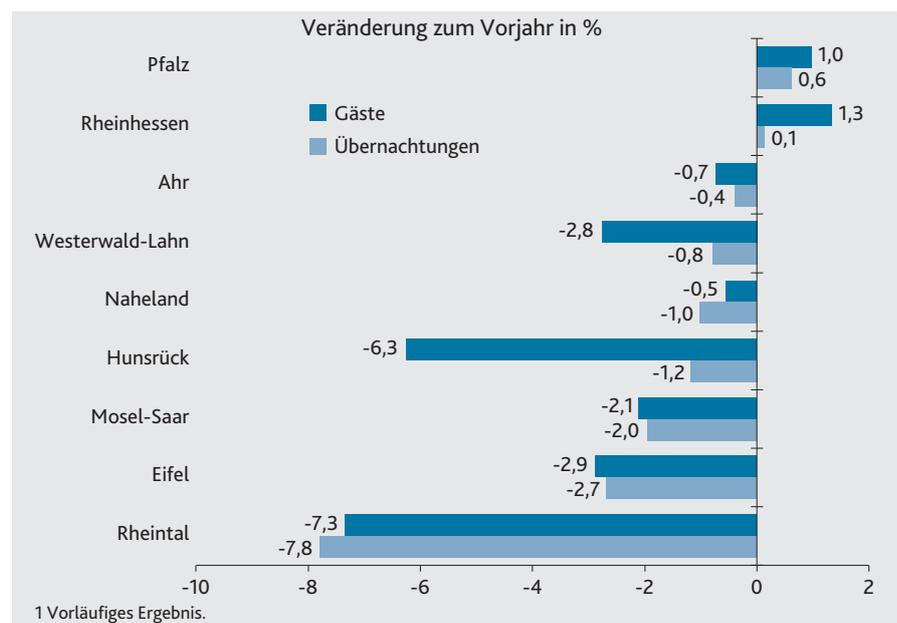
Tourismus mit Gäste- und Übernachtungsrückgang im Jahr 2012

Der rheinland-pfälzische Tourismus verzeichnete im Jahr 2012 rückläufige

Gäste- und Übernachtungszahlen. Die Zahl der Gästeankünfte lag mit 8,2 Millionen um 1,9 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die Anzahl der Übernachtungen verminderte sich um 1,8 Prozent auf 22,2 Millionen. Dennoch lag das Ergebnis über den Ankunfts- und Übernachtungszahlen des Jahres 2010. In der langfristigen Betrachtung wurde 2012 das zweithöchste Gäste- und das dritthöchste Übernachtungsaufkommen erzielt.

Gut 6,4 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz im Jahr 2012, das waren zwei Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste ging ebenfalls um zwei Prozent auf 17,2 Millionen zurück. Rückläufig war auch die Entwicklung bei den Gästen aus dem Ausland: Hier sank die Zahl der

Gäste und Übernachtungen 2012¹ nach Tourismusregionen



Gästekünfte um 1,7 Prozent auf 1,8 Millionen und die der Übernachtungen um 1,1 Prozent auf fünf Millionen.

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländerinnen und Niederländer nach wie vor die mit Abstand größte Gruppe, an zweiter und dritter Stelle gefolgt von Gästen aus Belgien und den USA. Von diesen drei Gästegruppen verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr lediglich die Belgier eine Zunahme der Übernachtungszahlen um 0,7 Prozent, während die Übernachtungen der Gäste aus den Niederlanden und den USA um 3,4 bzw. 3,2 Prozent zurückgingen. Teils stark rückläufig waren die Übernachtungszahlen bei den Gästen aus Großbritannien (-5,4 Prozent) und Frankreich (-4 Prozent). Merkliche Zuwächse gab es demgegenüber bei den Herkunftsländern Polen (+16 Prozent) und Dänemark (+6,9 Prozent).

Ein Gäste- und Übernachtungsplus meldeten die Beherbergungsbetriebe in der Pfalz (Gästekünfte: +1, Übernachtungen: +0,6 Prozent) und in Rheinhessen (+1,3 bzw. +0,1 Prozent). Besonders deutliche Rückgänge gab es in der Tourismusregion Rheintal (-7,3 bzw. -7,8 Prozent). Diese Region hatte im Jahr 2011 durch die Bundesgartenschau in Koblenz zweistellige Zuwächse bei Gästen und Übernachtungen verbucht. Trotz des Rückgangs im Jahr 2012 lagen sowohl die Gäste als auch die Übernachtungszahlen deutlich über denen vergangener Jahre.

Unter den Betriebsarten konnten lediglich die Pensionen, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen im Jahr 2012 zulegen. Privatquartiere verzeichneten ein höheres Gästeaufkommen, mussten aber niedrigere Übernachtungszahlen in Kauf nehmen. Die anderen Betriebsarten mussten teils deutliche Gäste- und Übernachtungsrückgänge hinnehmen. Hierzu gehörten vor allem die Ferienzentren (Gästekünfte: -7,2 Prozent, Übernachtungen: -2,7 Prozent) und Gasthöfe (-5,7 bzw. -5 Prozent) sowie die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime (jeweils -3,9 Prozent).

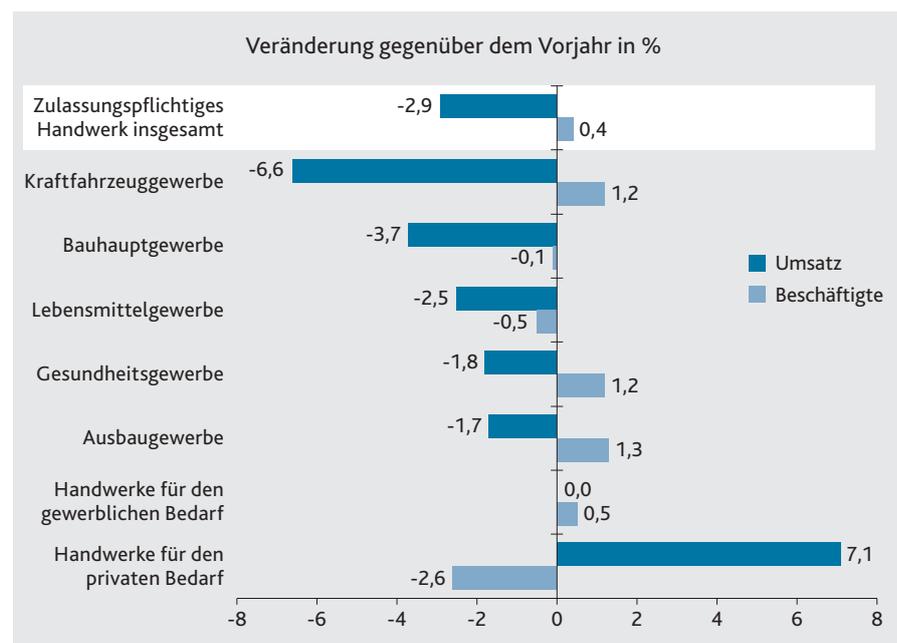
Umsatz der Handwerksbetriebe rückläufig

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz musste im Jahr 2012

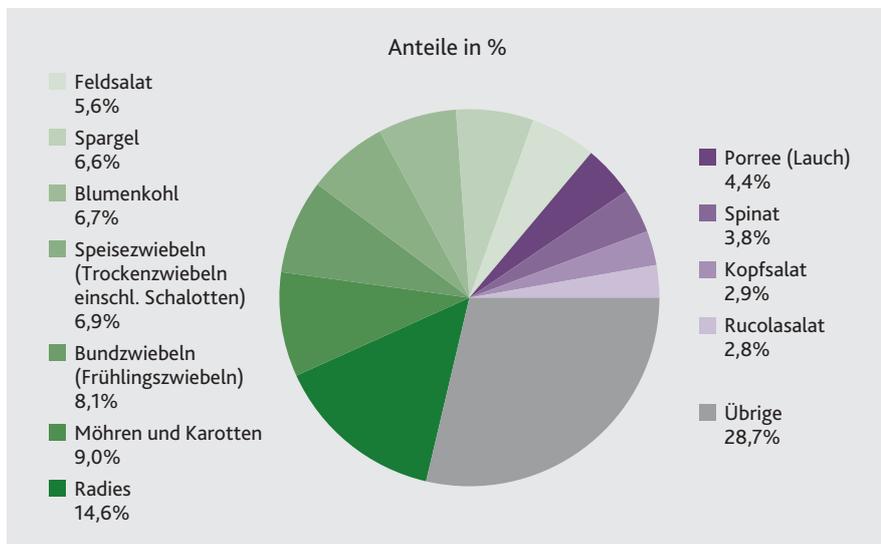
einen Umsatzrückgang hinnehmen. Nach vorläufigen Berechnungen sanken die Umsätze um 2,9 Prozent. Ein Umsatzplus von 7,1 Prozent verzeichneten die Handwerke für den privaten Bedarf. Die Umsätze der Handwerke für den gewerblichen Bedarf lagen auf dem Niveau des Vorjahres. In den restlichen fünf Gewerbegruppen sanken die Umsätze gegenüber 2011, wobei das Kraftfahrzeuggewerbe mit -6,6 Prozent den stärksten Rückgang verzeichnete.

Die Zahl der Beschäftigten lag um 0,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. In vier der sieben Gewerbegruppen gab es mehr Beschäftigte. Die größten Zuwächse verzeichneten das Ausbaugewerbe (+1,3 Prozent) sowie das Kraftfahrzeug- und das Gesundheitsgewerbe mit einem Plus von jeweils 1,2 Prozent.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2012 nach Gewerbebezweigen



Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland 2012 nach Arten



Gemüseanbau weiter auf Expansionskurs

Die erwerbsmäßige Erzeugung von Gemüse konzentriert sich in Rheinland-Pfalz im Rhein-Pfalz-Kreis. Die in diesem Landkreis ansässigen 142 Betriebe bauten im Jahr 2012 auf einer Fläche von fast 11 500 Hektar Gemüse an. Sie bewirtschafteten damit 59 Prozent der Freilandflächen für Gemüse im Land. In Rheinland-Pfalz bauten im vergangenen Jahr 487 Betriebe auf 19 400 Hektar Freilandflächen über 40 verschiedene Gemüsearten an. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 erstreckte sich die Gemüseanbaufläche auf 13 900 Hektar. Neben dem Rhein-Pfalz-Kreis verfügten die landwirtschaftlichen Betriebe im benachbarten Landkreis Germersheim mit 3 600 Hektar über größere Gemüseanbauflächen. Der Anbau von Gemüse unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, wie Gewächs-

häusern, ist in Rheinland-Pfalz mit 58 Hektar von geringer Bedeutung.

Die Gemüse anbauenden Betriebe wurden im Laufe der Jahre immer größer. Während heute ein Betrieb auf durchschnittlich 40 Hektar Gemüse anbaut, waren es im Jahr 2000 erst 15 Hektar. Von den insgesamt 490 Betrieben verfügten knapp ein Drittel über eine Anbaufläche von 20 Hektar und mehr. Sie bewirtschafteten 86 Prozent der gesamten Anbaufläche des Landes.

Trotz der Vielfalt an Gemüsearten haben sich die Betriebe auf wenige Arten spezialisiert. Auf ein Anbauareal von jeweils über 1 000 Hektar kamen sieben Gemüsearten. Der größte Anteil an der Anbaufläche entfiel mit fast 15 Prozent auf Radieschen. Sie wuchsen auf über 2 800 Hektar. Es folgten Möhren und Karotten (9,0 Prozent der Anbaufläche), Bundzwiebeln (8,1 Prozent) Speise-

zwiebeln (6,9 Prozent), Blumenkohl (6,7 Prozent), Spargel (6,6 Prozent) und Feldsalat (5,6 Prozent).

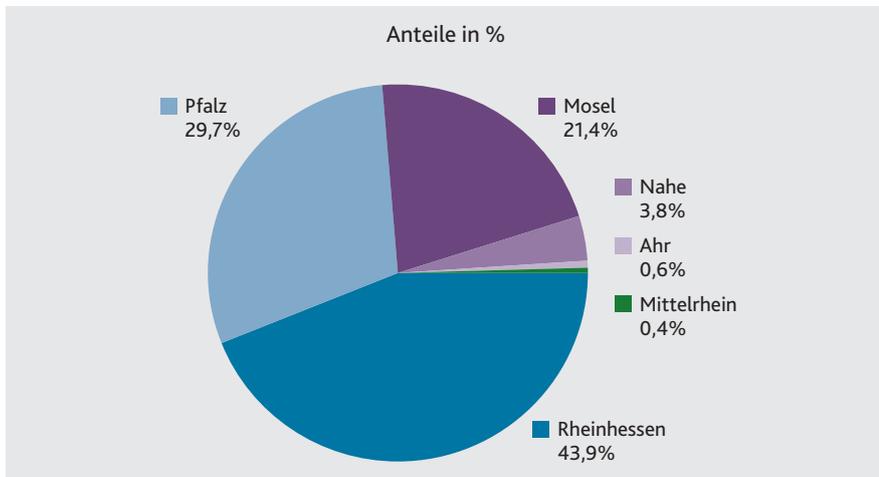
Die Betriebe produzierten rund 677 000 Tonnen Gemüse. Wegen der geänderten Erhebungsmethodik ist die Vergleichbarkeit zum Vorjahr eingeschränkt. Im Jahr 2011 betrug die Produktionsmenge 558 000 Tonnen. Über die Hälfte der Erntemenge entfiel auf das Wurzel- und Knollengemüse. Hierzu gehören Möhren und Karotten sowie Radieschen. Blatt- und Stängelgemüse – vor allem Salate und Spargel – trug rund 23 Prozent zur Erntemenge bei.

Neben Gemüse werden im Rahmen der Erhebung auch die Anbauflächen von Erdbeeren erfragt. Auf insgesamt 700 Hektar bauten 133 Betriebe Erdbeeren an und erzielten eine Erntemenge von knapp 4 600 Tonnen.

Weinerzeugung geht leicht zurück

Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2012 knapp 5,9 Millionen Hektoliter Wein. Das stellt gegenüber der Vorjahresmenge von 6,1 Millionen Hektoliter eine Abnahme um 2,1 Prozent dar. Die Weinerzeugung blieb damit erneut unter dem zehnjährigen Durchschnitt von knapp 6,2 Millionen Hektoliter. Für den Ausbau zu Prädikatsweinen – wie Spät- und Auslesen – waren 27 Prozent der Moste vorgesehen. Das waren über 100 000 Hektoliter mehr als im Vorjahr. Dementsprechend nahm der Anteil des

Weinerzeugung 2012 nach Anbaugebieten



Mostes ab, der zu Qualitätsweinen verarbeitet wurde (64 Prozent). Die restlichen 8,6 Prozent sollen als Wein oder als Landwein vermarktet werden.

Von der gesamten Weinerzeugung entfielen knapp 65 Prozent auf Weißwein. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteilswert geringfügig gestiegen. Größere Unterschiede gibt es beim Ausbau der roten und weißen Weinstöcke. Von den weißen Rebsorten werden 38 Prozent zu Prädikatsweinen angebaut, während es bei den roten Sorten nur 7,5 Prozent sind. Ursächlich hierfür sind die unterschiedlichen Vermarktungswege für Weiß- und für Rotwein.

Moste müssen nicht in dem Anbaugebiet, in dem die Trauben gewachsen sind, zu Wein ausgebaut werden. Deshalb zeigen sich in einigen Anbaugebieten größere Unterschiede bei der Betrachtung nach der Herkunft der Moste und dem Standort der Kellerei bzw. des Wein ausbauenden

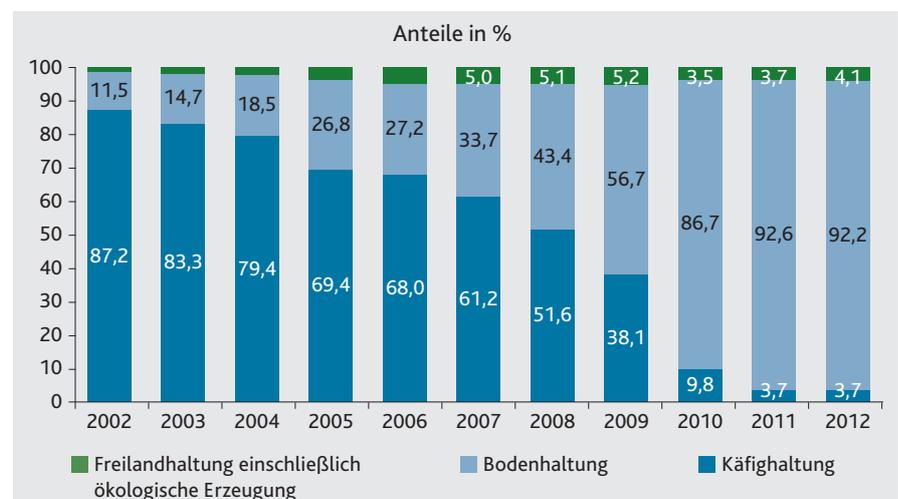
Betriebes. Die größte Abweichung weist das Anbaugebiet Mosel auf. Die hier ansässigen Betriebe bauten fast 1,3 Millionen Hektoliter Wein aus. Produziert wurden dagegen von den an der Mosel ansässigen Winzern nur knapp 0,6 Millionen Hektoliter. Ein umgekehrtes Verhältnis ergibt sich für das Anbaugebiet Pfalz. Während über 2,3 Millionen Hektoliter Most aus der Pfalz stammten, wurden von

den in der Pfalz ansässigen Betrieben nur knapp 1,8 Millionen Hektoliter zu Wein verarbeitet.

Eierzeugung legt erneut zu

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahresdurchschnitt 2012 rund 603 700 Legehennen in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen gehalten. Sie legten insgesamt knapp 174 Millionen Eier. Gegenüber dem Jahr 2011 nahm die Zahl der Legehennen um 1,4 Prozent ab, während die Eierproduktion um 7,6 Prozent anstieg. Die heimische Produktion konnte – bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 212 Eiern – den Bedarf nur zu etwa einem Fünftel decken.

Der rheinland-pfälzische Anteil an den in Deutschland gehaltenen Legehennen belief sich im Jahr 2011 auf nur 1,9 Prozent. Der Anteil an den produzierten Eiern lag bei 1,7 Prozent.

Hennenhaltungsformen¹ 2002–2012

¹ In Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen.

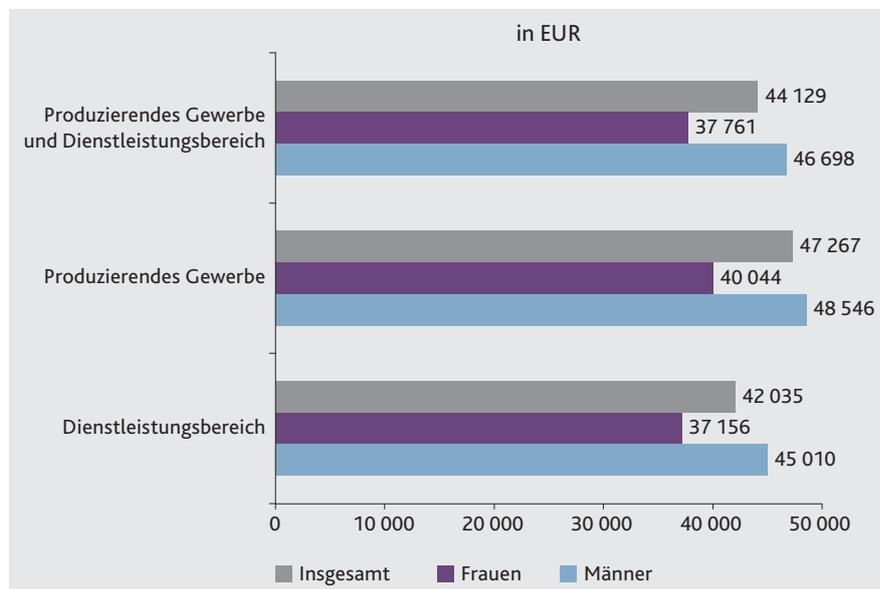
Die jährliche Legeleistung stieg auf 288 Eier je Henne und erreichte damit wieder das Niveau des Jahres 2010; im Jahr 2011 waren es nur 264 Eier. Ein Grund für die Zunahme ist der geringere Anteil an jüngeren Legehennen, die in der Regel noch nicht die volle Legeleistung erreichen. Von den Anfang Dezember gehaltenen Legehennen waren 56 Prozent in den letzten sechs Monaten eingestellt worden. Ein Jahr zuvor betrug der Anteil noch 61 Prozent.

Auf die Bodenhaltung entfallen zwischenzeitlich 92 Prozent der Haltungsplätze. Vor zehn Jahren waren demgegenüber noch 87 Prozent der Plätze der Käfighaltung zuzuordnen. Diese Veränderung ist insbesondere auf das Verbot der konventionellen Käfighaltung zurückzuführen. Im Jahr 2012 wurden in der Freilandhaltung und der ökologischen Erzeugung 4,1 Prozent der Haltungsplätze registriert.

Vollzeitkräfte verdienen 2012 durchschnittlich gut 44 000 Euro

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich verdienten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 durchschnittlich 44 129 Euro brutto (einschließlich Sonderzahlungen). Das waren 2,4 Prozent mehr als im Jahr 2011. Im produzierenden Gewerbe erhielten Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich 47 267 Euro, im Dienstleistungsbereich lag der Bruttojahresverdienst bei 42 035 Euro.

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2012



Die Reallöhne, d. h. die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, stiegen im Jahr 2012 um 0,5 Prozent. Dies ist das Ergebnis des für das Jahr 2012 berechneten Reallohnindex, bei dem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenüber gestellt wird.

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich von der Art der ausgeübten Tätigkeit bestimmt. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen bei den Vollzeitbeschäftigten ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 24 306 Euro. Beschäftigte in leitender Position erzielten dagegen mit 78 111 Euro eine mehr als dreimal so hohe Vergütung.

Die Bruttojahresverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Frauen betragen 2012 durchschnittlich 37 761 Euro und erreichten somit rund 81 Prozent des Verdienstniveaus der männlichen Kollegen, das bei 46 698 Euro lag.

Deutliche Unterschiede zeigen sich auch bei den Bruttostundenverdiensten der Vollzeit- und der Teilzeitbeschäftigten. Betragen die Stundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) der Vollzeitbeschäftigten 19,87 Euro, so lagen sie für die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten bei 16,32 Euro. Dies kann insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass Teilzeitbeschäftigte seltener für höher qualifizierte und damit höher bezahlte Arbeiten eingesetzt werden. Zudem sind Teilzeitbeschäftigte verstärkt in Branchen mit tendenziell niedrigeren Verdiensten tätig.

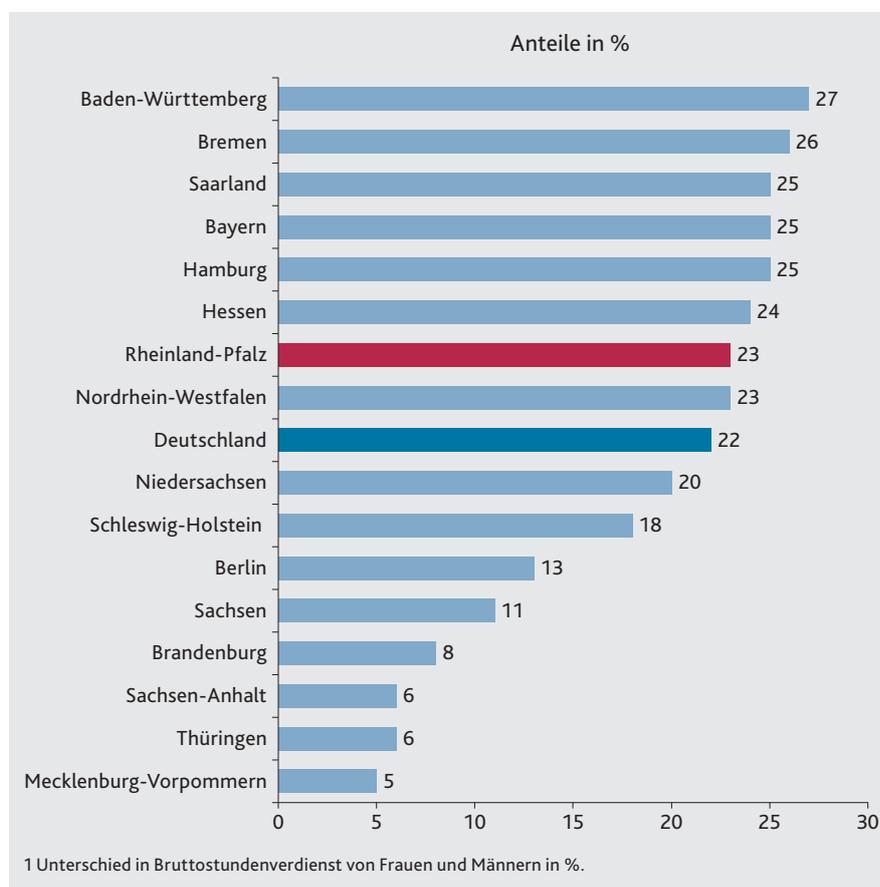
Gender Pay Gap: 2012 verdienen Frauen 23 Prozent weniger als Männer

Der Gender Pay Gap, d. h., der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern, lag im Jahr 2012 in Rheinland-Pfalz bei rund 23 Prozent. Der Wert liegt damit etwas höher als im Jahr 2011 (22 Prozent). Der Equal Pay Day am 21. März markiert den Tag des Jahres, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um das gleiche durchschnittliche Vorjahresgehalt zu erzielen wie Männer.

Mit einem Gender Pay Gap von 23 Prozent liegt Rheinland-Pfalz geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 22 Prozent. Im Vergleich der alten Bundesländer hat Rheinland-Pfalz den drittniedrigsten Wert. Geringere geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede weisen in den alten Bundesländern nur Niedersachsen mit 20 Prozent sowie Schleswig-Holstein mit 18 Prozent auf. Deutlich geringer ist der Gender Pay Gap in den neuen Bundesländern, wobei der niedrigste Werte mit fünf Prozent in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen ist.

Im Zeitverlauf erweist sich der Gender Pay Gap als stabil, da die ursächlichen Faktoren nur langsamen Veränderungsprozessen unterliegen. So bewegte sich der Wert zwischen 2006 und 2012 auf relativ konstantem Niveau. Für den Verdienstabstand spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. So unterscheiden sich Män-

Gender Pay Gap¹ 2012 nach Ländern



ner und Frauen z. B. in der Wahl ihrer Berufe, Branchen und in der Erwerbsbiografie. Frauen sind darüber hinaus nach wie vor häufiger als Teilzeitkraft oder geringfügig beschäftigt.

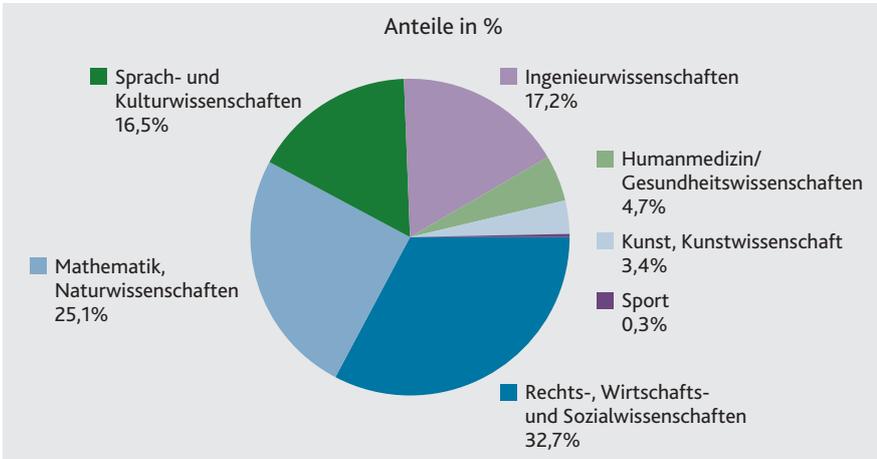
Deutschlandstipendium fördert 617 Studierende

Im Jahr 2012 erhielten in Rheinland-Pfalz 617 Studierende das sogenannte Deutschlandstipendium. Drei von vier Geförderten waren an einer Universität eingeschrieben (76 Prozent). Insgesamt profitierten Studierende an 14 rheinland-pfälzischen Hochschulen von der Leistung. Die meis-

ten Stipendiatinnen und Stipendiaten gab es an der Universität Mainz (209), gefolgt von der Technischen Universität Kaiserslautern (143) und der Universität Trier (100).

Unter den Geförderten waren 332 Frauen (54 Prozent) und 45 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (7,3 Prozent). Gut 200 Stipendiatinnen und Stipendiaten – also fast ein Drittel – belegten ein Fach aus dem Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. In den Fachrichtungen Mathematik und Naturwissenschaften waren 155 Geförderte eingeschrieben, in den Ingenieurwissenschaften 106.

Stipendiate 2012 nach Fächergruppen



Für die Förderung im Jahr 2012 warben die Hochschulen insgesamt 590 100 Euro an privaten Geldern ein, die durch den Zuschuss des Bundes jeweils verdoppelt wurden. Ein wesentlicher Teil der Mittel wurde von den Gebern zweckgebunden bereitgestellt (231 600 Euro), also speziell für bestimmte Fachrichtungen oder Studiengänge.

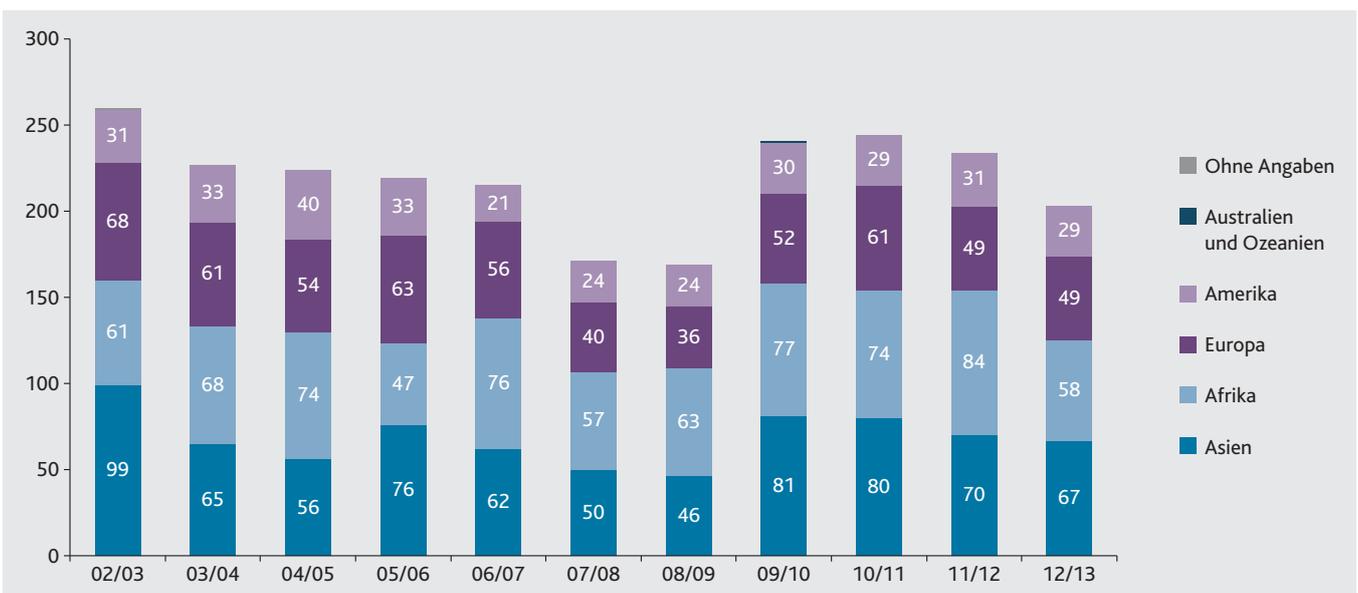
Mit dem zum Sommersemester 2011 eingeführten Deutschlandstipendium sollen besonders begabte und leistungsstarke Studierende unterstützt werden. Die ausgewählten Studierenden erhalten für mindestens ein Jahr monatlich jeweils 300 Euro. Diese werden zur einen Hälfte durch den Bund und zur anderen durch private Förderer bereitgestellt.

Studienkollegs unterrichten mehr als 200 Kollegiatinnen und Kollegiaten

An den beiden rheinland-pfälzischen Studienkollegs in Mainz und Kaiserslautern bereiten sich derzeit 100 Frauen und 103 Männer auf ein Studium an einer deutschen Hochschule vor. Das sind 31 weniger als im Wintersemester 2011/12.

Die meisten der insgesamt 203 Kollegiatinnen und Kollegiaten kommen aus Asien (67), gefolgt von Personen aus afrikanischen (58), europäischen (49) und amerikanischen (29) Ländern. Die größte nationale Gruppe stellen seit Jahren die Marokkanerinnen und Marokkaner. Im laufenden Wintersemester 2012/13 sind es 52. Über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Bei ihnen handelt es sich um junge Deutsche, die eine Schule im Ausland besucht haben.

Studienkollegiate in den Wintersemestern 2002/03–2012/13 nach Erdteilen



An Studienkollegs lernen Studienbewerberinnen und -bewerber, deren ausländische Hochschulzugangsberechtigung nicht als gleichwertig mit der deutschen anerkannt ist. Im Rahmen eines zweisemestrigen Vorstudiums werden die sprachlichen und fachbezogenen Grundlagen für ein Studium an einer deutschen Hochschule vermittelt. Nach erfolgreichem Abschluss der sogenannten Feststellungsprüfung erlangen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Berechtigung zur Aufnahme eines Fachstudiums an einer deutschen Hochschule.

Die meisten der zurzeit immatrikulierten Studienbewerberinnen und -bewerber streben die allgemeine Hochschulreife an (121), die übrigen die Fachhochschulreife (82).

Abfallentsorgungsanlagen nehmen knapp sieben Millionen Tonnen Abfälle an

Die rheinland-pfälzischen Abfallentsorgungsanlagen nahmen im Jahr 2011 knapp sieben Millionen Tonnen Abfälle entgegen, das waren 0,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die größte Menge davon waren mit 1,8 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle). Ihr Anteil betrug 26 Prozent der gesamten Abfallmenge. Eine ähnliche Größenordnung erreichten die Bau- und Abbruchabfälle, auf die 25 Prozent entfielen. Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie

Angelieferte Abfallmengen an Entsorgungsanlagen 2011 nach Abfallkapiteln



der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und Wasser für industrielle Zwecke umfassten knapp ein Fünftel der Abfallmenge. Diese drei Abfallarten repräsentierten somit gut 70 Prozent des Aufkommens.

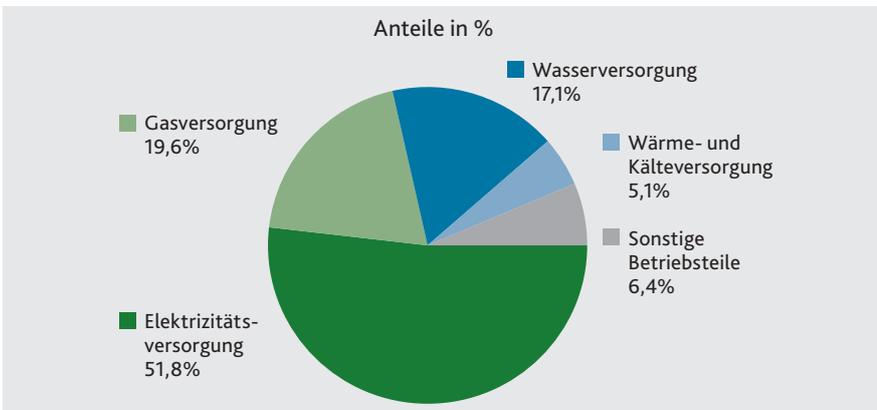
Die größte Menge an Abfällen nahmen die fünf Abfallverbrennungsanlagen des Landes an. Ihr Hauptzweck ist die Abfallbeseitigung. Mit einer Menge von knapp 1,21 Millionen Tonnen (17 Prozent) lösten sie die Deponien als wichtigsten Abfallentsorgungsweg ab. In den Abfallverbrennungsanlagen wurden vor allem Abfälle aus Abfallbehandlungs- und Abwasserbehandlungsanlagen (46 Prozent) sowie Siedlungsabfälle (32 Prozent) verbrannt. Mit einer nur geringfügig kleineren Menge folgten im Jahr 2011 die Sortieranlagen (1,2

Millionen Tonnen). Die größten Mengen machten hier Verpackungsabfälle (49 Prozent), sowie Siedlungsabfälle (29 Prozent) aus. Deponien nahmen gut eine Million Tonnen an. Es handelte sich vor allem um Bau- und Abbruchabfälle (82 Prozent). Für die Energieerzeugung wurden in den Feuerungsanlagen 959 000 Tonnen verwendet. Die Abfälle stammten vor allem aus Abfallbehandlungs- und Abwasserbehandlungsanlagen (53 Prozent) sowie aus der Holzbearbeitung (36 Prozent).

Zahl der Beschäftigten in der Energie und Wasserversorgung langfristig rückläufig

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Energie- und Wasserversorgung ist in den ver-

Beschäftigte in den fachlichen Betriebsteilen der Energie und Wasserversorgung 2012 nach Wirtschaftszweigen



gangenen Jahren deutlich gesunken. In den 172 Betrieben waren im Jahresmittel 2012 rund 9 670 Personen beschäftigt, das waren zwölf Prozent weniger als im Jahr 2002. Gegenüber dem Jahr 2011 erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder leicht um 174 Personen bzw. 1,8 Prozent.

Im Monatsmittel leistete jeder Beschäftigte (Voll- und Teilzeit) 125 Arbeitsstunden und kam auf eine durchschnittliche Bruttolohn- und Gehaltssumme von 48 800 Euro. Das waren 23 Prozent mehr als 2002 und 3,3 Prozent mehr als 2011.

Über die Hälfte der Beschäftigten (52 Prozent) war im Bereich Elektrizitätsversorgung tätig. Es folgte die Gasversorgung mit knapp 20 Prozent vor der Wasserversorgung mit 17 Prozent. Auf die Wärme- und Kälteversorgung entfielen fünf Prozent. Der Anteil in den sonstigen Betriebsteilen, zu denen beispielsweise Verkehr, Häfen und Bäder gehören, betrug 6,4 Prozent.

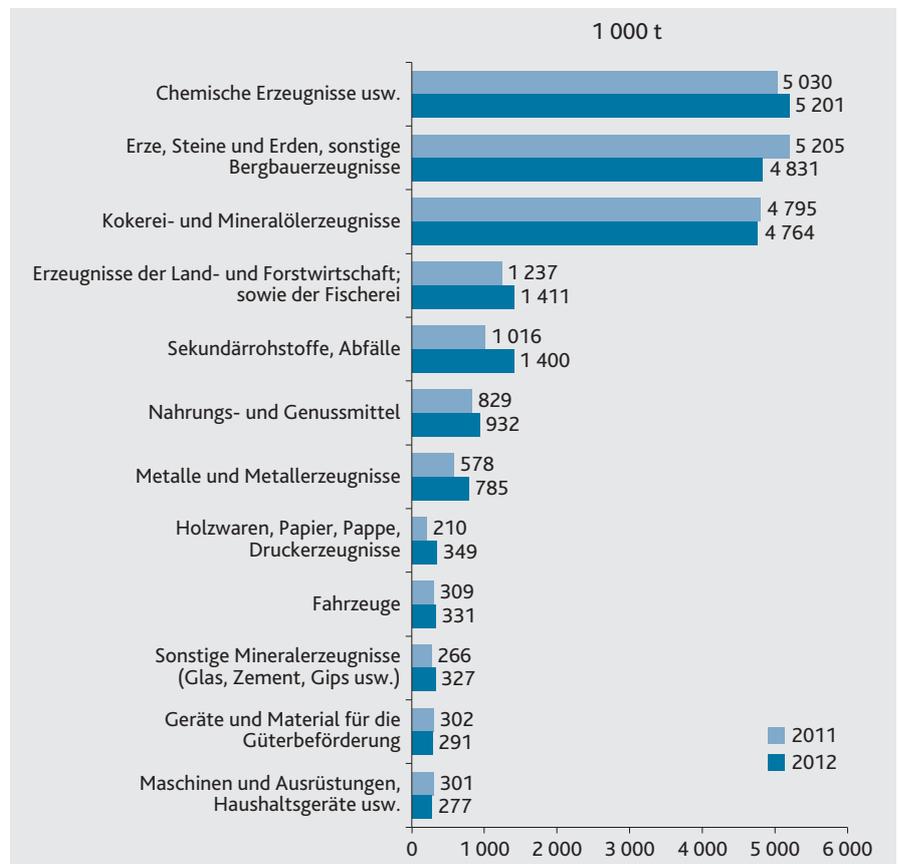
Binnenschiffe befördern im Jahr 2012 mehr Güter

Die rheinland-pfälzischen Binnenhäfen verzeichneten im Jahr 2012 einen

Zuwachs des Frachtumschlags. Insgesamt meldeten die Schiffs- bzw. Frachtführer einen Güterumschlag von mehr als 22 Millionen Tonnen, das waren 368 000 Tonnen bzw. 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Versand legte um 4,7 Prozent auf nahezu 9,8 Millionen Tonnen zu, der Empfang um 0,6 Prozent auf 12,7 Millionen Tonnen zurück.

Die höchste umgeschlagene Tonnage entfiel 2012 mit 5,2 Millionen Tonnen auf die Güterabteilung Chemische Erzeugnisse. Die Güterabteilung Erze, Steine und Erden, Bergbauerzeugnisse verzeichnete eine Umschlagsmenge von mehr als 4,8 Millionen Tonnen,

Güterumschlag in Häfen 2011 und 2012 nach Güterabteilungen



gefolgt von der Güterabteilung Kokei- und Mineralölzeugnisse mit nahezu 4,8 Millionen Tonnen.

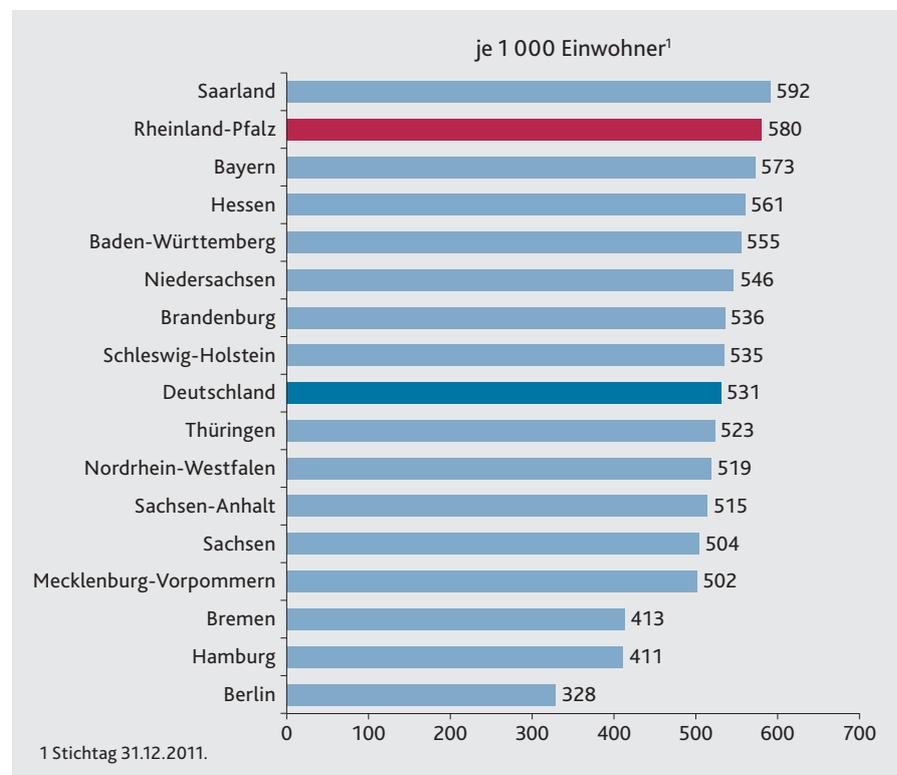
Ludwigshafen als größter Binnenhafen des Landes wies 2012 ein Umschlagsplus von 4,9 Prozent auf. Zuwächse verzeichneten auch Worms und Germersheim, in allen anderen Häfen sanken die Umschlagsmengen.

Kraftfahrzeugbestand steigt auf 2,8 Millionen

In Rheinland-Pfalz waren am 1. Januar 2013 mehr als 2,8 Millionen Kraftfahrzeuge zugelassen. Die Zahl der Fahrzeuge erhöhte sich binnen Jahresfrist um 35 577 auf 2 831 701 (+1,3 Prozent).

Bei den Personenkraftwagen, der größten Fahrzeuggruppe, stieg der Bestand um 1,3 Prozent auf über 2,3 Millionen. Die Zahl der Lastkraftwagen lag um 1,9 Prozent höher als vor einem Jahr. Der Krafträderbestand vergrößerte sich um 1,2 Prozent. Die Gruppe der Land- und forstwirtschaft-

Personenkraftwagen 2013 nach Ländern



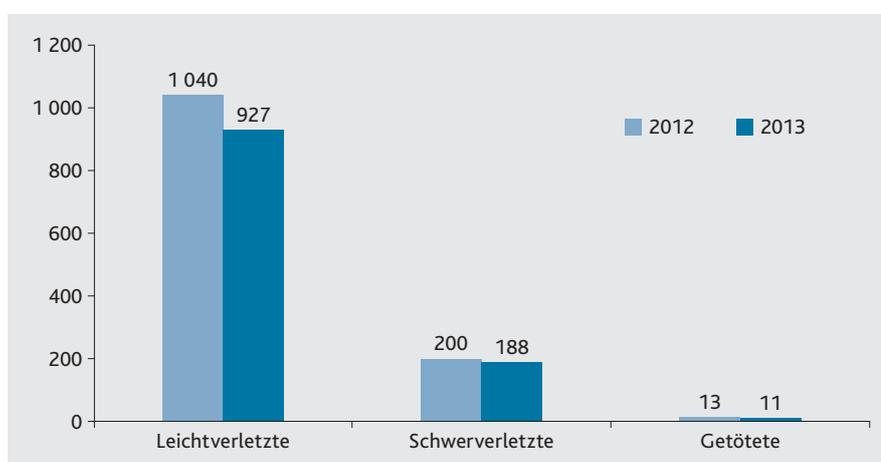
lichen Zugmaschinen einschließlich Sattelzugmaschinen verzeichnete ein Plus von knapp einem Prozent.

Auf 1 000 Einwohner kamen zu Beginn des Jahres 580 Personenkraftwagen.

Damit lag Rheinland-Pfalz hinter dem Saarland (592 Pkw) an zweiter Stelle, gefolgt von Bayern (573 Pkw) und Hessen (561 Pkw).

Bundesweit waren Anfang Januar 2013 nahezu 52,4 Millionen Fahrzeuge zugelassen, was einer Zunahme von 1,3 Prozent entspricht und damit gleichauf mit Rheinland-Pfalz liegt.

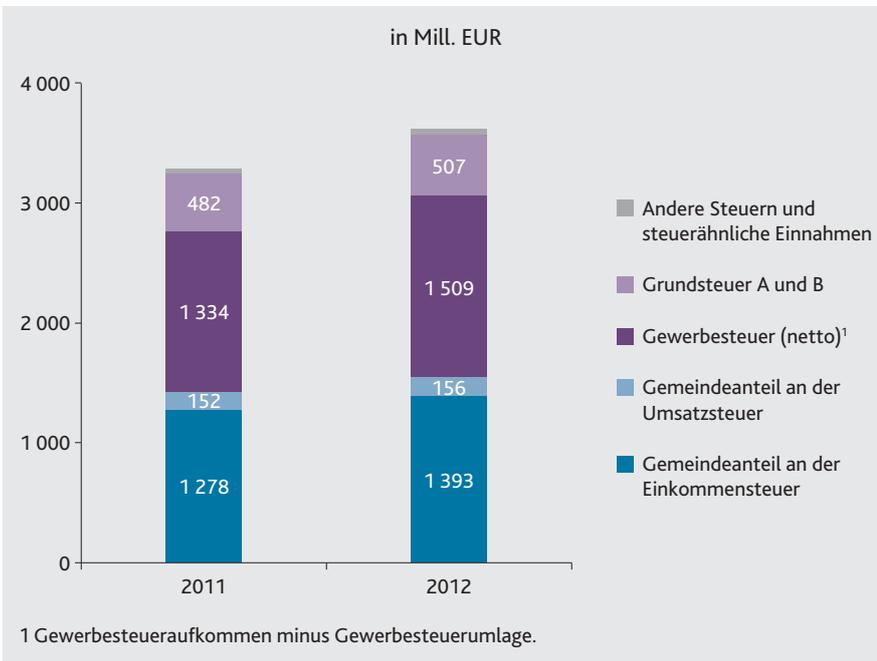
Verunglückte im Straßenverkehr im Januar 2012 und 2013



Im Januar sterben elf Menschen bei Verkehrsunfällen

In Rheinland-Pfalz verloren im Januar 2013 elf Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben. Das waren zwei Todesopfer weniger als im Januar 2012. Schwer verletzt wurden 188 Verkehrsteilnehmerinnen und

Steuereinnahmen der Kommunen 2011 und 2012



Verkehrsteilnehmer, zwölf weniger als im Januar des vergangenen Jahres. Die Zahl der Leichtverletzten sank um fast elf Prozent auf 927.

Insgesamt registrierte die Polizei zu Jahresbeginn 10 696 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 376 bzw. 3,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Kommunen erzielen 2012 höhere Steuereinnahmen

Die rheinland-pfälzischen Kommunen nahmen im Jahr 2012 deutlich mehr Steuern ein als im Vorjahr. Die Einnahmen erhöhten sich um zehn Prozent auf 3,61 Milliarden Euro.

Der größte Anteil der Einnahmen entfiel auf die Realsteuern, deren Aufkommen um elf Prozent auf 2,02 Milliarden Euro anstieg. Das hierin

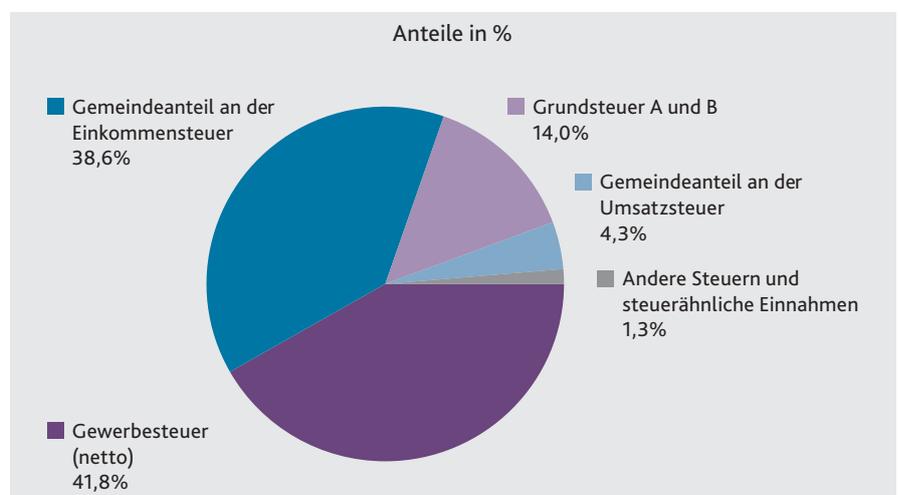
enthaltene Gewerbesteueraufkommen wuchs auf 1,51 Milliarden Euro (+13 Prozent).

Den zweitgrößten Anteil an den Einnahmen machten die Gemeindefeuer an den Gemeinschaftssteuern aus. Die Festsetzungen erhöhten

sich auf 1,55 Milliarden Euro (+8,3 Prozent). Den größten Beitrag hierzu lieferte der Gemeindefeueranteil an der Einkommensteuer mit 1,39 Milliarden Euro und einem Zuwachs von neun Prozent.

Bei regionaler Betrachtung der Steuereinnahmen werden Unterschiede deutlich. Während die kreisfreien Städte insgesamt 16 Prozent mehr Einnahmen erzielten, stieg das Steueraufkommen bei den Landkreisen – zusammen mit den jeweiligen kreisangehörigen Kommunen – im Jahr 2012 lediglich um 7,3 Prozent. In Zweibrücken verdoppelten sich die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr (+99 Prozent). Den niedrigsten Anstieg unter den kreisfreien Städten verzeichnete Neustadt an der Weinstraße mit einem Plus von 5,3 Prozent. Bei den Landkreisen und deren kreisangehörigen Kommunen reichte die Spannweite der steuerlichen Mehreinnahmen von 16 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen bis zu 0,6 Prozent im Donnersbergkreis.

Verteilung der Steuereinnahmen der Kommunen 2012 nach Steuerarten



Aus der amtlichen Statistik

Internationaler Frauentag – Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ erweitert und aktualisiert

Das Statistische Landesamt in Bad Ems hat aus Anlass des Internationalen Frauentags am 8. März 2013 das Faltblatt „Frauen in Rheinland-Pfalz“ neu herausgegeben. Dieser Publikation lassen sich viele interessante Informationen über die Situation der Frauen in der Gesellschaft entnehmen.

- Frauen leben im Schnitt länger als Männer: Die durchschnittliche Lebenserwartung der rheinland-pfälzischen Frauen liegt bei 82,4 Jahren, die der Männer bei 77,7 Jahren.
- Frauen erzielen im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer: In Rheinland-Pfalz verlassen 35 Prozent der jungen Frauen die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife, bei den jungen Männern sind es 27 Prozent. Knapp 54 Prozent der bestandenen Abschlussprüfungen an Hochschulen werden von Frauen abgelegt.
- Frauen sind häufiger auf den Unterhalt durch Angehörige angewiesen als Männer: Gut ein Drittel der rheinland-pfälzischen Frauen bestreitet den überwiegenden Lebensunterhalt von Einkünften durch Angehörige, bei den Männern sind es 21 Prozent.
- Frauen sind weniger von Übergewicht betroffen als Männer: In Rheinland-Pfalz sind 45 Prozent der erwachsenen Frauen übergewichtig, bei den erwachsenen Männern sind es 62 Prozent. Untergewicht ist hingegen bei Frauen (3,5 Prozent) häufiger verbreitet als bei Männern (0,9 Prozent)
- Frauen sind nicht so oft an Verkehrsunfällen beteiligt wie Männer: In Rheinland-Pfalz sind von den Unfallbeteiligten 35 Prozent weiblich.

Das Faltblatt ist dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte beigelegt. Darüber hinaus steht es im Internet zum kostenlosen Download bereit unter: <http://s.rlp.de/uyC>

**Neuaufgabe der Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz**

Wie viele Kinder besuchen vorschulische Betreuungsangebote? Wie haben sich die Einschulungszahlen entwickelt? Auf welche Schularten wechseln Kinder nach der Grundschule? Wie viele Jugendliche verlassen die Schulen ohne Abschluss, wie viele mit der Hochschulreife? Wie haben sich die Studierenden-, wie die Auszubildendenzahlen entwickelt? Welche Unterschiede existieren zwischen den Bildungswegen von Frauen und Männern? Diese und weitere Fragen beantwortet die Publikation „Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2011“.

Die Veröffentlichung »Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2011« kann zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden bei:

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz,
Vertrieb, 56128 Bad Ems,
Telefon: 02603 71-2450,
E-Mail:
vertrieb@statistik.rlp.de.

Sie steht zudem als PDF-Datei zum kostenlosen Download zur Verfügung.



Kennzahlen zur Bildung
in Rheinland-Pfalz 2011

Verbraucherpreise im März 2013

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im März 1,4 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats; damit hat sich der seit Anfang des Jahres zu beobachtende Trend rückläufiger Jahresteuerraten weiter fortgesetzt.

Die Energiepreise insgesamt blieben im Vergleich zum Vorjahresmonat unverändert. Dabei waren bei der Haushaltsenergie zum Teil gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen. Während die Strompreise (+10,6 Prozent) spürbar anstiegen, lagen die Preise für Heizöl unter dem Vorjahresniveau (-6 Prozent). Die Preise für Kraftstoffe (-7,1 Prozent) haben ebenfalls deutlich nachgegeben.

Gestiegen sind dagegen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+3,3 Prozent). Insbesondere Fleisch und Fleischwaren (+6,1 Prozent), aber auch Obst (+5,8 Prozent) wurden teurer. Uneinheitlich verlief die Entwick-

lung bei Gemüse (+1,6 Prozent). Während Kartoffeln 18 Prozent teurer waren als im März 2012, wurden Salate deutlich günstiger (Feldsalat, Rhabarber und Ähnliches: -14 Prozent; Kopfsalat oder Eisbergsalat: -28 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,3 Prozent, wobei die Entwicklung in den Hauptgruppen unterschiedlich verlief. Saisonbedingt gab es deutliche Preiserhöhungen bei Bekleidung und Schuhen (+3,5 Prozent) sowie in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+1,4 Prozent). Auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen überdurchschnittlich (+0,8 Prozent). Demgegenüber war ein Preisrückgang in der Hauptgruppe Verkehr festzustellen (-0,7 Prozent), der vor allem auf die sinkenden Kraftstoffpreise (-3,4 Prozent) zurückzuführen ist.

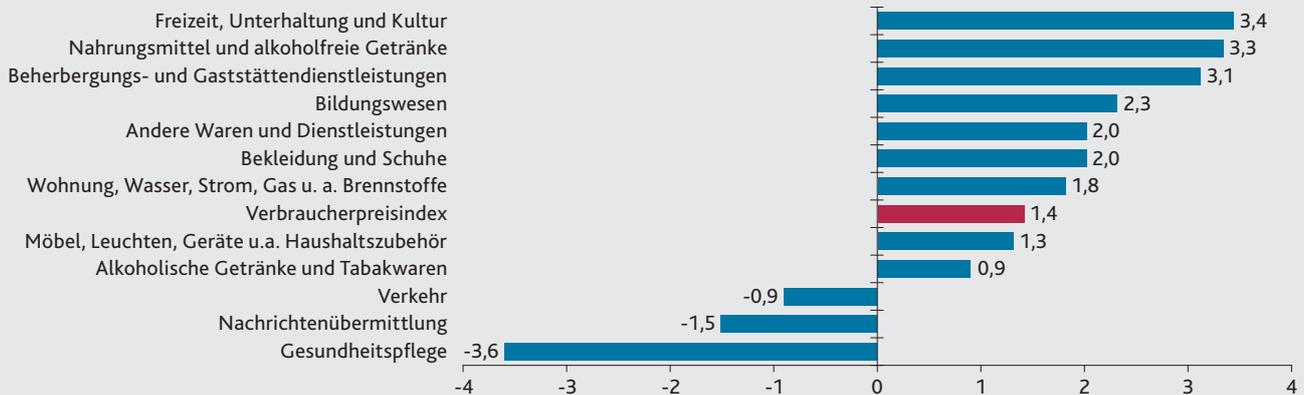
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2013

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Februar 2012 in %



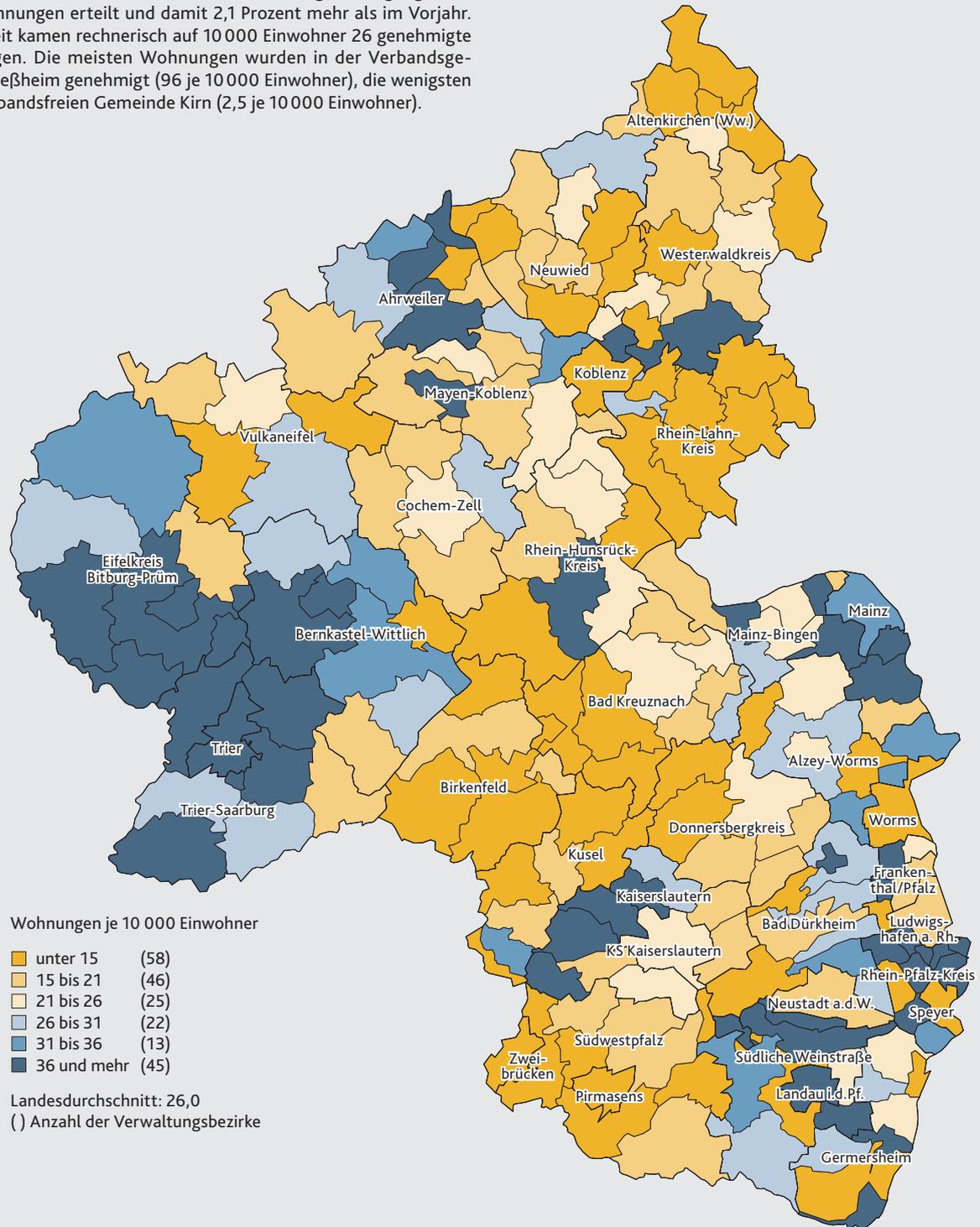
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Genehmigte Wohnungen 2012 nach Verwaltungsbezirken

Fast 10 400 Genehmigungen für neue Wohnungen erteilt

In Rheinland-Pfalz wurden 2012 fast 10 400 Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt und damit 2,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Landesweit kamen rechnerisch auf 10 000 Einwohner 26 genehmigte Wohnungen. Die meisten Wohnungen wurden in der Verbandsgemeinde Heßheim genehmigt (96 je 10 000 Einwohner), die wenigsten in der verbandsfreien Gemeinde Kirn (2,5 je 10 000 Einwohner).



Bruttoinlandsprodukt 2012 um 0,9 Prozent gestiegen



Von Werner Kertels

Das wirtschaftliche Wachstum hat im vergangenen Jahr spürbar nachgelassen. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 0,9 Prozent, im Bundesdurchschnitt lag die Wachstumsrate bei 0,7 Prozent. Demnach ist die rheinland-pfälzische Wirtschaft 2012 deutlich weniger gewachsen als in den beiden Erholungsjahren davor. Nach der Rezession infolge der globalen Wirtschaftskrise war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2010 um 4,6 Prozent und 2011 um 2,7 Prozent gestiegen. In jeweiligen Preisen betrug der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung 117,7 Milliarden Euro, das waren 2,4 Prozent mehr als im Jahr 2011.

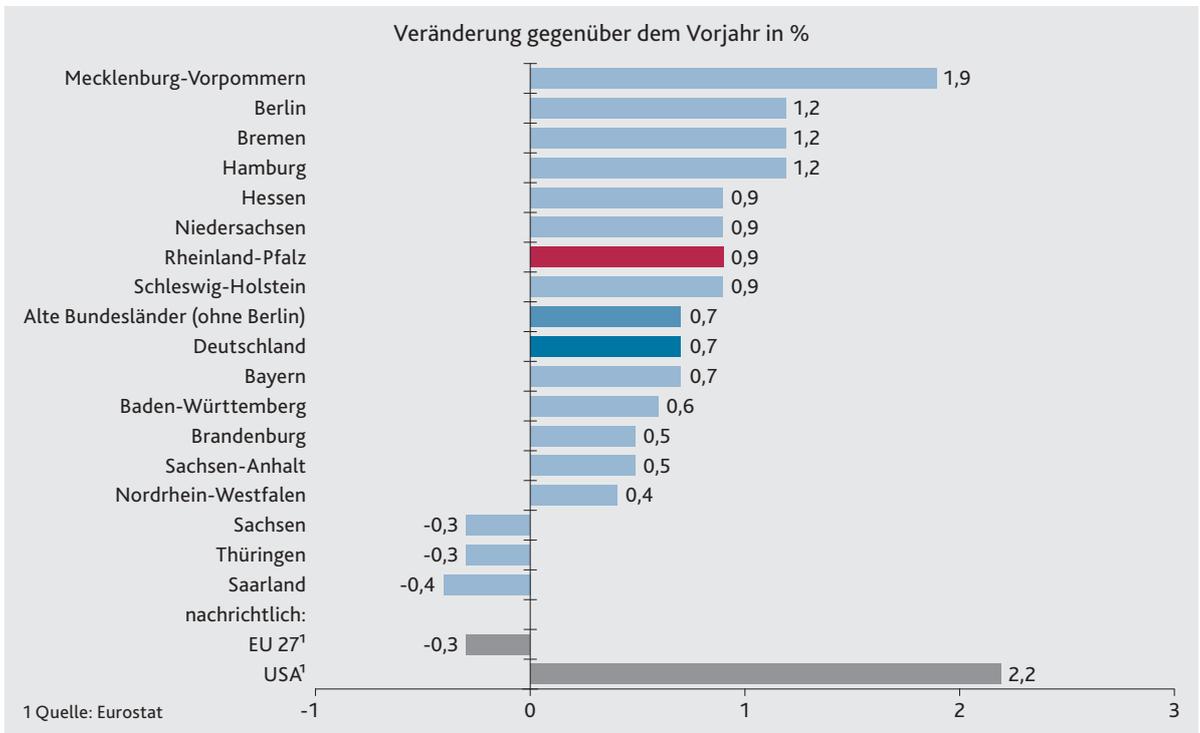
Konjunktur verliert an Schwung

Bruttoinlandsprodukt wächst um 0,9 Prozent

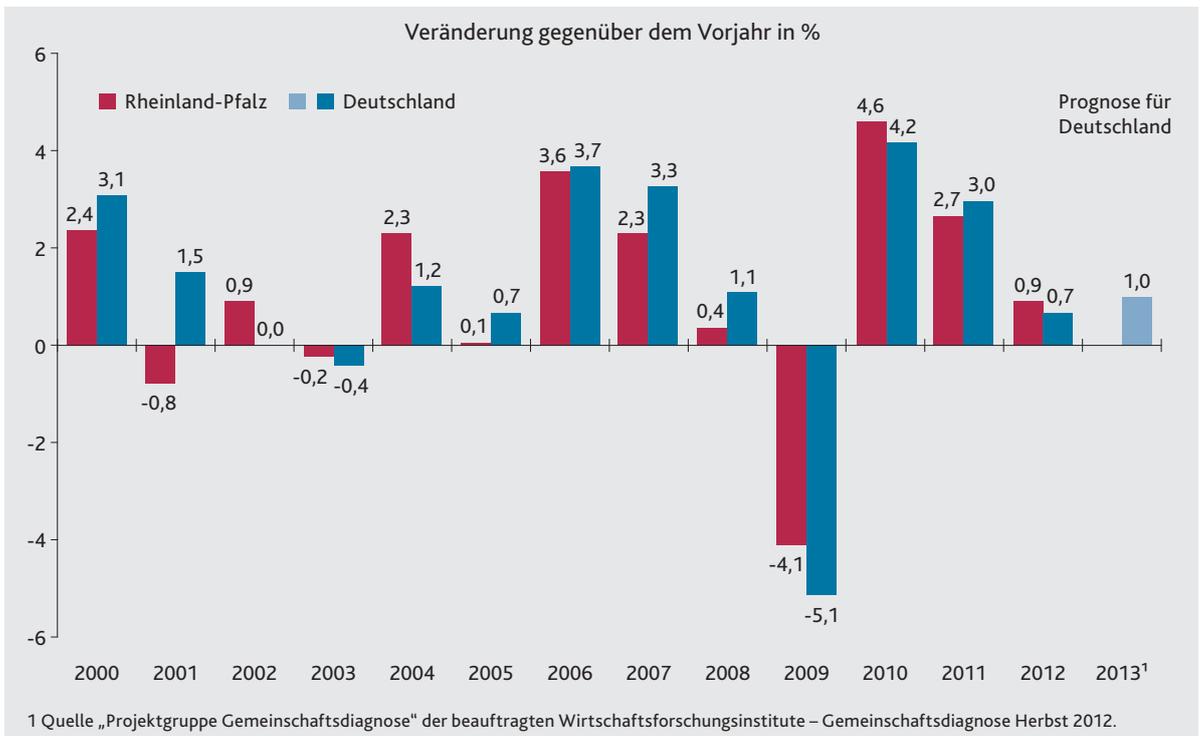
Die Konjunktur hat sich im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland deutlich abgeschwächt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg 2012 preisbereinigt um 0,9 Prozent. Nach dieser ersten noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ lag das rheinland-pfälzische Wachstum geringfügig über dem durchschnittlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (+0,7 Prozent) und auch über dem der alten Länder ohne Berlin (ebenfalls +0,7 Prozent). In den neuen Ländern ohne Berlin wuchs die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung preisbereinigt um 0,3 Prozent.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hatte den stärksten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit überraschend schnell wieder aufgeholt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg 2010 preisbereinigt um 4,6 Prozent, nachdem es im Jahr 2009 infolge der globalen Wirtschaftskrise um 4,1 Prozent geschrumpft war (Deutschland: -5,1 Prozent). Auch im Jahr 2011 war die Wirtschaftsleistung mit +2,7 Prozent gewachsen. Die bereits im 1. Halbjahr 2012 spürbare Abkühlung – für Rheinland-Pfalz belief sich die Zuwachsrate nur noch auf +1,4 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent) – setzte sich in der zweiten Jahreshälfte fort.

G 1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2012 nach Ländern



G 2 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2000–2013



T 1

Bruttoinlandsprodukt 2012 nach Ländern

Land	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt	
	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Index: 2005=100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Baden-Württemberg	389,5	1,7	113,1	0,6
Bayern	465,5	2,0	114,4	0,7
Berlin	103,6	2,4	117,4	1,2
Brandenburg	57,8	2,3	109,3	0,5
Bremen	27,7	2,7	106,8	1,2
Hamburg	95,8	2,5	109,7	1,2
Hessen	229,7	1,6	106,1	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	36,9	4,0	110,5	1,9
Niedersachsen	230,0	2,6	112,7	0,9
Nordrhein-Westfalen	582,1	1,7	109,7	0,4
Rheinland-Pfalz	117,7	2,4	110,7	0,9
Saarland	31,7	0,7	103,8	-0,4
Sachsen	96,6	1,3	107,5	-0,3
Sachsen-Anhalt	52,8	2,6	104,2	0,5
Schleswig-Holstein	77,3	2,5	109,7	0,9
Thüringen	49,3	1,4	107,7	-0,3
Deutschland	2 643,9	2,0	110,9	0,7
Nachrichtlich:				
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 247,0	1,9	111,1	0,7
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	293,3	2,1	107,6	0,3

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2013.

Nominales Bruttoinlandsprodukt betrug 117,7 Milliarden Euro

In jeweiligen Preisen stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr um knapp 2,7 Milliarden Euro bzw. 2,4 Prozent (Deutschland: +2 Prozent) auf insgesamt 117,7 Milliarden Euro. Der Anteil des Landes am deutschen Bruttoinlandsprodukt betrug damit knapp 4,5 Prozent.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode, somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept).

Leichter Rückgang im verarbeitenden Gewerbe

Von der rheinland-pfälzischen Industrie kamen im vergangenen Jahr keine Wachstumsimpulse. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe sank 2012 preisbereinigt um 0,4 Prozent, im Bundesdurchschnitt war der Rückgang allerdings noch stärker (-1 Prozent). Mit einem Anteil von 26 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung hat das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz ein deutlich höheres Gewicht als in Deutschland insgesamt (22 Prozent). In den vorangegangenen beiden Jahren hatte die Industrie maßgeblich zur Erholung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetragen: 2010 war die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um gut 17 Prozent und 2011 um 6,4 Prozent gestiegen.

Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe preisbereinigt um 0,4 Prozent gesunken

T 2

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt		
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	Mill. EUR	Veränderung zu 2011 in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	117 659	2,4	2,0	0,9	0,7
Bruttowertschöpfung insgesamt	105 226	2,4	2,0	1,0	0,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 687	5,5	6,8	1,2	1,5
produzierendes Gewerbe	36 723	3,0	1,2	0,6	-1,0
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	31 138	1,9	1,2	-0,2	-0,7
verarbeitendes Gewerbe	27 657	1,6	0,6	-0,4	-1,0
Baugewerbe	5 585	9,8	1,4	5,5	-2,5
Dienstleistungsbereiche	66 816	2,0	2,3	1,2	1,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	18 560	2,4	2,5	1,3	1,3
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmens- dienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	22 885	0,8	1,4	2,0	2,2
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	25 371	2,9	3,3	0,4	0,8

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2013.

Der Umsatz der Industriebetriebe in Rheinland-Pfalz erhöhte sich 2012 gegenüber 2011 um 1,8 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent), allerdings hat es in den für Rheinland-Pfalz bedeutsamen Branchen auch deutliche Preissteigerungen gegeben. Impulse für die Steigerung der industriellen Produktion kamen wiederum über den Export. Die Auslandsumsätze des verarbeitenden Gewerbes nahmen in Rheinland-Pfalz um 3,8 Prozent zu (Deutschland: +1,8 Prozent); die Inlandsumsätze gingen leicht um 0,5 Prozent zurück (Deutschland: -0,5 Prozent). Der Auslandsumsatz machte 53,9 Prozent des Gesamtumsatzes aus.

Einen überdurchschnittlichen Erlöszuwachs verzeichneten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen (+8,2 Prozent). Die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln sowie die chemische Industrie, die umsatzstärkste rheinland-pfälzische Branche, konnten ihre Erlöse ebenfalls merklich steigern (+6 bzw. +5,9 Prozent). Allerdings mussten bedeutende Branchen in Rheinland-Pfalz wie Fahrzeugbau (-1,2 Prozent), Maschinenbau

(-1,2 Prozent) und Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (-3,3 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr Umsatzverluste hinnehmen. Die stärksten Umsatzeinbußen mit 7,5 Prozent verzeichneten die Metallherzeugung und -bearbeitung.

Ein deutliches Wachstum gab es dagegen im Baugewerbe. Preisbereinigt stieg die Wertschöpfung um 5,5 Prozent (Deutschland: -2,5 Prozent). Diese günstige Entwicklung ist auf das Ausbaugewerbe zurückzuführen, hier verbesserte sich der Gesamtumsatz um 18 Prozent. Im Bauhauptgewerbe war dagegen ein leichter Rückgang der Umsätze um zwei Prozent zu verzeichnen.

Einschließlich der Energie- und Wasserversorgung sowie des in Rheinland-Pfalz relativ unbedeutenden Bereichs Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ergab sich für das produzierende Gewerbe ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent (Deutschland: -1 Prozent). Der sekundäre Sektor trug insgesamt knapp 35 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

Deutlicher
Zuwachs im
Baugewerbe

In der Land- und Forstwirtschaft verlief die preisbereinigte Entwicklung in Rheinland-Pfalz mit +1,2 Prozent etwas ungünstiger als im gesamten Bundesgebiet (+1,5 Prozent). Der primäre Sektor macht zwar nur 1,6 Prozent der gesamten Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz aus, er trägt jedoch 7,3 Prozent zur sektoralen Wertschöpfung Deutschlands bei. Einen höheren Anteil an Deutschland haben nur die Länder Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, und zwar aufgrund größerer landwirtschaftlicher Flächen. Hintergrund des hohen rheinland-pfälzischen Anteils an Deutschland ist dagegen eine im Vergleich höhere Flächenproduktivität, die vor allem durch den Weinbau getragen wird.

Wachstumsbeiträge kamen überwiegend aus dem Dienstleistungssektor

Im vergangenen Jahr kamen die Wachstumsimpulse – anders als in den beiden Jahren zuvor – überwiegend aus dem Dienstleistungsbereich. Insgesamt stieg die Bruttowertschöpfung der Dienstleister, die knapp 64 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung ausmachen, preisbereinigt um 1,2 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent).

„Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“: +2 Prozent

Dazu trug vor allem der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ bei. Hier stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um zwei Prozent (Deutschland: +2,2 Prozent). Innerhalb dieses Bereichs waren es die Unternehmensdienstleister, die mit einem Plus von 2,8 Prozent einen überdurchschnittlichen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Die preisbereinigte Wertschöpfung der Finanz- und Versicherungsdienstleister stieg um 1,2 Prozent und im gewichtigsten Teilbereich, dem Grund-

stücks- und Wohnungswesen, betrug der Anstieg 1,8 Prozent.

Mit einem preisbereinigten Wachstum von 1,3 Prozent (Deutschland: ebenfalls +1,3 Prozent) verlief die Entwicklung im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ wie im Bundesdurchschnitt. Dabei kamen aus dem Teilbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr nur geringe Wachstumsimpulse (+0,9 Prozent). Information und Kommunikation hatte dagegen ein Plus von drei Prozent zu verzeichnen, der Bereich trägt jedoch nur drei Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung bei.

„Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“: +1,3 Prozent

Der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ ist der größte der drei Teilbereiche des Dienstleistungssektors. Hier war im vergangenen Jahr nur ein geringes Wachstum zu verzeichnen (+0,4 Prozent; Deutschland +0,8 Prozent). Der Teilbereich wird dominiert von den öffentlichen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit, deren Wertschöpfung um 0,4 Prozent zunahm. Der kleinere Unterbereich „Sonstige Dienstleister“ verzeichnete mit +0,8 Prozent einen etwas stärkeren Zuwachs. Hierzu gehören beispielsweise künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken und Museen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, persönliche Dienstleistungen und häusliche Dienste.

„Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“: +0,4 Prozent

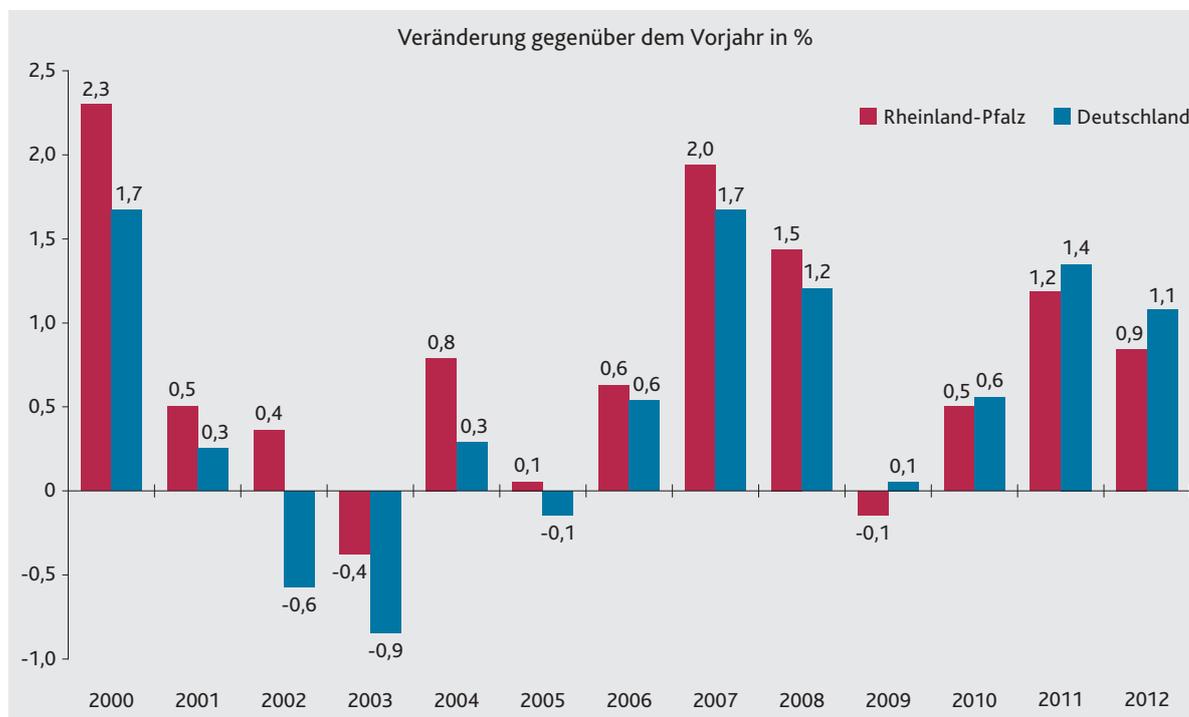
Geringe Zunahme der Arbeitsproduktivität

Der Arbeitsmarkt zeigte sich 2012 weiterhin robust. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt von 1,926 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz erbracht. Das waren 16 400 Personen bzw. 0,9 Prozent mehr als 2011 (Deutschland: +1,1 Prozent). Damit erreichte die Erwerbstätigenzahl zum dritten Mal in Folge

16 400 Erwerbstätige mehr als 2011

G 3

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2000–2012



einen neuen Höchststand. Im Jahr 2009 hatte es durch die Wirtschaftskrise einen leichten Rückgang um 0,1 Prozent gegeben. Die Beschäftigungszunahme im vergangenen Jahr betraf alle großen Wirtschaftsbereiche. Im produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe ist die Zahl der Beschäftigten 2012 um 4 300 gestiegen (+1,1 Prozent). Im Baugewerbe kam es zu einer Zunahme um knapp 1 800 Arbeitsplätze (+1,4 Prozent). Beschäftigungsgewinne gab es auch in den Dienstleistungsbereichen (+9 600 Erwerbstätige bzw. +0,7 Prozent) und hier insbesondere bei Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,6 Prozent).

Ein Erwerbstätiger erwirtschaftete durchschnittlich 61 096 Euro

Da Erwerbstätigkeit und Wirtschaftsleistung etwa im gleichen Ausmaß stiegen, blieb die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, nahezu

unverändert. Für Rheinland-Pfalz errechnet sich ein Anstieg um 0,1 Prozent (Deutschland: -0,4 Prozent). In jeweiligen Preisen bewertet, erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger im vergangenen Jahr im Durchschnitt 61 096 Euro (Deutschland: 63 535 Euro), das waren 904 Euro mehr als im Jahr 2011 (Deutschland: +553 Euro).

Bei der Interpretation der so berechneten Arbeitsproduktivität ist jedoch zu beachten, dass Veränderungen des Arbeitsvolumens darin nicht berücksichtigt sind. Das Arbeitsvolumen, das die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen umfasst, hat als Bezugsgröße für die Produktivität des Faktors Arbeit eine höhere Aussagekraft als die Zahl der Erwerbstätigen, insbesondere bei intertemporalen Vergleichen. Auf das Arbeitsvolumen wirken sich Strukturverschiebungen wie vermehrte Teilzeitbe-

schäftigung oder zunehmende geringfügige Beschäftigung aus.

Arbeitsvolumen
blieb fast
unverändert

Das nachlassende Wirtschaftswachstum spiegelte sich bei den Arbeitsstunden stärker wider als bei den erwerbstätigen Personen. Außerdem standen 2012 weniger Arbeitstage zur Verfügung als in den Vorjahren. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist 2012 daher nur geringfügig gestiegen. Von den 1,926 Millionen Erwerbstätigen wurden insgesamt gut 2,6 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, das waren zwei Millionen Stunden bzw. 0,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor (Deutschland: +0,4 Prozent). Im Durchschnitt leistete jeder Erwerbstätige 1355 Stunden im Jahr, zehn Stunden weniger als 2011. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe war die Konjunkturschwäche und dadurch eine geringere Auslastung des Personals spürbar. Hier lag das Arbeitsvolumen 2012 um 8,5 Millionen Arbeitsstunden oder 1,7 Prozent niedriger als 2011. Im Baugewerbe (+0,4 Prozent) und im Dienstleistungssektor war dagegen eine leichte

Zunahme zu verzeichnen (+0,5 Prozent), insbesondere bei Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,2 Prozent).

Da das Arbeitsvolumen nur geringfügig zunahm, stieg die Wirtschaftsleistung je geleisteter Arbeitsstunde stärker als in Relation zur Erwerbstätigenzahl. Je Erwerbstätigenstunde errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftsleistung von 45,10 Euro (Deutschland: 45,49 Euro). Preisbereinigt bedeutet dies einen Anstieg um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: +0,3 Prozent).

Zunahme der
Stundenproduktivität um
0,8 Prozent

Nach Wirtschaftsbereichen untergliedert zeigt sich die überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität des produzierenden Gewerbes. Mit 49,87 Euro je Erwerbstätigenstunde (Deutschland: 47,20 Euro) lag der Wert deutlich über dem des Dienstleistungsbereichs von 37,16 Euro (Deutschland: 38,88 Euro). Dabei ist zu beachten, dass in Letzterem der Bereich „Wohnungsvermietung“ enthalten ist, der die Aktivitäten aller Wirtschafts-

T 3

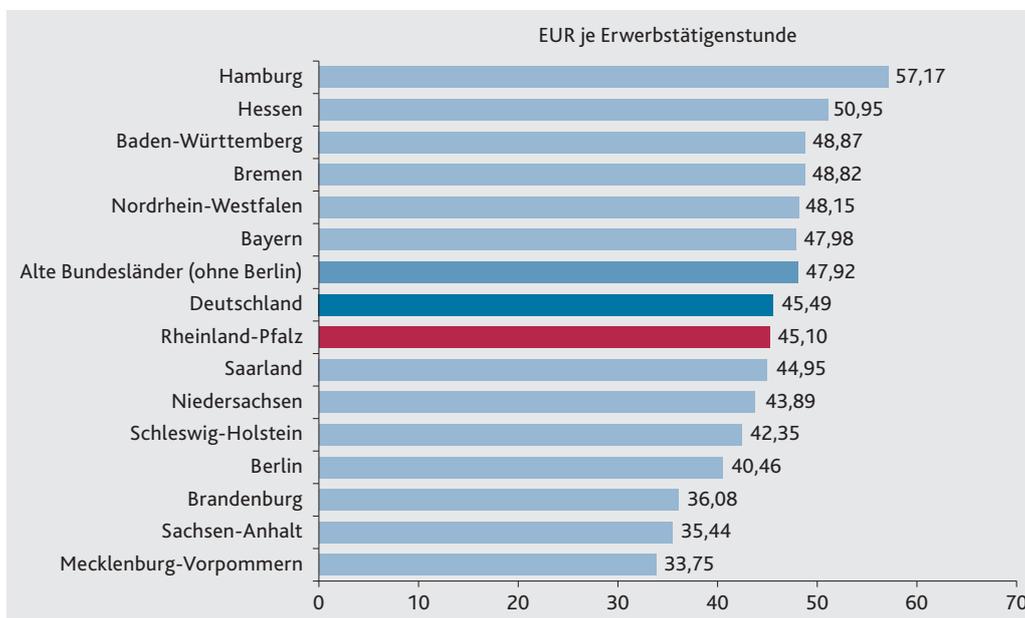
Erwerbstätige und geleistete Arbeitsstunden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2012 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige		Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen					
	Rheinland-Pfalz		Deutschland		Rheinland-Pfalz		Deutschland	
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. Stunden	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. Stunden	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. Stunden	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	44,8	1,7	0,6	74,3	1,5	0,2		
Produzierendes Gewerbe	505,6	1,2	1,3	736,4	-1,0	-0,1		
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	381,2	1,1	1,3	531,7	-1,5	-0,5		
darunter verarbeitendes Gewerbe	357,2	1,0	1,4	496,6	-1,7	-0,4		
Baugewerbe	124,5	1,4	1,4	204,7	0,4	0,9		
Dienstleistungsbereiche	1 375,4	0,7	1,0	1 798,0	0,5	0,6		
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	477,5	0,3	1,0	659,0	0,5	0,5		
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	264,6	1,6	1,5	363,6	1,2	1,2		
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	633,3	0,6	0,8	775,5	0,0	0,4		
Insgesamt	1 925,8	0,9	1,1	2 608,8	0,1	0,4		

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2013

G 4

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 2012 nach Ländern



subjekte zusammenfasst, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung von Wohnungen erstrecken. Die Stundenproduktivität in der Land- und Forstwirtschaft betrug 22,70 Euro (Deutschland: 19,81 Euro).

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt“.

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter www.vgrdl.de.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2012/13

Berufsbildende Schulen werden wichtiger bei der Vermittlung allgemeiner Bildungsabschlüsse



Von Bettina Link

Umfassende Informationen zu Schulen, Schülerinnen und Schülern, Absolventinnen und Absolventen sowie pädagogischem Personal werden jährlich zu Beginn eines jeden Schuljahres an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen erfragt. Das Erhebungsprogramm orientiert sich dabei zum einen an Vorgaben der Kultusministerkonferenz und zum anderen am landesspezifischen Informationsbedarf. Die aus der Schulstatistik ermittelten Daten sind eine wichtige Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und Planungen. Sie werden zudem intensiv in der Bildungsforschung genutzt und nicht zuletzt auch für die interessierte Öffentlichkeit aufbereitet.

Gesamtstütlerzahlen an allgemeinbildenden Schulen seit neun Jahren rückläufig

Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt um mehr als zwei Prozent

Im aktuellen Schuljahr 2012/13 besuchen 432 330 Schülerinnen und Schüler die 1538 allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das sind 9 990 Kinder und Jugendliche weniger als ein Jahr zuvor (-2,3 Prozent).

Das Schuljahr 2012/13 ist damit bereits das neunte in Folge, in dem sinkende Gesamtstütlerzahlen zu verzeichnen sind. Die Ursache hierfür ist der demografische Wandel und der damit einhergehende Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter. Dieser resultiert aus den seit Jahren konstant niedrigen Geburtenzahlen, die nicht zuletzt auf die zunehmend schwächer besetzten Elternjahrgänge zurückgeführt werden können.

In den einzelnen Schulstufen entwickelten sich die Stütlerzahlen in den vergangenen Jahren unterschiedlich. Während im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) ein Rückgang bereits seit Ende der 90er-Jahre festzustellen ist, sinken die Stütlerzahlen im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) erst seit dem Schuljahr 2004/05. In der Sekundarstufe II (Klassen- bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13) traten sinkende Stütlerzahlen erstmals zum Schuljahr 2011/12 auf. Hintergrund hierfür ist zum einen die noch relativ starke Besetzung der entsprechenden Altersjahrgänge in der Bevölkerung. Zum anderen werden die Stütlerzahlen in dieser Schulstufe auch durch politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie durch individuelle Bildungsentscheidungen be-

Weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II seit dem Schuljahr 2011/12

T 1

Schüler an allgemeinbildenden Schulen und in der vorschulischen Ausbildung im Schuljahr 2012/13 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Vorschulische Ausbildung/ Schulart	Insgesamt			Schülerinnen		Schüler		Mit Migrations- hintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		Anzahl	%						
Schul- und Förderschulkindergärten ¹	373	-112	-23,1	100	26,8	273	73,2	.	.
Grundschulen	135 392	-6 018	-4,3	65 487	48,4	69 905	51,6	27 057	20,0
Hauptschulen	1 725	-3 485	-66,9	740	42,9	985	57,1	393	22,8
Realschulen	7 330	-3 020	-29,2	4 815	65,7	2 515	34,3	382	5,2
Realschulen plus	95 204	2 168	2,3	43 169	45,3	52 035	54,7	14 690	15,4
Gymnasien	137 025	-1 045	-0,8	72 853	53,2	64 172	46,8	8 192	6,0
Integrierte Gesamtschulen	37 243	1 489	4,2	17 941	48,2	19 302	51,8	4 312	11,6
Freie Waldorfschulen	2 482	27	1,1	1 275	51,4	1 207	48,6	51	2,1
Kollegs und Abendgymnasien	779	52	7,2	351	45,1	428	54,9	43	5,5
Förderschulen	14 777	-46	-0,3	5 331	36,1	9 446	63,9	1 918	13,0
Insgesamt	432 330	-9 990	-2,3	212 062	49,1	220 268	50,9	57 038	13,2

¹ Daten zum Migrationshintergrund werden an Schul- und Förderschulkindergärten nicht erhoben.

stimmt. Insbesondere der anhaltende Trend zu höheren allgemeinbildenden Abschlüssen bremst den Schülerrückgang in der Oberstufe.

Deutlich weniger Einschulungen

Im August 2012 wurden 32 722 Kinder an den Grundschulen, Freien Waldorfschulen und Förderschulen in Rheinland-Pfalz eingeschult.¹ Die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger lag um 3,3 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. Damit setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende demografisch bedingte Rückgang der Einschulungszahlen fort.

Fast fünf
Prozent aller
Einschulungen
vorzeitig

Der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen stieg zum Schuljahr 2012/13 leicht auf 4,4 Prozent. Demgegenüber wurden 91 Prozent der Kinder regulär eingeschult. Insgesamt 4,7 Prozent der Einschulungen an Grundschulen erfolgten vorzeitig.

Schon bei der Einschulung zeigen sich Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. So lag, ähnlich wie in den Vorjahren, der Anteil der verspäteten Einschulungen an Grundschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund über dem Durchschnitt (6,3 Prozent). Etwas geringer fiel bei diesen Kindern der Anteil der vorzeitigen Einschulungen (3,6 Prozent) aus.

Kinder mit
Migrations-
hintergrund
häufiger
verspätet ein-
geschult

Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund ist nach der Definition der Kultusministerkonferenz bei Schülerinnen und Schülern anzunehmen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

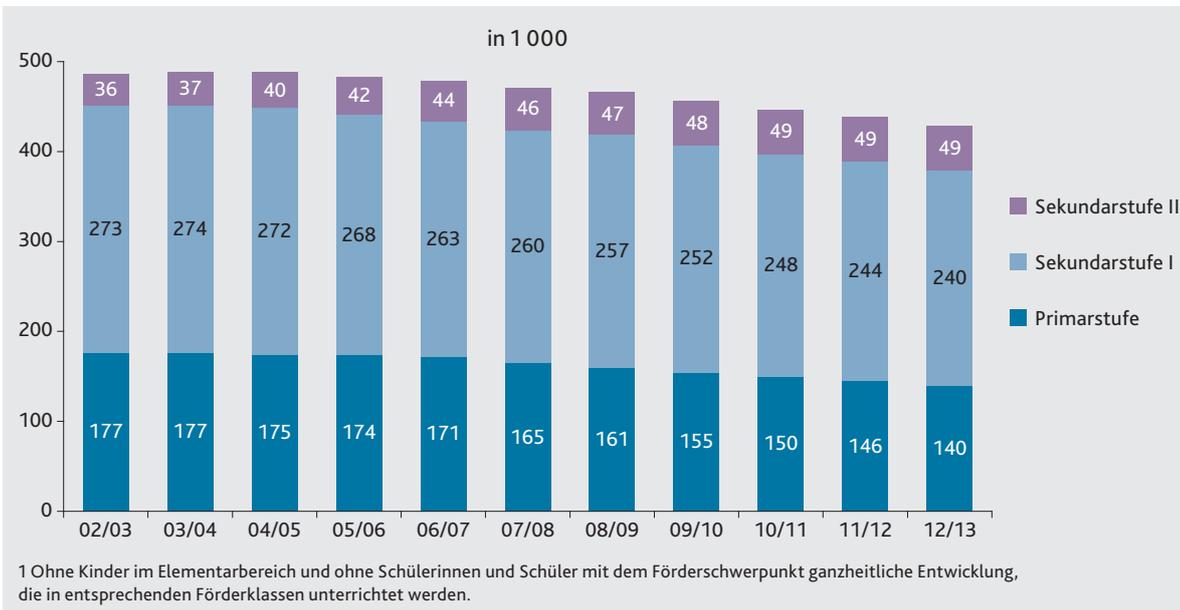
- keine deutsche Staatsangehörigkeit,
- nichtdeutsches Geburtsland,
- nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld.

Sozioökonomische Charakteristika der Familie, wie etwa das Bildungsniveau, der berufliche Status oder die finanzielle Situation der Eltern werden im Rahmen der amtlichen Schulstatistik nicht erhoben.

¹ Einschließlich wiederholte Einschulungen.

G 1

Schülerinnen und Schüler¹ an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2002/03–2012/13 nach Schulstufen



Wie im Folgenden gezeigt wird, ziehen sich diese Unterschiede durch die gesamte weitere schulische Laufbahn. Insbesondere Kinder, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, weisen höhere Nichtversetztenquoten auf, wechseln seltener auf ein Gymnasium und erlangen seltener die Hochschulreife.

Ähnliches gilt, wenn auch in geringerem Maße, für Jungen. Auch sie werden häufiger verspätet und seltener vorzeitig eingeschult und durchlaufen das schulische Bildungssystem im Durchschnitt etwas weniger erfolgreich als ihre Mitschülerinnen. Ein anhaltender Rückgang ist bei den Schul- und Förderschulkindergärten zu verzeichnen

T 2

Schulanfängerinnen und Schulanfänger 2002–2012 nach Einschulungsart und Schultart

Einschulungs-jahr	Ins-gesamt	Grundschulen							Freie Waldorf-schulen	Förder-schulen
		insgesamt	vorzeitig		regulär		verspätet ¹			
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
2002	42 537	41 520	2 160	5,2	36 819	88,7	2 541	6,1	164	853
2003	44 943	43 875	2 656	6,1	39 109	89,1	2 110	4,8	158	910
2004	43 573	42 408	3 374	8,0	36 760	86,7	2 274	5,4	149	1 016
2005	41 253	40 130	3 523	8,8	34 544	86,1	2 063	5,1	166	957
2006	40 275	39 189	3 571	9,1	33 746	86,1	1 872	4,8	163	923
2007	38 336	37 222	4 409	11,8	30 380	81,6	2 433	6,5	170	944
2008	39 524	38 350	1 746	4,6	34 825	90,8	1 779	4,6	165	1 009
2009	36 048	34 784	1 813	5,2	30 715	88,3	2 256	6,5	170	1 094
2010	34 541	33 391	1 758	5,3	30 001	89,8	1 632	4,9	166	984
2011	33 833	32 723	1 588	4,9	29 716	90,8	1 419	4,3	158	952
2012	32 722	31 536	1 497	4,7	28 651	90,9	1 388	4,4	180	1 006

1 Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

T 3

Schulanfänger an Grundschulen 2012 nach Einschulungsart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Einschulungsart	Insgesamt		Mädchen		Jungen		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Regulär	28 651	90,9	13 860	91,1	14 791	90,6	5 636	90,0
Verspätet ¹	1 388	4,4	495	3,3	893	5,5	395	6,3
Vorzeitig	1 497	4,7	864	5,7	633	3,9	228	3,6
Insgesamt	31 536	100	15 219	100	16 317	100	6 259	100

¹ Einschließlich wiederholt Eingeschulte.

Weniger Kinder besuchen einen Schul- oder Förderschulkindergarten

(–23 Prozent). Diese Einrichtungen dienen vorrangig dazu, schulpflichtige – jedoch mangels Schulreife zurückgestellte – Kinder auf den Schulbesuch vorzubereiten. Der starke Rückgang in Schul- und Förderschulkindergärten basiert vor allem darauf, dass diese Kinder seit dem Schuljahr 2009/10 verstärkt in der Eingangsstufe der Grundschule gefördert werden.

Weniger Grundschülerinnen und -schüler

Die Primarstufe umfasst die Klassenstufen 1 bis 4. Hier werden die Kinder in das schulische Lernen eingeführt und damit die Grundlagen für die weitere schulische Bildung geschaffen. Derzeit besuchen 139 506 Kinder diesen Bildungsabschnitt. Das sind 4,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Daten der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes lassen auch zukünftig auf rückläufige Schülerzahlen schließen.

Mehr als 96,4 Prozent der Primarstufenschülerinnen und -schüler lernen an einer Grundschule. Diese werden in Rheinland-Pfalz entweder eigenständig oder aber organisatorisch verbunden mit Hauptschulen bzw. mit Realschulen plus geführt.

Neue Schulstruktur im Bereich der Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I baut auf den Bildungsergebnissen der Primarstufe auf und um-

fasst die Klassenstufen 5 bis 10. In diesem Ausbildungsabschnitt soll allen Schülerinnen und Schülern eine gemeinsame Grundbildung vermittelt werden. In den verschiedenen Schularten der Sekundarstufe I kann nach erfolgreichem Abschluss der neunten Klasse der Hauptschulabschluss (Berufreife) und nach dem erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse der qualifizierte Sekundarabschluss I (früher: mittlere Reife) erlangt werden. Letzterer berechtigt bei entsprechenden Leistungen zum Besuch der gymnasialen Oberstufe.

Seit dem Jahr 2009 kam es im Sekundarbereich I zu umfassenden Änderungen der Schulstruktur. Mit Artikel 7 des „Landesgesetzes zur Änderung der Schulstruktur“ wurde zum Schuljahr 2009/10 die neue Schulart der Realschule plus eingeführt, die bereits im Einführungsjahr an die Stelle der bisherigen Regionalen Schulen und der Dualen Oberschulen trat und bis zum nächsten Schuljahr auch die noch existierenden Haupt- und Realschulen ablösen soll.

Die Neuordnung der Schullandschaft war zum einen eine Reaktion auf den Akzeptanzverlust der Hauptschulen. Sie soll zum anderem dazu beitragen, mehr Jugendliche zu (höheren) Abschlüssen zu führen. Zu diesem Zweck wurde zum Schuljahr 2011/12 die Möglichkeit geschaffen, der Realschule

Fachoberschulen an Realschulen plus führen nach zwei Jahren zur Fachhochschulreife

T 4

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen des Schuljahres 2012/13 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gymnasien	14 728	39,5	7 487	41,4	7 241	37,7	987	26,0
Integrierte Gesamtschulen	6 176	16,5	2 906	16,1	3 270	17,0	668	17,6
Schulartübergreifende Orientierungsstufen	3 145	8,4	1 610	8,9	1 535	8,0	185	4,9
Realschulen plus	12 240	32,8	5 452	30,1	6 788	35,3	1 887	49,7
Realschulen	751	2,0	525	2,9	226	1,2	29	0,8
Hauptschulen	45	0,1	18	0,1	27	0,1	11	0,3
Freie Waldorfschulen	24	0,1	12	0,1	12	0,1	1	0,0
Förderschulen	223	0,6	95	0,5	128	0,7	30	0,8
Insgesamt	37 332	100	18 105	100	19 227	100	3 798	100

¹ Aus der Zugangsstatistik des Schuljahres 2012/13.

plus – bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen – eine Fachoberschule anzugliedern. Dieser berufsbildende Bildungsgang führt innerhalb von zwei Jahren zur Fachhochschulreife, der Studienberechtigung für die Fachhochschule. Die Ausbildung an der Fachoberschule umfasst neben dem schulischen Unterricht auch einen fachpraktischen Teil: So absolvieren die Schülerinnen und Schüler in ihrem ersten Schuljahr an jeweils drei Tagen der Woche ein berufliches Praktikum. Zurzeit ist an zwölf Realschulen plus auch eine Fachoberschule angeschlossen.

Gymnasien weiterhin beliebteste Schulart

Gut 39 Prozent der Kinder wechseln von der Grundschule auf ein Gymnasium

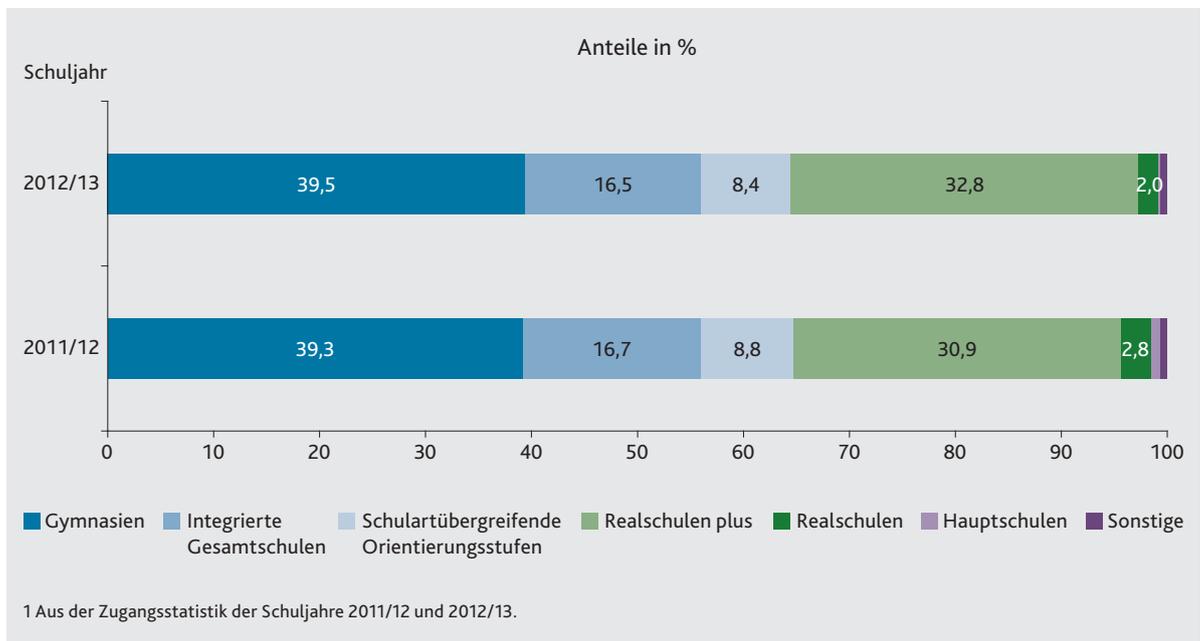
Zum Schuljahr 2012/13 wechselten 37 332 Grundschulabsolventinnen und -absolventen in die fünfte Klassenstufe der weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Knapp vier von zehn setzen ihre Schullaufbahn an einem Gymnasium fort (39 Prozent). Damit ist das Gymnasium auch im Schuljahr 2012/13 die beliebteste Schulart. Fast jedes dritte Kind wechselte in die fünfte Klassenstufe einer Realschule plus (33 Prozent).

Der Anteil der Realschulen plus wuchs damit im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte. Leichte Einbußen verzeichnen die 54 Integrierten Gesamtschulen. Sie nahmen 17 Prozent der Grundschulabsolventinnen und -absolventen auf (-0,2 Prozentpunkte). Ebenfalls nur geringe Veränderungen gab es bei den Anteilen der Grundschülerinnen und -schüler, die in die schulartübergreifende Orientierungsstufe (8,4 Prozent) oder auf Freie Waldorfschulen und Förderschulen (zusammen 0,7 Prozent) wechselten. Lediglich noch 2,1 Prozent der Schülerinnen und Schüler begannen den neuen Bildungsabschnitt an den bis zum Schuljahr 2013/14 auslaufenden Haupt- und Realschulen (-1,6 Prozentpunkte).

Schullaufbahnpflicht

In Rheinland-Pfalz erhalten Kinder zum Ende des vierten Schuljahres eine Empfehlung zur weiteren Schullaufbahn. Ihnen werden, entsprechend der Beurteilung ihrer Leistungen, alle regional infrage kommenden Schulen empfohlen. Diese Empfehlung ist nicht bindend, sodass letztendlich der Elternwille entscheidend ist.

G 2

Zugänge¹ aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen der Schuljahre 2011/12 und 2012/13

Kinder mit Migrationshintergrund wechseln seltener auf Gymnasien

Kinder mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in ihrem Übergangsverhalten auch im Jahr 2012 von dem der Gesamtschülerschaft. So wechselten sie deutlich häufiger auf eine Realschule plus (50 Prozent) und sehr viel seltener auf ein Gymnasium (26 Prozent).

Weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I

Derzeit besuchen 239 886 Schülerinnen und Schüler die Sekundarstufe I. Das sind 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Innerhalb der letzten zehn Jahre gab es deutliche Verschiebungen bei der Verteilung der Schülerschaft auf die einzelnen Schularten. Diese sind zum einen durch die Schulstrukturereform des Jahres 2009 bedingt. Sie sind zudem das Ergebnis einer steigenden Präferenz für jene Schulen, die zum Abitur führen. Von dieser Entwicklung profitierten insbesondere Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen.

Die strukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I werden deutlich anhand der Verteilung der Schülerschaft in der achten Klassenstufe. So besuchen im laufenden Schuljahr 2012/13 bereits knapp 43 Prozent aller Achtklässler eine Realschule plus. Vor einem Jahr lag dieser Anteil bei 41 Prozent. Lediglich noch 3,8 Prozent der Schülerinnen und Schüler werden an einer Haupt- oder Realschule unterrichtet. Fast 50 Prozent und damit etwa die Hälfte der Achtklässler besucht ein Gymnasium oder eine Integrierte Gesamtschule.

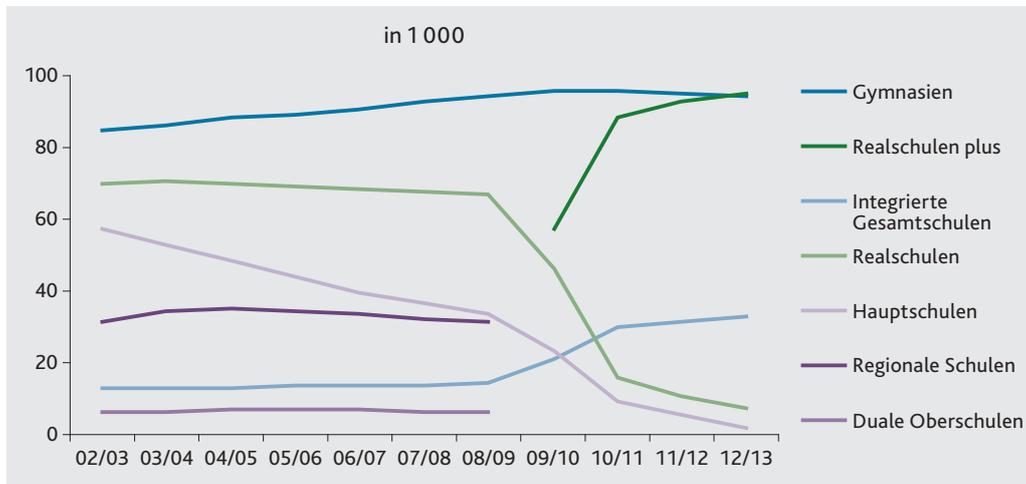
Bei Kindern mit Migrationshintergrund lassen sich die bereits beim Übergangsverhalten zu beobachtenden Unterschiede bezüglich der Schulwahl auch in der achten Klassenstufe feststellen. Sie besuchen im Vergleich zur Gesamtschülerschaft überdurchschnittlich häufig eine Realschule plus (61 Prozent) und relativ selten ein Gymnasium (17 Prozent).

Fast 43 Prozent aller Achtklässler besuchen eine Realschule plus

Kinder mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert

G 3

Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in den Schuljahren 2002/03–2012/13 nach ausgewählten Schularten



Integrierte Gesamtschulen gewinnen auch im Sekundarbereich II an Bedeutung

Weniger Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe

Im allgemeinbildenden Bereich erstreckt sich die Sekundarstufe II auf die Jahrgangsstufen 11 bis 13, die sogenannte gymnasiale Oberstufe. Diese verfolgt das Ziel, die Jugendlichen auf ein Studium oder eine Berufsausbildung vorzubereiten und führt nach bestandener Abiturprüfung zur allgemeinen Hochschulreife. Im Schuljahr 2012/13 besuchen insgesamt 47 297 Schülerinnen und Schüler die gymnasiale Oberstufe (Mainzer Studienstufe) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule. Das sind 0,2 Pro-

zent weniger als im Vorjahr. Weitere 1235 werden an einer Freien Waldorfschule, einem Kolleg oder Abendgymnasium unterrichtet.

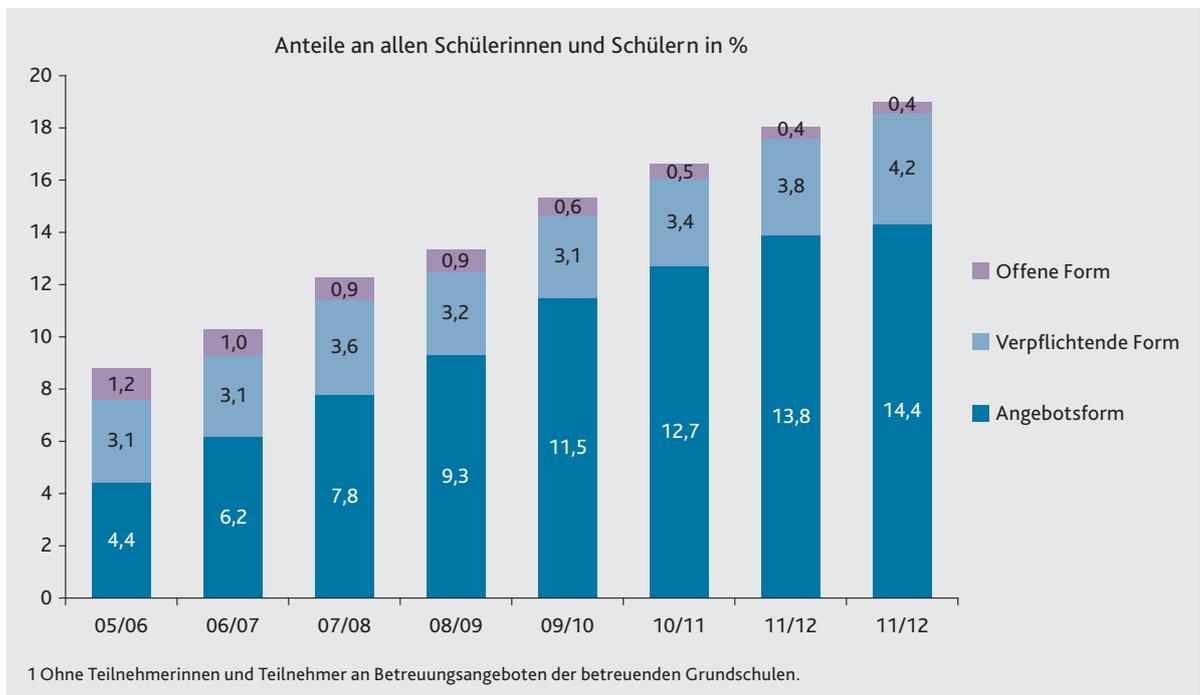
Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die gymnasiale Oberstufe an einer Integrierten Gesamtschule besuchen, hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Er liegt mittlerweile bei neun Prozent. Wie auch in den Vorjahren ist die Mehrheit der Jugendlichen in der gymnasialen Oberstufe weiblich (55 Prozent). Deutlich unterrepräsentiert sind noch immer Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Ihr Anteil beträgt derzeit 6,6 Prozent.

T 5

Schüler der Klassenstufe 8 im Schuljahr 2012/13 nach Schulart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund		Zum Vergleich Schuljahr 2011/12	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Anteil in %
Gymnasien	15 645	36,8	8 233	40,0	7 412	33,8	845	17,2	15 999	36,2
Integrierte Gesamtschulen	5 413	12,7	2 555	12,4	2 858	13,0	691	14,1	5 473	12,4
Realschulen plus	18 134	42,7	8 147	39,6	9 987	45,5	3 006	61,2	17 994	40,7
Realschulen	1 215	2,9	828	4,0	387	1,8	58	1,2	1 832	4,1
Hauptschulen	416	1,0	166	0,8	250	1,1	110	2,2	1 165	2,6
Förderschulen	1 436	3,4	506	2,5	930	4,2	198	4,0	1 502	3,4
Freie Waldorfschulen	231	0,5	129	0,6	102	0,5	1	0,0	219	0,5
Insgesamt	42 490	100	20 564	100	21 926	100	4 909	100	44 184	100

G 4

Ganztags Schülerinnen und -schüler¹ in den Schuljahren 2005/06–2012/13 nach Angebotsart

Fast 82 000 Schülerinnen und Schüler nutzen ein Ganztagsangebot

Ganztagsangebote sollen auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern

Im Jahr 2001 startete die rheinland-pfälzische Landesregierung ein Ganztagsschulprogramm mit dem Ziel, die Ganztagsbetreuung auszubauen. Hintergrund hierfür war das Bestreben, die Bildung von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft besser fördern zu können. Zudem sollte durch die Erweiterung der Ganztagsangebote auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Der Ausbau der Ganztagsangebote in Rheinland-Pfalz wurde zudem finanziell durch das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützt.

19 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nutzen schulische Ganztagsangebote

Die Teilnahme an den schulischen Ganztagsangeboten wuchs in den letzten sieben Jahren deutlich. Im laufenden Schuljahr 2012/13 nutzen 81 948 Schülerinnen und Schüler ein solches Angebot. Das sind

92 Prozent mehr als noch im Schuljahr 2005/06, dem Zeitpunkt der erstmaligen Erhebung des Merkmals. Insgesamt beträgt der Ganztagschüleranteil im laufenden Schuljahr 19 Prozent (2005/06: 8,8 Prozent).

Die zahlenmäßig größte Bedeutung hat die Ganztagsbetreuung in Angebotsform. Insgesamt gut 14 Prozent aller Schülerinnen und Schüler nehmen derzeit daran teil. Das Ganztagsangebot in verpflichtender Form wird von 4,2 Prozent und das Ganztagsangebot in offener Form von 0,4 Prozent aller Schülerinnen und Schüler genutzt.

Die Inanspruchnahme ist in den einzelnen Schulstufen teilweise unterschiedlich. Zwischen dem Primarbereich (21 Prozent) und dem Sekundarbereich I (20 Prozent) gibt es kaum Differenzen. Dabei kommt den im Sekundarbereich I seit dem Schuljahr 2008/09 bestehenden G8-Gymnasien (G8GTS) eine besondere Bedeutung zu,

Rund 21 Prozent der Kinder im Grundschulbereich nehmen Ganztagsschulangebote wahr

T 6

Schülerinnen und Schüler 2012/13 nach Teilnahme am Ganztagsangebot, Schulstufe und Angebotsart

Schulstufe	Insgesamt	Darunter mit Teilnahme am Ganztagsangebot		Davon					
				verpflichtende Form		offene Form		Angebotsform	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Primarstufe	139 506	28 847	20,7	2 565	1,8	650	0,5	25 632	18,4
Sekundarstufe I	239 886	47 403	19,8	10 510	4,4	829	0,3	36 064	15,0
Sekundarstufe II	48 532	1 684	3,5	1 125	2,3	152	0,3	407	0,8
Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung	4 033	4 014	99,5	3 994	99,0	3	0,1	17	0,4
Insgesamt	431 957	81 948	19,0	18 194	4,2	1 634	0,4	62 120	14,4

Ganztagschule in Rheinland-Pfalz

Zurzeit gibt es in Rheinland-Pfalz drei verschiedene Formen der Ganztagschule.

Die **Ganztagschule in Angebotsform** bietet ein Ganztagsangebot von 8.00 bis 16.00 Uhr an mindestens vier Tagen pro Woche. Die Teilnahme ist frei wählbar, aber nach erfolgter Anmeldung bindend.

Bei **Ganztagschulen in verpflichtender Form** erstreckt sich der Unterricht auf die Vormittage und in der Regel auf vier Nachmittage in der Woche. Die Teilnahme am Ganztagsschulangebot ist für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend.

Die **Ganztagschule in offener Form** legt einzelne Unterrichtsveranstaltungen auf den Nachmittag und bietet darüber hinaus eine außerunterrichtliche Betreuung an, die vom Schulträger bereitgestellt wird.

Betreuende Grundschulen

Darüber hinaus existieren an vielen Grundschulen vor und nach dem Unterricht freiwillige Betreuungsgruppen. Diese werden – bei entsprechender Nachfrage – vor Ort von den Schulträgern, den Fördervereinen oder anderen Trägern organisiert und teilweise vom Land bezuschusst. Auf eine Darstellung wurde verzichtet, da zu diesem Aspekt in der amtlichen Schulstatistik keine vollständigen Informationen vorliegen.

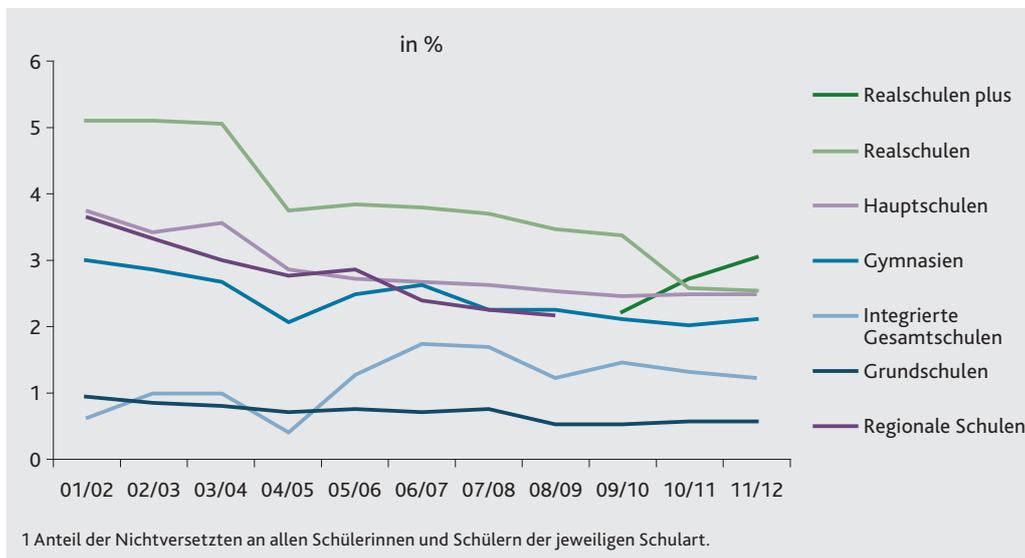
da die in dieser Schulart angebotene Verkürzung der Gymnasialschulzeit auf acht Jahre ab Klassenstufe sieben ausschließlich in Form einer verpflichtenden Ganztagschule erfolgt. Im Sekundarbereich II, in dem Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren unterrichtet werden, hat das Ganztagsangebot mit einer Teilnahmequote von 3,5 Prozent eine geringere Bedeutung, zumal in der Oberstufe durch den üblichen Nachmittagsunterricht weniger Bedarf an Ganztagsangeboten besteht.

Anteil der Nichtversetzten in allen Schularten rückläufig

Schon seit längerem wird die Praxis des „Sitzenbleibens“ in der Wissenschaft und der Bildungspolitik kritisch hinterfragt. Dies gilt sowohl mit Blick auf den mit dieser Maßnahme verbundenen pädagogischen Effekt als auch im Hinblick auf die Kosten. Führende Bildungsverantwortliche halten Nichtversetzungen daher lediglich in Ausnahme- und Einzelfällen für angebracht. Gezielte individuelle Fördermaßnahmen und die bereits im Schuljahr 1999/2000 in Rheinland-Pfalz eingeführte Möglichkeit zur Nachprüfung für Nichtversetzte führten in den letzten Jahren insgesamt zu einem Rückgang der Nichtversetztenquoten.

G 5

Nichtversetzenquote¹ an ausgewählten Schularten in den Schuljahren 2001/02–2011/12



Nichtversetzungen an Realschulen plus am häufigsten

Ungeachtet des insgesamt rückläufigen Trends blieben auch zum Ende des Schuljahres 2011/12 die Unterschiede zwischen den Schularten erhalten. Am häufigsten verfehlten Schülerinnen und Schüler der Realschule plus das Klassenziel. Am seltensten verblieben Grundschülerinnen und Grundschüler in derselben Klassenstufe.

Jungen werden häufiger nicht versetzt als Mädchen

Vergleichsweise häufig waren es Jungen sowie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht in die nächste Klasse versetzt wurden. Die Nichtversetzenquoten lagen hier insbesondere in der Sekundarstufe II über dem Durchschnitt.

Sonderpädagogische Förderung auch an Regelschulen

Bei etwa vier Prozent aller Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2012/13 liegt ein durch die Schulbehörde festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf vor. Dieser wird festgestellt, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten soweit beeinträchtigt sind, dass sie sonderpädagogische Förderung benötigen, um in der Schule erfolgreich lernen und einen Schulabschluss erreichen zu können. Schülerinnen und Schüler mit körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen, die

T 7

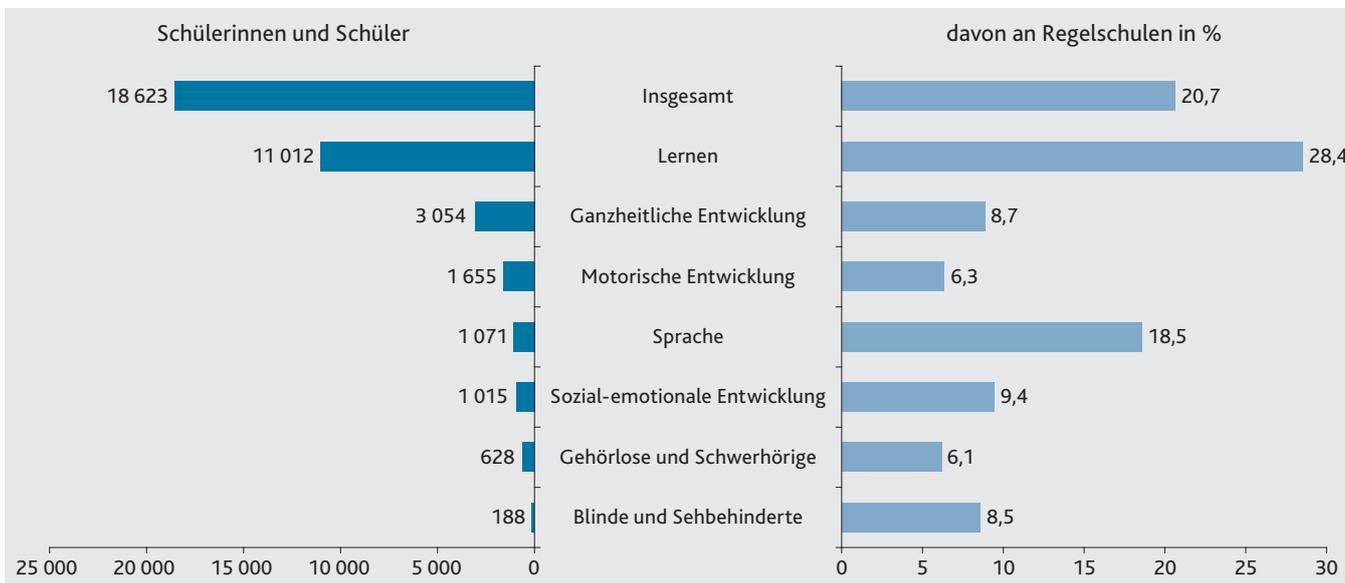
Nichtversetzte im Schuljahr 2011/12 nach Schulstufe, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulstufe	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Migrationshintergrund	
	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %	Anzahl	Quote ¹ in %
Primarstufe	839	0,6	379	0,5	460	0,6	330	1,2
Sekundarstufe I	5 279	2,2	2 027	1,7	3 252	2,6	904	3,4
Sekundarstufe II ²	1 347	2,8	600	2,2	747	3,4	163	5,1
Insgesamt	7 465	1,7	3 006	1,4	4 459	2,0	1 397	2,5

1 Anteil der Nichtversetzten in der betrachteten Schülergruppe an allen Schülerinnen und Schülern dieser Gruppe. – 2 Einschließlich Kollegs und Abendgymnasien.

G 6

Schülerinnen und Schüler sowie Regelschulanteil im Schuljahr 2012/13 nach Förderschwerpunkten



bezogen auf das schulische Lernen nicht in einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung münden, werden nicht erfasst.

Die weitaus meisten Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es im Bereich Lernen (59 Prozent). Weitere 16 Prozent haben einen Förderbedarf im Bereich ganzheitliche Entwicklung und 8,9 Prozent im Bereich motorische Entwicklung.

Knapp acht von zehn Schülerinnen und Schülern mit festgestelltem Förderbedarf werden derzeit an einer Förderschule unterrichtet, 21 Prozent besuchen andere allgemeinbildende Schulen. Am häufigsten werden Schülerinnen und Schülern mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache an Regelschulen integriert, den geringsten Regelschulanteil haben Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt Gehörlose und Schwerhörige.

Insgesamt erfolgte in den vergangenen zehn Jahren eine stärkere Orientierung hin zu einem gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern.² Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die integrativ unterrichtet werden, wurde in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt.

Mehr als 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Im aktuellen Schuljahr 2012/13 haben 13 Prozent der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen einen Migrationshintergrund in der Abgrenzung der Kultusministerkonferenz (57 038). Die meisten von ihnen sind deutsche Staatsbürger (33 802). Unter den ausländischen Schülerinnen und Schülern dominieren jene mit türkischem Pass (30 Prozent). Ebenfalls viele dieser Kinder und Jugendlichen haben eine italienische (7,5 Prozent) oder eine polnische (5,6 Prozent) Staatsangehörigkeit. Insgesamt 45 785 Schülerinnen und Schüler sprechen in der

Türkisch und Russisch sind häufigste nicht-deutsche Familiensprachen

² Link, Bettina, Sonderpädagogische Förderung im Schuljahr 2010/11, In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Monatshefte – 6 (2011), S. 526-536.

T 8

Schulentlassene allgemeinbildender Schulen im Jahr 2012 nach Abschlussart, Geschlecht und Migrationshintergrund

Abschlussart	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss ¹	2 353	5,4	905	4,2	1 448	6,5	466	9,0
Hauptschulabschluss	8 442	19,2	3 322	15,3	5 120	23,1	1 734	33,4
Qualifizierter Sekundarabschluss I	18 252	41,6	9 200	42,3	9 052	40,9	2 159	41,6
Fachhochschulreife	911	2,1	487	2,2	424	1,9	93	1,8
Allgemeine Hochschulreife	13 941	31,8	7 832	36,0	6 109	27,6	740	14,3
Insgesamt	43 899	100	21 746	100	22 153	100	5 192	100

1 Einschließlich Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der Förderschule.

Familie vorwiegend nicht Deutsch. Das sind fast elf Prozent der gesamten Schülerschaft. Die häufigste nichtdeutsche Familiensprache ist mit einem Anteil von 29 Prozent Türkisch, gefolgt von Russisch (22 Prozent).

Weniger Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss

Fast 32 Prozent verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit Abitur

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildenden Schulen mit der allgemeinen Hochschulreife oder mit einem qualifizierten Sekundarabschluss I verlassen, ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2002 lediglich gut 24 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger das Abitur, so waren es im Jahr 2012 schon fast 32 Prozent. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erlangten, stieg im selben Zeitraum um 6,9 Prozentpunkte auf nun rund 42 Prozent. Auch hier macht sich der allgemeine Trend zu höheren Abschlüssen bemerkbar.

5,4 Prozent erreichen keinen Hauptschulabschluss

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist in den letzten zehn Jahren zurückgegangen. Er lag im Jahr 2012 bei 5,4 Prozent und damit 3,7 Prozentpunkte unter dem Wert von 2002.

3 Besondere Form der Berufsreife.

Mit 59 Prozent stammte die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen beziehungsweise aus entsprechenden Bildungsgängen. Von den insgesamt 2 353 Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 36 Prozent einen Abschluss im Förderschwerpunkt Lernen³ und 16 Prozent einen im Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangt.

Die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss kommt aus Förderschulen

Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verließen die allgemeinbildenden Schulen relativ häufig ohne Hauptschulabschluss. Mit neun Prozent ist der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich höher als bei allen Schülerinnen und Schülern.

Zahl der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen gesunken

Die meisten Jugendlichen im Sekundarbereich II belegen Bildungsgänge mit beruflicher Ausrichtung. Im laufenden Schuljahr absolvieren 125 317 Schülerinnen und Schüler eine Ausbildung an einer berufsbildenden Schule (-1,4 Prozent).

Der Rückgang der Schülerzahlen ist teilweise demografisch bedingt. Zur allgemein sinkenden Zahl der Jugendlichen kommt aber auch

T 9

Schüler an berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2012/13 nach Schulform, Geschlecht und Migrationshintergrund

Schulformen	Insgesamt		Schülerinnen		Schüler		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Berufsschulen ohne Berufsvorbereitungsjahr	74 908	-2,7	27 914	37,3	46 994	62,7	8 631	11,5
Berufsvorbereitungsjahr	2 197	5,3	833	37,9	1 364	62,1	500	22,8
Berufsfachschulen	20 667	-4,0	10 644	51,5	10 023	48,5	3 373	16,3
Fachoberschulen	1 078	132,8	523	48,5	555	51,5	71	6,6
Fachschulen	12 770	6,3	7 698	60,3	5 072	39,7	1 469	11,5
Berufsoberschulen	2 374	-9,5	948	39,9	1 426	60,1	292	12,3
Duale Berufsoberschulen	2 051	-10,5	813	39,6	1 238	60,4	229	11,2
Berufliche Gymnasien	9 272	1,8	4 399	47,4	4 873	52,6	1 107	11,9
Insgesamt	125 317	-1,4	53 772	42,9	71 545	57,1	15 672	12,5

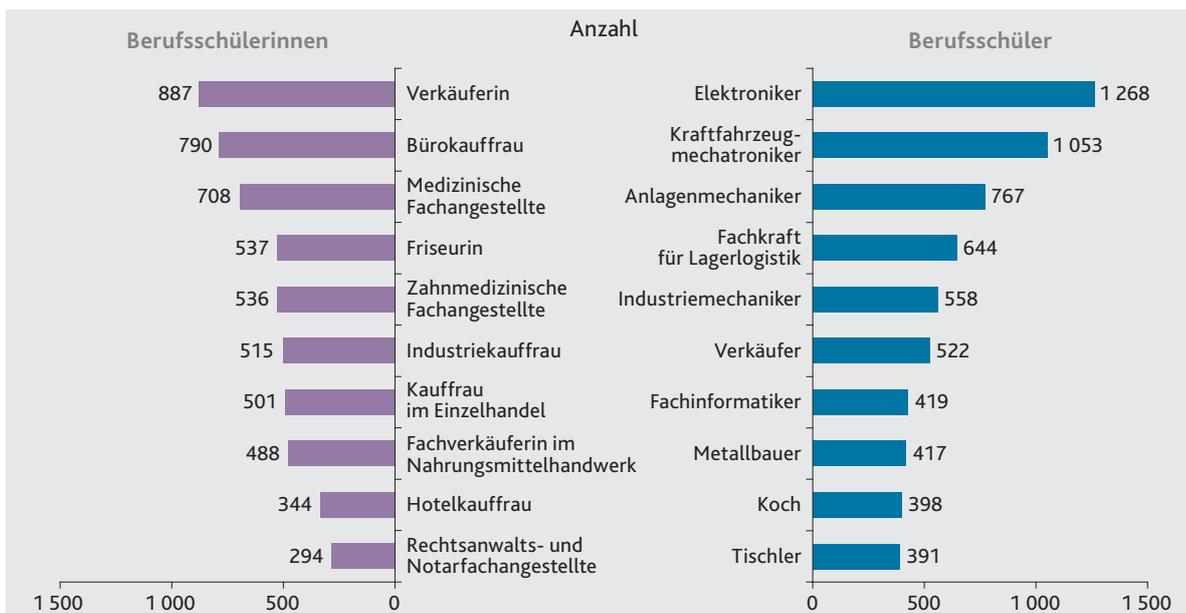
ein geändertes Bildungsverhalten. Immer mehr junge Menschen wählen allgemeinbildende Schulen, die zum Abitur führen und entscheiden sich dann für ein Studium und nicht für die Ausbildung an einer berufsbildenden Schule.

Eine gegenläufige Entwicklung ergibt sich in den nächsten Jahren möglicherweise durch

die neu eingerichteten Fachoberschulen. Bisher ist an 19 der insgesamt 201 Realschulen plus eine Fachoberschule angegliedert. Die organisatorische Verbindung mit den Realschulen plus zeigt sich auch bei der Zusammensetzung der Schülerschaft. So stammt die Mehrheit der 686 Anfängerinnen und Anfänger aus dieser Schulart (535).

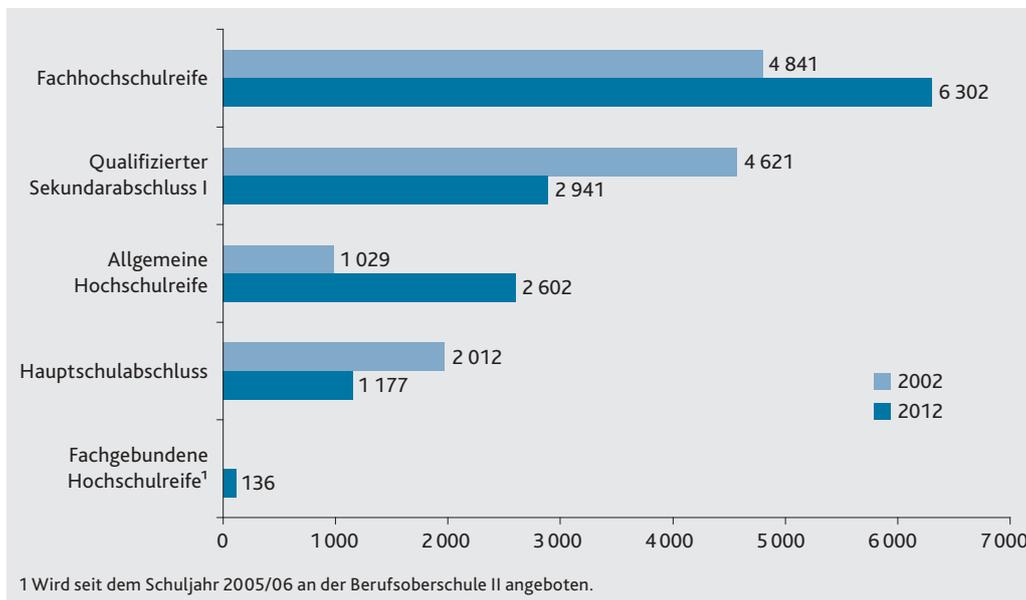
G 7

Die zehn häufigsten Ausbildungsberufe von Berufsschülern im ersten Ausbildungsjahr im Schuljahr 2012/13 nach Geschlecht



G 8

An berufsbildenden Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse 2002 und 2012



In den übrigen berufsbildenden Schulformen entwickelten sich die Schülerzahlen im Vergleich zum Schuljahr 2011/12 unterschiedlich. Im größten Bereich, der dualen Ausbildung, sank die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 2,7 Prozent auf 74 908. Noch stärkere Rückgänge verzeichnen die Dualen Berufsoberschulen (-10,5 Prozent), die Berufsoberschulen (-9,5 Prozent) sowie die Berufsfachschulen (-4 Prozent). Demgegenüber gab es an den Fachschulen (+6,3 Prozent) deutliche Zuwächse. An den neuen Fachoberschulen werden mittlerweile 1 078 Schülerinnen und Schüler unterrichtet (+133 Prozent).

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stellen an den berufsbildenden Schulen im laufenden Schuljahr einen Anteil von 12,5 Prozent. Überdurchschnittlich stark vertreten sind sie im Berufsvorbereitungsjahr (23 Prozent). An den neuen Fachoberschulen beträgt ihr Anteil 6,6 Prozent und liegt damit deutlich niedriger als an den beruflichen Gymnasien (11,9 Prozent).

Frauen sind in den berufsbildenden Schulen traditionell unterrepräsentiert. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl beträgt in diesem Schuljahr 43 Prozent. Auch im Schuljahr 2012/13 unterscheiden sich junge Frauen und Männer deutlich in der Wahl der Ausbildungsberufe. Während Berufsschülerinnen im Dualen System eher Ausbildungsberufe aus dem kaufmännischen Umfeld wählten, bevorzugten Berufsschüler vor allem Berufe aus dem technischen und handwerklichen Bereich.

42,9 Prozent
Frauenanteil an
berufsbildenden
Schulen

Berufsbildende Schulen auch bei der Vermittlung allgemeiner Bildung wichtig

An berufsbildenden Schulen wird nicht ausschließlich berufliche Bildung vermittelt. Eine wichtige Zusatzfunktion liegt hier in der Vermittlung allgemeinbildender Abschlüsse. Vom Hauptschulabschluss über die mittlere Reife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife können alle allgemeinbildenden Abschlüsse auch an berufsbildenden Schulen erlangt

T 10 Studienberechtigte und Studienberechtigtenquote 2002–2012 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte			Studienberechtigtenquote ¹		
	insgesamt	Frauen	Männer	insgesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%		
2002	16 623	8 933	7 690	36,9	40,6	33,5
2003	16 912	9 162	7 750	38,0	42,0	34,1
2004	17 194	7 963	9 231	37,9	41,6	34,4
2005	16 861	7 876	8 985	36,4	39,6	33,3
2006	17 631	7 996	9 635	37,7	41,9	33,7
2007	19 855	10 727	9 128	41,3	45,3	37,6
2008	21 201	11 450	9 751	43,8	48,2	39,7
2009	21 881	11 795	10 086	45,3	49,9	40,9
2010	22 967	12 420	10 547	47,7	53,0	42,8
2011	23 488	12 796	10 692	49,8	55,4	44,3
2012	23 892	12 668	11 224	51,7	56,4	47,4

Abweichungen zu anderen Veröffentlichungen beruhen auf Rundungsdifferenzen.
 1 Ab 2006 Berechnung nach dem Quotensummenverfahren.

werden. Im Jahr 2012 verließen 49 106 Schülerinnen und Schüler die Einrichtungen der beruflichen Bildung, darunter 13 158 mit einem allgemeinbildenden Abschluss. Diesen erlangten sie teilweise sogar zusätzlich zu einem berufsbildenden Abschluss.

Studienberechtigtenquote auf knapp 52 Prozent gestiegen

Mehr als ein Drittel aller Hochschulzugangsberechtigungen (einschließlich Fachhochschulreife) wurden im vergangenen Jahr an berufsbildenden Schulen erlangt (38 Prozent). Zusammen mit den Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen ergibt sich für das Jahr 2012 eine Studienberechtigtenquote von knapp 52 Prozent (2002: 37 Prozent).

Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat. Dazu wird die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Jahres, die die Fachhochschulreife, die fachgebundene oder die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, auf die Bevölkerung im entsprechenden Alter bezogen. Die Berechnung erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

Jede zweite Lehrkraft an berufsbildenden Schulen 50 Jahre und älter

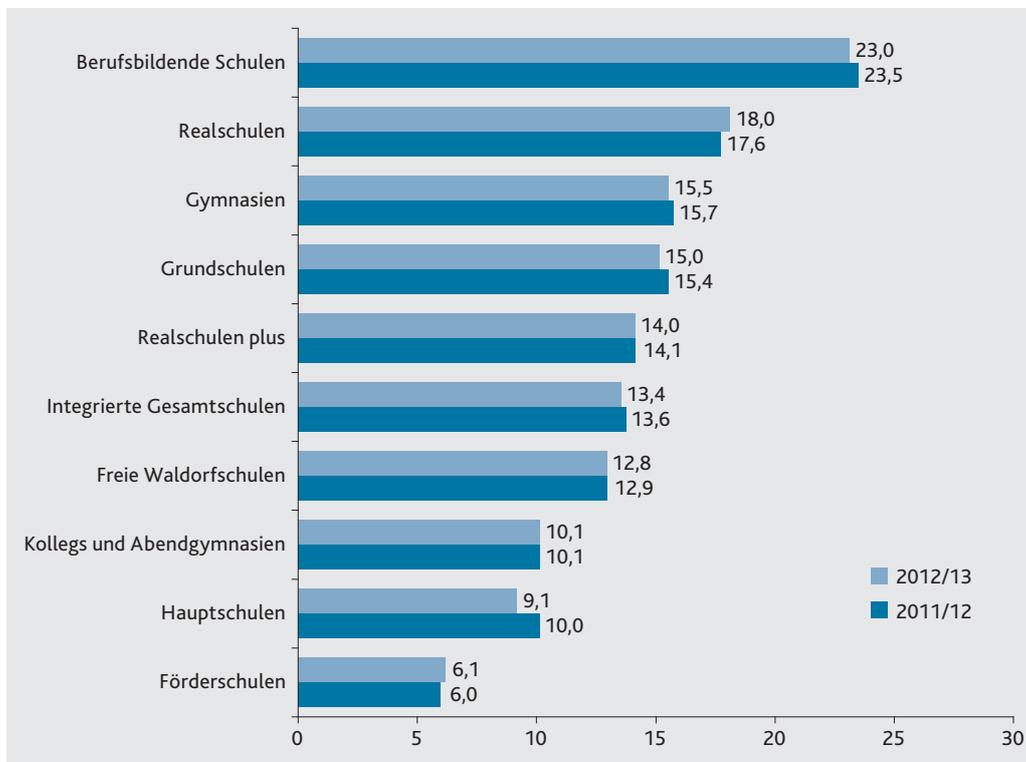
An den allgemeinbildenden Schulen unterrichten derzeit 35 883 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte, die Mehrheit von ihnen in Vollzeit (58 Prozent). Mehr als zwei Drittel des Lehrpersonals sind Frauen (70 Prozent). Insbesondere an Grundschulen sind deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt (88 Prozent). Ausgeglichen ist das Geschlechterverhältnis an Gymnasien (Frauenanteil: 55 Prozent). Derzeit sind mehr als 40 Prozent der hauptamtlich und hauptberuflich beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 50 Jahre oder älter.

An Grundschulen lehren überwiegend Frauen

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen ist die Mehrheit der 5 887 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen männlich (55 Prozent). Auch Vollzeitbeschäftigte sind an den berufsbildenden Schulen mit einem Anteil von gut 67 Prozent deutlich häufiger vertreten. Die Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer fällt dabei etwas ungünstiger aus als an den allgemeinbildenden Schulen.

G 9

Schüler-Lehrer-Relation in den Schuljahren 2011/12 und 2012/13 nach ausgewählten Schularten



So liegt der Anteil der 50 Jahre oder älteren hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer bei 50 Prozent. Das heißt, in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird voraussichtlich die Hälfte der derzeitigen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen in den Ruhestand gehen.

Betreuungsrelation an fast allen Schularten günstiger als im Vorjahr

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Relation von Schülerinnen und Schülern zu Lehrkräften an fast allen Schularten verbessert. Wurden an allgemeinbildenden Schulen ein Jahr zuvor noch 14,2 Schülerinnen und Schüler von einer Lehrkraft („Vollzeitlehrereinheit“) betreut, so sind es derzeit 14. An berufsbildenden Schulen fiel die Schüler-Lehrer-Relation im selben Zeitraum von 23,5 auf 23.

Die Schüler-Lehrer-Relation wird wesentlich durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum und die unterschiedlichen Grundvoraussetzungen an den einzelnen Schularten bestimmt. Daher ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Schularten. So werden beispielsweise an Förderschulen relativ wenige Kinder je Lehrkraft betreut, während die Schüler-Lehrer-Relation an berufsbildenden Schulen, ins-

Schüler-Lehrer-Relation variiert zwischen den verschiedenen Schularten

Vollzeitlehrereinheit

Vollzeitlehrereinheiten werden errechnet, um die Unterrichtsversorgung der von Voll- und Teilzeitlehrkräften erteilten Unterrichtseinheiten normiert auf fiktive Vollzeitkräfte abbilden zu können. Hierzu werden die Wochenstunden der hauptamtlichen/hauptberuflichen Teilzeitkräfte und der nichthauptberuflichen Lehrkräfte in Vollzeitlehrerfälle umgerechnet und zu den tatsächlich vorhandenen Vollzeitlehrkräften addiert.

besondere aufgrund des hohen Anteils von Teilzeitbildungsgängen, traditionell sehr hoch liegt.

Fazit

Auch im aktuellen Schuljahr setzt sich der demografisch bedingte Schülerrückgang fort. Betroffen ist neben der Primarstufe und der Sekundarstufe I auch die Sekundarstufe II. Auch die berufsbildenden Schulen verzeichnen zum wiederholten Mal rückläufige Schülerzahlen. Sowohl in den allgemeinbildenden als auch in den berufsbildenden Schulen zeigt sich ein anhaltender Bedarf zur besseren Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Diese durchlaufen

das Schulsystem noch immer mit deutlich geringerem Erfolg als Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Umfassende Änderungen ergaben sich in Folge der Schulstrukturreform im Bereich der weiterführenden Schulen. Mit der Einführung der Realschule plus und der schrittweisen Ablösung der bisherigen Hauptschulen sollen mehr Schülerinnen und Schüler zu (höheren) Schulabschlüssen geführt werden. Diesem Ziel dienen auch die zum Schuljahr 2011/12 eingeführten Fachoberschulen.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften leitet das Referat „Bildung“.

Rheinland-Pfalz regional: Westerwaldkreis

Von Dr. Birgit Hübbers

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz wird von ihren strukturellen Rahmenbedingungen geprägt. In der Aufsatzreihe „Rheinland-Pfalz regional“ werden die zwölf kreisfreien Städte und 24 Landkreise jeweils einer regionalstatistischen Analyse unterzogen. Als Basis dienen standortrelevante Daten und Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Tourismus und Arbeitsmarkt.

Dieser Beitrag befasst sich mit dem Westerwaldkreis, der zusammen mit den Landkreisen Neuwied und Altenkirchen den nördlichen Zipfel von Rheinland-Pfalz bildet. Er ist flächenmäßig der viertgrößte und hinsichtlich der Bevölkerungszahl der drittgrößte Landkreis in Rheinland-Pfalz. Der Westerwaldkreis ist wirtschaftsstark, er steuert knapp fünf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei und von den Erwerbstätigen haben ebenfalls rund fünf Prozent ihren Arbeitsplatz dort.

Vom Westerwald zum Westerwaldkreis

Den Westerwald teilten sich über Jahrhunderte wechselnde Gebietsherren. Daher wird diese Region oft auch als ein Landstrich beschrieben, der lange Zeit als Grenzregion ohne starke politische und kulturelle Zentrierung verharrte und sich nicht geschlossen entwickeln konnte. Nach der folgenreichen französischen Revolution entstand eine neue Ordnung: Mehrere Ämter des Großherzogtums Nassau verwalteten den Westerwald im heutigen Kreisgebiet. Landkreise nach preußischem Vorbild entstanden aber erst, nachdem das Gebiet 1866 dem Königreich Preußen als Sieger des Deutschen Krieges zufiel.

Der Westerwald galt lange auch als ärmliche Region. Schon vor dem 19. Jahrhundert trieben Existenznöte viele Bewohnerinnen und Bewohner zur Auswanderung, und im 19. Jahrhundert verhiess vor allem Amerika vielen Menschen aus dem Westerwald eine bessere Zukunft. Bis 1932 teilten sich drei Kreise das Hauptgebiet des geografischen Westerwaldes. Eine Verwaltungsreform infolge der Weltwirtschaftskrise führte dann zu nur noch zwei Kreisen – dem Ober- und Unterwesterwald. Sie schlossen sich im Zuge der Kommunalreform 1974 zum heutigen Westerwaldkreis mit Montabaur als Sitz der Kreisverwaltung zusammen. Der Westerwaldkreis in seinen heutigen Grenzen ist also ein relativ junger Landkreis; er besteht noch keine 50 Jahre.

19. Jahrhundert: Viele Auswanderer nach Amerika

Das Kreiswappen gibt Auskunft über die wirtschaftlichen Schwerpunkte in der Geschichte, die teilweise auch heute noch ihre Bedeutung haben. Sieben Basaltsäulen symbolisieren Verbandsgemeinden, in denen Basalt oder Quarzit vorkommen.

Eine Kanne verweist auf Verbandsgemeinden im sogenannten „Kannenbäckerland“, wo Töpferhandwerk und keramische Industrie beheimatet sind. Ein grüner Schrägbalcken steht für die ausgedehnten Wälder und Wiesen des Westerwaldes.

T 1

Ausgewählte Kennzahlen für den Westerwaldkreis im Landkreis- und Landesvergleich

Merkmal	Jahr	Einheit	Westerwaldkreis	Landkreise zusammen	Rheinland-Pfalz
Bevölkerung ¹	2011	Anzahl	197 731	2 970 742	3 999 117
Veränderung	2000-2011	%	-2,0	-1,9	-0,9
	2010-2030	%	-8,2	-7,0	-5,8
Bevölkerungsdichte ²	2011	Einwohner je km ²	200	158	201
Anteil an der Gesamtbevölkerung					
unter 20-Jährige	2011	%	20,2	19,2	18,8
20- bis 65-Jährige	2011	%	59,9	60,7	60,0
65-Jährige und Ältere	2011	%	19,8	20,6	20,8
Jugendquotient (unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2011	je 100 Personen	33,8	32,0	30,9
Altenquotient (65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 65-Jährige)	2011	je 100 Personen	33,1	34,7	33,9
Natürlicher Saldo	2011	Anzahl	-696	-10 736	-12 564
Wanderungssaldo	2011	Anzahl	-152	1 391	7 847
<hr/>					
Bruttoinlandsprodukt	2010	Mill. EUR	5 378	65 020	108 621
Veränderung	2008-2010	%	1,1	0,4	1,2
je Erwerbstätigen	2010	EUR	58 399	55 158	57 615
je Erwerbstätigenstunde	2010	EUR	42,67	40,49	42,09
<hr/>					
Erwerbstätige am Arbeitsort	2010	1 000	92,1	1 178,8	1 885,3
Arbeitsplatzdichte ³	2010	je 1 000 Einwohner	706	604	715
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ⁴	2012	Anzahl	60 665	760 444	1 265 596
Arbeitslosenquote ⁵	JD 2012	%	3,9	4,5	5,3
Arbeitslosenquote (15 bis unter 25 Jahre)	JD 2012	%	3,5	4,3	4,8
SGB-II-Quote ⁶	2011	je 100 unter 65-Jährige	5,1	5,5	6,8

1 Stand 31.12.2011. – 2 Gebietsstand 31.12.2010. – 3 Je 1 000 Einwohner der Durchschnittsbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. – 4 Stand 30.06.2011. – 5 Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – 6 Empfänger und Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach SGB II am 31.12.2011 je 100 der Bevölkerung unter 65 Jahren; Bevölkerungsstand 31.12.2010.

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Bundesagentur für Arbeit

Westerwaldkreis

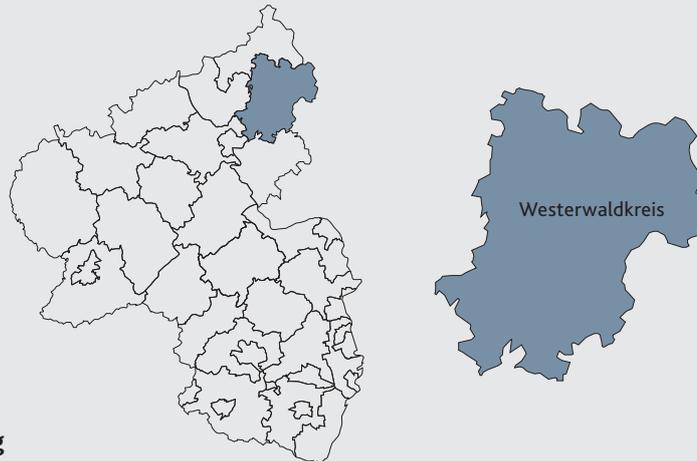
Verwaltungsstruktur und Bevölkerung



Der Westerwaldkreis besteht aus den Verbandsgemeinden Bad Marienberg mit 18 Ortsgemeinden, Hachenburg (33), Höhr-Grenzhausen (4), Montabaur (25), Ransbach-Baumbach (11), Rennerod (23), Selters (21), Wallmerod (21), Westerburg (24) und Wirges (12). Er ist Teil der Planungsregion Mittelrhein-Westerwald.

Auf einer Fläche von 989 Quadratkilometern leben in den 192 Gemeinden knapp 198 000 Menschen. Daraus ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 200 Einwohnern je Quadratkilometer, die in etwa dem Bundesdurchschnitt von 204 Einwohnern je Quadratkilometer.

Von den Verbandsgemeinden ist Montabaur mit einer Bevölkerung von 38 200 die einwohnerstärkste, während in der kleinsten Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen, die nur vier Ortsgemeinden zählt, 13 350 Menschen ansässig sind. Die größte Stadt im Westerwaldkreis ist Montabaur mit rund 12 400 Bürgerinnen und Bürgern.



Geografische Lage und Flächennutzung

Der nördliche Nachbar des Westerwaldkreises ist der Landkreis Altenkirchen. Im Osten grenzt er an den nordrheinwestfälischen Kreis Siegen-Wittgenstein und an die hessischen Kreise Lahn-Dill-Kreis und Limburg-Weilburg. Im Süden wird er durch den Rhein-Lahn-Kreis und das Gebiet der Stadt Koblenz begrenzt und im Westen von den Landkreisen Mayen-Koblenz und Neuwied.

Das Kreisgebiet erstreckt sich vom Rand des Mittelrheinischen Beckens und den Unterlahnhöhen über den Montabauren Westerwald. Es reicht in den Rheinwesterwald, in die Vorderwesterwälder Hochfläche und geht in den Oberwesterwald hinein. Dort erreicht ein Ausläufer des Kreisgebietes das Limburger Becken. Im Norden erstreckt sich das Gebiet bis in den Hohen Westerwald, dessen höchste Erhebung die Fuchskaute (657 m) ist.

Der Westerwaldkreis ist flächenmäßig einer der größten Kreise in Rheinland-Pfalz; 43 Prozent sind bewaldet, 38 Prozent werden landwirtschaftlich genutzt und 16 Prozent dienen als Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Durch den Westerwaldkreis führen in Nord-Süd-Richtung die Bundesautobahnen A 3 und nach Westen die A 48. Mit dem ICE-Bahnhof Montabaur ist die Region seit 2002 an das Schnellbahnnetz angeschlossen. Über diese Schienenverbindung erreichen Reisende in etwa 40 Minuten Köln und in einer halben Stunde den internationalen Flughafen Frankfurt.

Bevölkerungsstarker Landkreis mit hohem Zuwachs in der Vergangenheit

Ende 2011 lebten im Westerwaldkreis knapp 198 000 Menschen. Damit zählt der Westerwaldkreis zu den bevölkerungsstärksten Landkreisen in Rheinland-Pfalz – nur Mayen-Koblenz und Mainz-Bingen haben mehr Einwohner. Während sich die Bevölkerung in Mayen-Koblenz und Mainz-Bingen auf nur 84 bzw. 63 Ortsgemeinden und jeweils drei verbandsfreie Gemeinden verteilt, gibt es im Westerwaldkreis 192 Ortsgemeinden. In jeder Gemeinde lebten 2011 durchschnittlich etwa 1000 Einwohner. Die Gemeinden in Mayen-Koblenz und in Mainz-Bingen kommen auf durchschnittlich 2 400 bzw. 3 000 Einwohner (einschließlich der Bevölkerung in den verbandsfreien Gemeinden).

Die Siedlungsstruktur der meisten Kreise in Rheinland-Pfalz ist durch kleine Gemeinden geprägt. Im Westerwaldkreis ist die hohe Zahl an Ortsgemeinden aber auch auf die Gebietsgröße zurückzuführen. Der Kreis umfasst 989 Quadratkilometer und übertrifft damit die Gebietsfläche von Mayen-Koblenz um 172 Quadratkilometer und die von Mainz-Bingen sogar um 383 Quadratkilometer.

Dichte Besiedlung

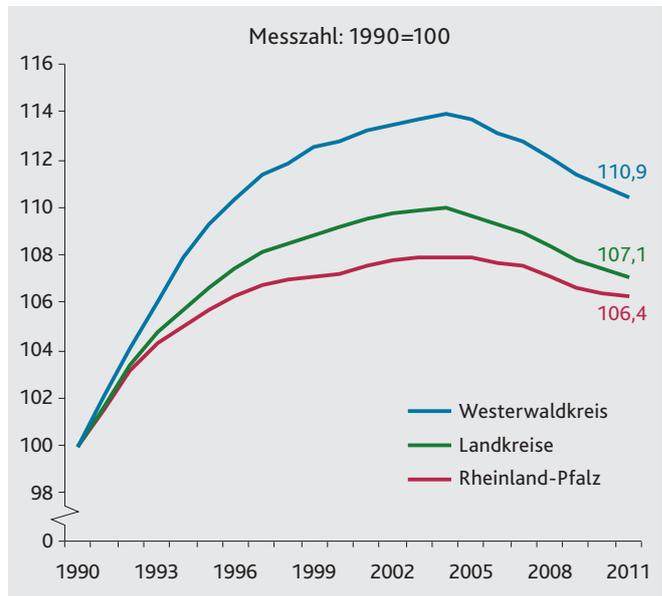
Mit 200 Einwohnern je Quadratkilometer ist der Westerwaldkreis deutlich dichter besiedelt als die 24 Landkreise im Durchschnitt (158 Einwohner je Quadratkilometer). In einer Rangliste der Bevölkerungsdichte nimmt der Westerwaldkreis Platz neun unter den Landkreisen ein.

1990 bis 2011 Bevölkerungszuwachs um zehn Prozent

Seit 1990 hat sich der Westerwaldkreis demografisch vergleichsweise gut entwickelt: Ende 2011 war der Bevölkerungsstand um zehn Prozent höher als Ende 1990 (Durchschnitt der Landkreise: +7,1 Prozent).

G 1

Bevölkerung 1990–2011



Mit dieser Einwohnerentwicklung rangiert der Kreis nach Alzey-Worms, Mainz-Bingen, Germersheim und Trier-Saarburg unter den Landkreisen auf Platz fünf, dicht gefolgt vom benachbarten Kreis Neuwied.

Bei einer differenzierteren Betrachtung dieses Zeitraums tritt aber zutage, dass die Einwohnerzahl nur bis 2004 gestiegen ist. Danach gab es in jedem Jahr – wie im Durchschnitt der Landkreise und im Land insgesamt – Bevölkerungsrückgänge. Der Rückgang seit 2005 war im Westerwaldkreis mit –3 Prozent doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Durch die günstigere demografische Entwicklung in den kreisfreien Städten hat die Einwohnerzahl des Landes nur um 1,5 Prozent abgenommen.

Bevölkerungsrückgang seit 2005

Werden die Verbandsgemeinden betrachtet, so zeigt sich, dass die Einwohnerzahl zwischen 1990 und 2011 in drei der zehn Verbandsgemeinden relativ stark gestiegen ist: In Selters, Ransbach-Baumbach und Wallmerod lag der Zuwachs bei jeweils mehr als

Großer Zuwachs in drei Verbandsgemeinden

15 Prozent. Im Jahr 2011 lebte fast ein Viertel der Bevölkerung des Westerwaldkreises in diesen drei Verbandsgemeinden.

Die demografische Entwicklung wird durch Geborene und Gestorbene (natürliche Bilanz) sowie Zu- und Fortgezogene (Wanderungsbilanz) bestimmt.

Vergleichsweise hohe Wanderungsgewinne und geringes Geburtendefizit

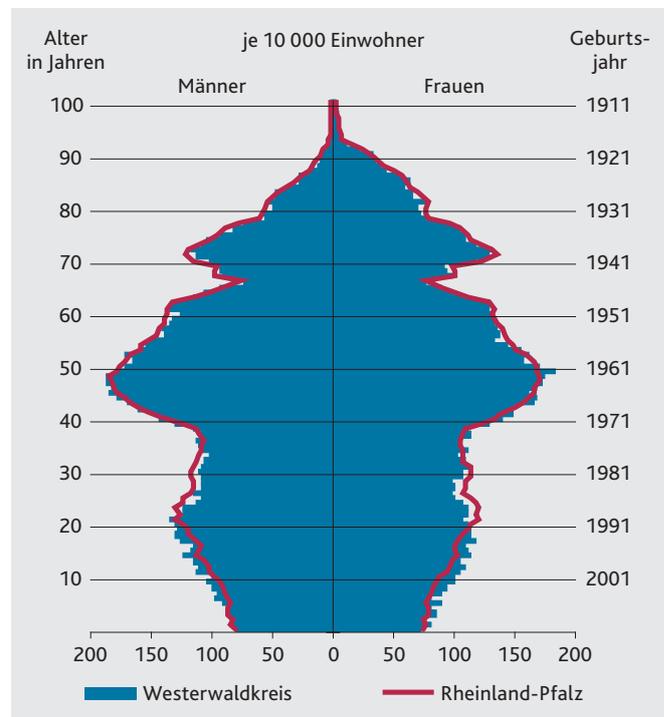
Noch bis ins Jahr 2000 wurden im Westerwaldkreis mehr Kinder geboren als es Sterbefälle gab. Anders als im Landesdurchschnitt trug die natürliche Bilanz also bis 2000 zum Einwohnerzuwachs bei. Der deutlich größere Teil des Zuwachses kam aber aus Wanderungsbewegungen: Bis 2004 überwog in jedem Jahr der Zuzug und konnte sogar die Geburtendefizite ausgleichen, die ab 2001 auch im Westerwaldkreis die Regel wurden. Im Jahr 2005 war der Wanderungsüberschuss nur noch minimal und glich das Geburtendefizit in diesem Jahr nicht mehr aus. Seit 2006 nimmt die Bevölkerung aus zwei Gründen ab: Seitdem gibt es nicht nur Geburtendefizite, sondern auch Defizite in der Wanderungsbilanz.

Während der Westerwaldkreis im Vergleich mit der durchschnittlichen Entwicklung in den Landkreisen lange Zeit für die demografischen Entwicklungskomponenten (Salden der Zu- und Fortzüge bzw. Geburten und Sterbefälle)¹ günstigere Werte auswies, fällt der Vergleich ab 2008 nur noch in einer Hinsicht günstiger aus: Das Geburtendefizit ist immer noch kleiner als im Durchschnitt der Landkreise. Ungünstiger ist das Verhältnis von Zu- und Abwanderung: Es hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Zwischen 2008 und 2011 haben die Wanderungsverluste des Westerwaldkreises

¹ Im Durchschnitt der Landkreise war ein anhaltendes Geburtendefizit schon vor dem Jahr 2000 zu verkräften und der Wanderungsüberschuss bis 2004 in der Regel geringer als im Westerwaldkreis.

G 2

Aufbau der Bevölkerung 2011 nach Alter und Geschlecht



deutlich stärker zur Bevölkerungsabnahme beigetragen als im Durchschnitt der Landkreise (-9,4 bzw. -3,9 je 1000 Einwohner).

Die Zahl der Geburten ist von der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren und von der Geburtenrate abhängig. Beide Bestimmungsgründe schafften im Westerwaldkreis bislang gute Voraussetzungen für die demografische Entwicklung: Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter lag 2011 mit rund 35 Prozent der weiblichen Bevölkerung im Landesdurchschnitt und leicht über dem Durchschnitt der Landkreise (34 Prozent). Die Geburtenrate ist seit 2000 höher als die Rate für Rheinland-Pfalz insgesamt und lag bis 2010 auch über dem Landkreisdurchschnitt. Im Jahr 2011 wurden im Westerwaldkreis 1,39 Kinder je Frau geboren (Rheinland-Pfalz: 1,37; Durchschnitt der Landkreise: 1,39).

Geburtenrate über Landesdurchschnitt

Westerwaldkreis ist ein jugendlicher Landkreis

Die Folgen der langfristigen natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen werden in der aktuellen Bevölkerungspyramide sichtbar. Sie bildet die weibliche und männliche Bevölkerung nach dem Alter ab.

Höchster Bevölkerungsanteil an unter 20-Jährigen

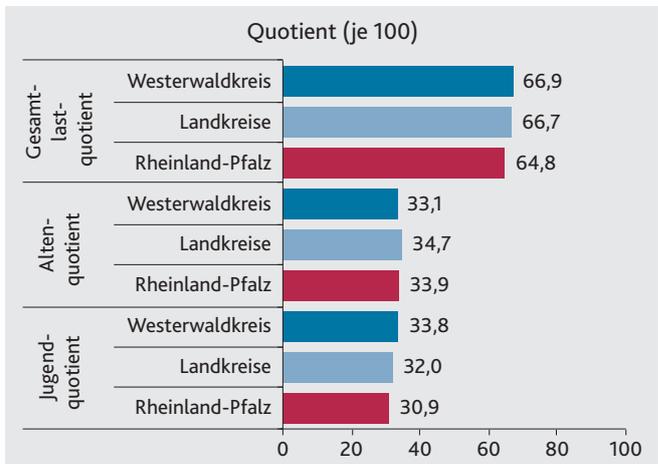
Im Westerwaldkreis sind die jüngeren Jahrgänge durchgängig stärker besetzt als im Landesdurchschnitt. Rund 20 Prozent der Bevölkerung waren 2011 jünger als 20 Jahre (Rheinland-Pfalz und Durchschnitt der Landkreise: jeweils 19 Prozent).

Für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft sind unter anderem die Relationen zwischen den Altersgruppen von großer Bedeutung. Sie drücken sich im Jugend- und im Altenquotienten aus. Mit einem Anteil von 34 Prozent unter 20-Jähriger an der Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren übertrifft der Jugendquotient im Westerwaldkreis den Landesdurchschnitt (31 Prozent) und auch den Durchschnitt der Landkreise (32 Prozent). In dem niedrigen Landesdurchschnitt spiegelt sich wider, dass die kreisfreien Städte einen deutlich geringeren Anteil von unter 20-Jährigen haben als die Landkreise, während der Anteil der 20- bis 65-Jährigen größer ist. Der Altenquotient im Westerwaldkreis 2011 entspricht mit 33 Prozent dem Landesmittel und liegt knapp zwei Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Landkreise.

Hoher Jugendquotient erhöht Gesamtlast

Der hohe Jugendquotient führt dazu, dass der Gesamtlastquotient (die Summe aus Alten- und Jugendquotient) trotz des niedrigen Altenquotienten im Westerwaldkreis höher ist als im Landesdurchschnitt. Der Rückgang beim Jugendquotienten zwischen 2001 und 2011 um 6,1 Jugendliche je 100 der erwerbsfähigen Bevölkerung fiel aller-

G 3 Kennzahlen zur Alterstruktur der Bevölkerung 2011



dings etwas stärker aus als im Durchschnitt des Landes bzw. der Landkreise (-4,9 bzw. -5,3). Der Altenquotient hat in derselben Zeit um 5,7 Senioren je 100 der erwerbsfähigen Bevölkerung zugenommen – ähnlich stark wie im Land (+5,3), aber schwächer als in den Landkreisen (+6,1). Es scheint sich also ein allmählicher struktureller Wandel zu vollziehen.

Die dritte regionalisierte Bevölkerungsprojektion des Statistischen Landesamtes zeigt, dass der Jugendquotient im Westerwaldkreis auch in Zukunft vergleichsweise hoch sein wird.² Bis 2030 sinkt der Wert dieser Kennzahl aber auf 32 unter 20-Jährige je 100 der erwerbsfähigen Bevölkerung (Rheinland-Pfalz: 30, Landkreise: 31).

Nach der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung könnte die Bevölkerungszahl im Westerwaldkreis gegenüber 2010, dem Basisjahr der Berechnungen, bis 2030 um rund acht Prozent zurückgehen und damit stärker sinken als im Land (Rheinland-Pfalz: -5,8 Prozent). Bis 2060 ist von einem Rückgang der Einwohnerzahl um 24 Prozent auszugehen (Rheinland-Pfalz: -20 Prozent).

Künftiger Bevölkerungsrückgang stärker als im Landesdurchschnitt

² Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems 2012.

Die altersstrukturellen Entwicklungen werden dazu führen, dass 2060 die Bevölkerungsanteile in den drei Hauptaltersgruppen im Westerwaldkreis weitgehend den landesdurchschnittlichen Anteilen entsprechen. Die Zahl der jungen Menschen unter 20 Jahren könnte sich um rund 41 Prozent verringern (Rheinland-Pfalz: –36 Prozent). Bei den Personen im erwerbsfähigen Alter dürfte der Rückgang im Westerwaldkreis bei 37 Prozent liegen (Rheinland-Pfalz: –33 Prozent). Die Zahl der Menschen über 65 Jahren könnte sich bis 2060 um 32 Prozent erhöhen (Rheinland-Pfalz: +31 Prozent).

Westerwaldkreis liefert relativ hohen Beitrag zur Wertschöpfung im Land

Westerwaldkreis
an der Spitze
der Landkreise

Der Westerwaldkreis zählt – gemessen an der Höhe des nominalen Bruttoinlandsprodukts – zu den wirtschaftsstärksten Landkreisen in Rheinland-Pfalz.³ Im Jahr 2010 wurden hier nominal 5,4 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das waren fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Landes. Kein anderer Landkreis in Rheinland-Pfalz erreichte einen höheren Anteilswert; die bevölkerungsstärkeren Kreise Mayen-Koblenz und Mainz kamen jeweils auf 4,6 Prozent.

Eine Darstellung der langfristigen Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist für die kreisfreien Städte und Landkreise derzeit leider nicht möglich. Nach der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegen vorerst nur die Ergebnisse für die Jahre 2008, 2009 und 2010 vor. Folglich lassen sich nur die kurzfristigen Entwicklungen und Strukturen aufzeigen.

³ Auf regionaler Ebene kann keine Preisbereinigung durchgeführt werden. Deshalb kann die Wirtschaftskraft der Kreise nur mit Hilfe der nominalen Wertschöpfung gemessen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum 2008 bis 2010 war sehr stark durch die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt. Im Jahr 2009 ist das nominale Bruttoinlandsprodukt im Westerwaldkreis gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent geschrumpft. Der Rückgang fiel stärker aus als im Landesdurchschnitt (–2,7 Prozent), aber geringer als im Durchschnitt der Landkreise (–3,5 Prozent). Im Jahr 2010 hat sich die Wirtschaft wieder deutlich erholt. Im Westerwaldkreis stieg das nominale Bruttoinlandsprodukt um 4,3 Prozent – ähnlich wie die durchschnittlichen Vergleichswerte für Land und Kreise (jeweils +4,1 Prozent). Sowohl im Westerwaldkreis als auch im Landes- und im Landkreisdurchschnitt überstieg das nominale Bruttoinlandsprodukt 2010 wieder das Vorkriseniveau. Im Westerwaldkreis wurde damit das Vorkriseniveau um 1,1 Prozent überschritten, im Durchschnitt der Landkreise war der Zuwachs gegenüber 2008 deutlich niedriger (+0,4 Prozent; Rheinland-Pfalz: +1,2 Prozent).

Im Zuge der Wirtschaftskrise musste vor allem das verarbeitende Gewerbe kräftige Einbußen hinnehmen. Im Westerwaldkreis sank 2009 die nominale Bruttowertschöpfung in diesem Bereich um 14 Prozent (Rheinland-Pfalz und Durchschnitt der Landkreise: ebenfalls jeweils –14 Prozent). Im Jahr 2010 folgte ein Aufschwung, der mit +2,8 Prozent für das verarbeitende Gewerbe im Westerwaldkreis aber nur sehr moderat ausfiel (Rheinland-Pfalz: +9,4 Prozent; Landkreise: +8,5 Prozent). Die Ursachen hierfür liegen in unterschiedlichen Branchenstrukturen des verarbeitenden Gewerbes. Im Westerwaldkreis hat z. B. der Maschinenbau eine höhere Bedeutung als im Landesdurchschnitt. Diese Branche wurde stärker von der Krise erfasst als andere im Land bedeutende Wirtschaftszweige.

Konjunkturprogramme haben im Baugewerbe zu einer günstigeren Entwicklung beigetragen. Im Westerwaldkreis legte das Baugewerbe im Krisenjahr 2009 um 6,6 Prozent zu (Land: +6 Prozent; Landkreise: +8,6 Prozent). Und auch 2010 stieg die nominale Wertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich noch einmal kräftig (Westerwaldkreis: +7,1 Prozent; Land: +3,2 Prozent; Landkreise: +4,5 Prozent).

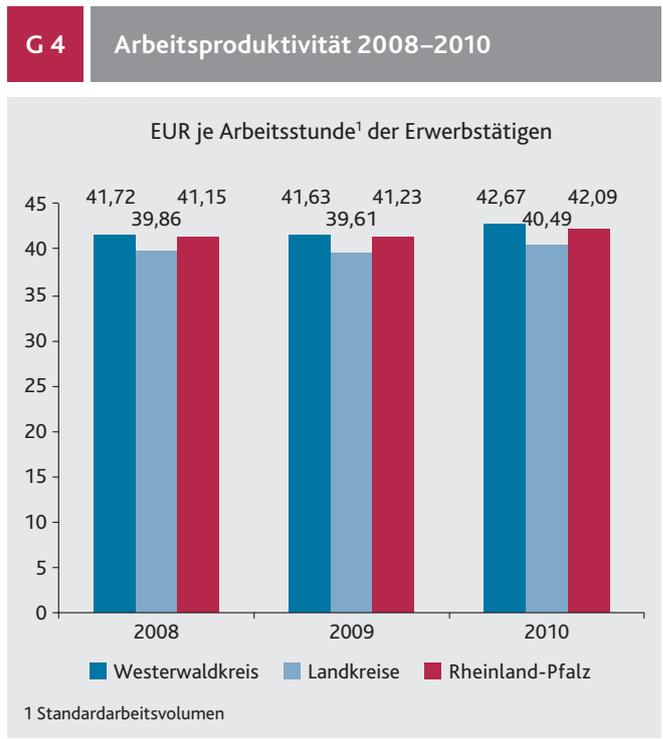
Die Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich, der neben dem zusammengefassten Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ den Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie den öffentlichen Bereich, sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit umfasst, wurde insgesamt weniger von der Krise beeinflusst. Die stärksten Veränderungen zeigten sich für den Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ mit einem Rückgang der Wertschöpfung um 2,6 Prozent im Jahr 2009, der aber durch einen Zuwachs um gut elf Prozent in 2010 mehr als ausgeglichen wurde.

Arbeitsproduktivität im Westerwaldkreis etwas höher als im Landesdurchschnitt

Regionalvergleiche der Wirtschaftskraft können nur mithilfe von Indikatoren vorgenommen werden, da die Kreise hinsichtlich Bevölkerung und Arbeitsvolumen unterschiedlich groß sind. Das nominale Bruttoinlandsprodukt kann grundsätzlich auf die Zahl der Einwohner, auf die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort oder auf das Arbeitsvolumen (Erwerbstätigenstunden) bezogen werden.

Der Bezug auf die Einwohnerzahl ist für Rheinland-Pfalz und für die Regionen in

4 „Standard“ besagt, dass für Arbeitnehmer branchenübliche Werte und keine unternehmensindividuellen Arbeitszeitvereinbarungen zur Berechnung herangezogen werden.



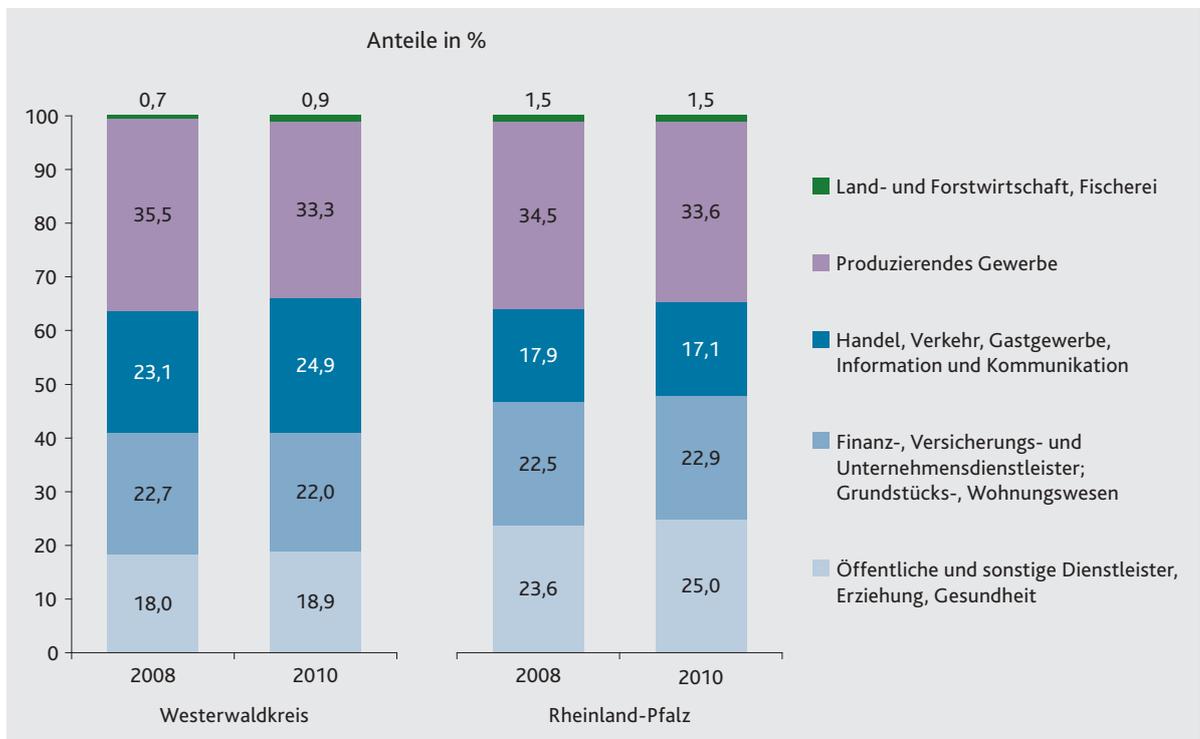
Rheinland-Pfalz jedoch weniger geeignet. Sowohl das Land als auch alle Landkreise weisen hohe Auspendlerüberschüsse aus. Auspendler tragen nicht zur Entstehung der Wirtschaftsleistung an ihrem Wohnort bei.

Bei der Kennzahl Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde (Stundenproduktivität) hat der Bezug auf das Standardarbeitsvolumen⁴ den Vorteil, dass nicht nur die Pendlerbewegungen berücksichtigt werden, sondern auch Teilzeitbeschäftigung und marginale Beschäftigung und ebenso das in der Regel höhere Stundenvolumen der Selbstständigen.

Im Jahr 2010 wurden im Westerwaldkreis je Erwerbstätigenstunde 42,67 Euro nominales Inlandsprodukt erwirtschaftet. Damit lag die Arbeitsproduktivität deutlich über dem Durchschnitt der Landkreise (40,49 Euro je Erwerbstätigenstunde) und nahe am Landesmittel (42,09 Euro je Erwerbstätigenstunde). Gründe für regionale Pro-

G 5

Bruttowertschöpfung 2008 und 2010 nach Wirtschaftsbereichen



duktivitätsunterschiede sind Unterschiede in der Branchen- und Unternehmensstruktur. Bei der Interpretation des Indikators muss z. B. berücksichtigt werden, dass die „Arbeitsproduktivität“ auch den Wertschöpfungsbeitrag des eingesetzten Kapitals enthält. Bei unverändertem Arbeitseinsatz führt eine bessere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze zu einer höheren Wertschöpfung und damit zu einer höheren Arbeitsproduktivität. Ein hohes Gewicht von kapitalintensiven Wirtschaftszweigen erhöht somit den Durchschnittswert für die Arbeitsproduktivität eines Wirtschaftsbereichs oder auch für die gesamte Wirtschaft einer Region. Da Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung regional nur für zusammengefasste, teils sehr heterogene Wirtschaftszweige vorliegen, wird auf die Unterschiede nicht näher eingegangen.

Strukturen innerhalb der Wirtschaftsbereiche anders als im Land

Werden die Anteile der nominalen Wertschöpfung zunächst auf der Ebene der drei Wirtschaftssektoren betrachtet, unterscheidet sich die Wirtschaftsstruktur des Westerwaldkreises nicht auffällig von der des Landes oder des Durchschnitts der Landkreise. Der Anteil des produzierenden Gewerbes beläuft sich nach der Wirtschaftskrise nur noch auf ein Drittel der gesamten Bruttowertschöpfung und entspricht den Vergleichswerten für das Land und dem Landkreisdurchschnitt. Die Dienstleistungsbereiche kommen demzufolge auf einen Wertschöpfungsanteil von rund 66 Prozent (Rheinland-Pfalz: 65 Prozent; Durchschnitt der Landkreise: 64 Prozent).

Innerhalb der beiden großen Wirtschaftssektoren (produzierendes Gewerbe und

Hohe Bedeutung des Bereichs „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“

Dienstleistungsbereich) zeigen sich allerdings gemessen an der Verteilung der nominalen Bruttowertschöpfung des Jahres 2010 deutliche strukturelle Unterschiede zum Land und zum Durchschnitt der Landkreise. Im Dienstleistungssektor ist der Wertschöpfungsanteil des Bereichs „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ im Westerwaldkreis wesentlich höher als im Landesdurchschnitt und im Durchschnitt der Landkreise. Im Westerwaldkreis liegt der Anteil dieses Bereichs an den Dienstleistungen bei 38 Prozent, im Landes- und im Landkreisdurchschnitt beläuft er sich jeweils nur auf 26 Prozent. Hierzu trägt im Westerwaldkreis vor allem der Teilbereich „Information und Kommunikation“ bei. Der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ leistet dagegen mit lediglich 29 Prozent nur einen weit unterdurchschnittlichen Beitrag zur nominalen Bruttowertschöpfung des Dienstleistungssektors (Rheinland-Pfalz: 38 Prozent; Landkreise: 36 Prozent). Der Beitrag des Bereichs „Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleister, Grundstücks-, Wohnungswesen“ zur Bruttowertschöpfung im Dienstleistungssektor liegt im Westerwaldkreis nahe an den Durchschnittswerten für das Land und die Landkreise.

Wertschöpfungsanteil des Baugewerbes vergleichsweise hoch

Innerhalb des produzierenden Gewerbes zeigen sich im Westerwaldkreis ebenfalls strukturelle Unterschiede zum Land und zum Durchschnitt der Landkreise. Der Wertschöpfungsanteil des Baugewerbes ist mit 23 Prozent überdurchschnittlich hoch (Land: 14 Prozent, Landkreise: 18 Prozent). Der Wertschöpfungsanteil des verarbeitenden Gewerbes liegt dagegen mit 66 Prozent unter den Vergleichsanteilen (Land: 75 Prozent; Durchschnitt der Landkreise: 72 Prozent). Im Vergleich der Jahre 2008 und 2010

ist das Gewicht des verarbeitenden Gewerbes aufgrund der besseren Entwicklung des Baugewerbes gesunken.

Landwirtschaft in benachteiligter Region

Der Anteil des primären Sektors „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ an der Wertschöpfung liegt heute mit weniger als einem Prozent unter dem Landesdurchschnitt und lässt nicht mehr erkennen, dass die Menschen in der Region ihr Überleben lange Zeit mit Landwirtschaft (und Bergbau) sicherten. Auch der Name des Landkreises darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Anteile, welche die Landwirtschafts- und Waldflächen im Westerwaldkreis noch haben (38 bzw. 43 Prozent) kaum vom Durchschnitt des Landes (jeweils 42 Prozent) abweichen.

Aufgrund der geringen Produktivität der landwirtschaftlich genutzten Böden des Westerwaldes gilt die Region Westerwald als benachteiligtes Gebiet. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Kreisgebiet sind 74 Prozent Dauergrünland. Sie werden vorrangig mit Milchvieh- und Mutterkuhhaltung genutzt. Einen ähnlich hohen Grünlandanteil haben nur die Kreise Altenkirchen und Vulkaneifel. Im Westerwaldkreis sind knapp zwei Drittel der Betriebe auf Futterbau bzw. Weidevieh spezialisiert.

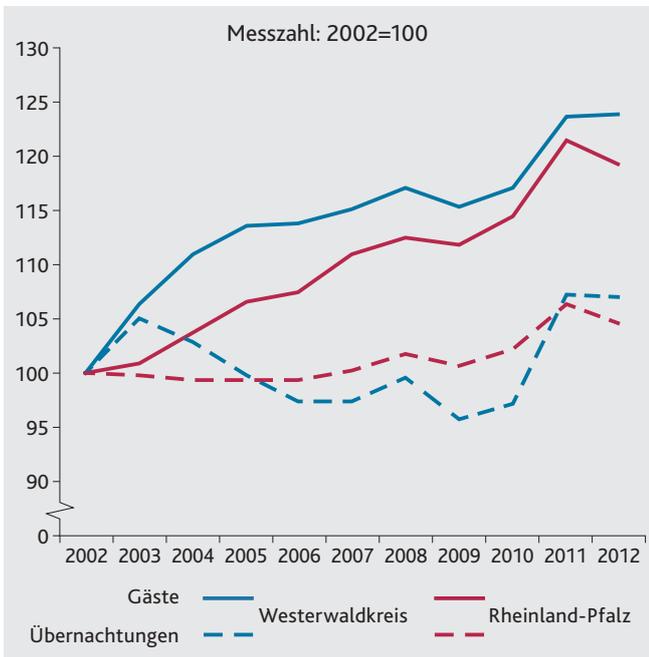
Futterbau und Weidevieh bestimmen das Bild

Urlaubsziel für Wanderer und Naturliebhaber

Der Westerwaldkreis ist Teil der Tourismusregion Westerwald-Lahn, die außerdem den Landkreis Altenkirchen sowie die Höhenregionen des Landkreises Neuwied und weite Teile des Rhein-Lahn-Kreises umfasst. Der Kreis ist bekannt für seine Seenplatte und den Wiesensee. Zahlreiche Skigebiete laden zum Wintersport ein. Die 35 Kilome-

G 6

Gäste und Übernachtungen 2002–2012



ter lange Westerwalddloipe ist die längste in Rheinland-Pfalz. Der Kreis wird durchzogen vom Westerwaldsteig – einem insgesamt über 200 km langen Wanderweg durch den Westerwald. Darüber hinaus lockt der Landkreis mit naturnahen Erlebnisparks und Parks, die die Zeit des Ton- und Basaltbergbaus nahe bringen. Museen, historische Stadtkerne, die Burg Grenzau und die Abtei Marienberg stehen für kulturelle Angebote.

Positive Entwicklung der Gästezahlen

Im Jahr 2012 besuchten knapp 264 700 Gäste den Kreis. Sie werden als Gästekünfte in den Beherbergungsbetrieben registriert. In den Gemeinden mit Fremdenverkehrsprädicat werden hierbei auch Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe mit weniger als zehn Betten erfasst (vor 2012 weniger als neun Betten). Nur Camper sind in dieser Zahl nicht enthalten. Die Zahl der Gäste in den Beherbergungsbetrieben ist gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben.

Im Zehn-Jahres-Rückblick ist eine gute Entwicklung der Gästezahlen im Westerwaldkreis erkennbar. Es zeigt sich ein nahezu kontinuierlich positiver Trend: Zwischen 2002 und 2012 sind die Gästezahlen um 24 Prozent gestiegen. Unter den Landkreisen rangiert der Westerwaldkreis damit auf dem neunten Platz. Der Anteil an ausländischen Gästen ist im Westerwaldkreis allerdings sehr gering (2012: 7,8 Prozent; Landesdurchschnitt: 22 Prozent). Ähnlich geringe oder noch niedrigere Anteile gibt es nur in sieben anderen Landkreisen.

Im Jahr 2012 wurden rund 702 800 Übernachtungen registriert. Auch ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Langfristig betrachtet ist die durchschnittliche Verweildauer seit 2002 – wie im Landesdurchschnitt – von 3,2 auf 2,7 Tage zurückgegangen.

Kürzere Aufenthaltsdauer

Bedenkt man, dass der Westerwaldkreis eine große Bevölkerungszahl hat, relativiert sich das Gästeaufkommen. Im Jahr 2011 kamen auf 100 Einwohner 134 Gäste, also erheblich weniger als im Landesdurchschnitt (205).

In Relation zu den Einwohnern unterdurchschnittliches Gästeaufkommen

Arbeitsplatzdichte leicht unter Landesdurchschnitt

Im Jahr 2010 hatten 92 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte), Selbstständige oder auch mithelfende Familienangehörige ihren Arbeitsort im Westerwaldkreis. Das waren 4,9 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz. Wegen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können auch bei der Erwerbstätigkeit derzeit keine langfristigen Entwicklungen dargestellt werden. Momentan liegen lediglich die Ergebnisse für die Jahre 2008, 2009 und 2010 vor.

Regionale Arbeitsmärkte lassen sich nur mithilfe von Indikatoren vergleichen. Ein solcher Indikator ist die sogenannte Arbeitsplatzdichte. Diese Kennzahl setzt die Erwerbstätigen am Arbeitsort ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren am Wohnort.

Arbeitsplatzdichte über dem Durchschnittswert der Landkreise

Im Jahr 2010 belief sich die Arbeitsplatzdichte im Westerwaldkreis auf 706 Erwerbstätige je 1000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter. Damit liegt der Kreis deutlich über dem Durchschnitt der Landkreise (604 Erwerbstätige), aber unter dem Landesdurchschnitt (715 Erwerbstätige).

Überdurchschnittlicher Anteil an Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe

Von den Erwerbstätigen mit Arbeitsort im Westerwaldkreis waren 2010 noch 35 Prozent im produzierenden Gewerbe beschäftigt. Das ist ein überdurchschnittlicher Anteil; im Landesdurchschnitt waren es nur 26 Prozent und im Durchschnitt der Landkreise 29 Prozent. Werden die beiden wichtigsten Wirtschaftszweige des produzierenden Gewerbes betrachtet war der Erwerbstätigenanteil sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Baugewerbe höher (24 Prozent bzw. 9,6 Prozent) als im Landesdurchschnitt (18 bzw. 6,4 Prozent) und im Durchschnitt der Landkreise (20 bzw. 7,9 Prozent).

In den Dienstleistungsbereichen arbeiteten 2010 im Westerwaldkreis 64 Prozent der Erwerbstätigen (Rheinland-Pfalz: 72 Prozent; Durchschnitt der Landkreise: 68 Prozent). Mit lediglich 26 Prozent gibt es im Westerwaldkreis nur relativ wenige Erwerbstätige im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ (Rheinland-Pfalz: 33 Prozent; Durchschnitt der Landkreise: 31 Prozent). Bei den beiden anderen großen Dienstleistungsbereichen „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information

und Kommunikation“ und „Finanz, Versicherungs-, Unternehmensdienstleister, Grundstücks-, Wohnungswesen“ gab es kaum Abweichungen zu den Vergleichswerten für das Land und die Landkreise.

Zwei Drittel der Erwerbstätigen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt

Knapp zwei Drittel der Erwerbstätigen im Westerwaldkreis zählen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Jahr 2012 hatten rund 60 700 ihren Arbeitsort im Kreisgebiet; das waren 4,8 Prozent der Beschäftigten in Rheinland-Pfalz.

4,8 Prozent der im Land sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten im Westerwald

Teilzeitbeschäftigung hat bei den Beschäftigten im Westerwaldkreis eine geringere Bedeutung als im Land insgesamt. Im Jahr 2011 arbeiteten nur 17 Prozent in Teilzeit (Rheinland-Pfalz: 21 Prozent). Aktuellere Daten zum Beschäftigungsumfang werden derzeit seitens der Bundesagentur für Arbeit wegen methodischer Umstellungen nicht veröffentlicht. Der vergleichsweise kleinere Anteil im Westerwaldkreis dürfte im Zusammenhang mit der größeren Bedeutung des produzierenden Gewerbes stehen, in dem die Teilzeitbeschäftigung weniger als im Dienstleistungsbereich eine Rolle spielt. Verglichen mit dem Landesdurchschnitt entfallen auf das produzierende Gewerbe im Westerwaldkreis relativ mehr Beschäftigte. Ein weiterer Grund ergibt sich aus dem geringeren Frauenanteil unter den Beschäftigten insgesamt. Frauen gehen deutlich häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach als Männer.

Anteil der Teilzeitarbeit vergleichsweise gering

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bietet der Arbeitsmarkt daneben auch atypische Beschäftigungsverhältnisse. Als Untergruppe der Erwerbstätigen werden die

marginal Beschäftigten ausgewiesen. Im Jahr 2010 zählten im Westerwaldkreis zu dieser Untergruppe 18 Prozent der Erwerbstätigen (Rheinland-Pfalz: 17 Prozent; Landkreise: 19 Prozent). Hierbei handelt es sich vor allem um sogenannte ausschließlich geringfügig Beschäftigte („400-Euro-Job“ oder „Mini-job“) und solche in Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“).

Einer geringfügig entlohnten Beschäftigung kann aber auch als Nebenjob parallel zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen werden. Erwerbstätige, die so ihr Einkommen aufbessern, gehören größtenteils zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und nicht zu den marginal Beschäftigten, da sie nicht „ausschließlich“ geringfügig entlohnt werden.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit fasst diese Beschäftigten mit Nebenjob mit den ausschließlich geringfügig Beschäftigten zur Gruppe der geringfügig entlohnten Beschäftigten zusammen. Im Jahr 2012 waren im Westerwaldkreis rund 21 600 Menschen geringfügig entlohnt. Das waren 5,6 Prozent der landesweit zu dieser Gruppe zählenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auf die Nebenjobs entfielen rund 33 Prozent der geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnisse; das entspricht weitestgehend dem Landesdurchschnitt (34 Prozent).

Gute Beschäftigungsentwicklung

Plus 5,7 Prozent
seit 2002

Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lassen sich anhand der Stichtags-ergebnisse zum 30. Juni auch langfristige Entwicklungen aufzeigen. Die sozialversi-

cherungspflichtige Beschäftigung hat im Westerwaldkreis seit 2002 um 5,7 Prozent zugenommen, d. h. ähnlich stark wie im Landesdurchschnitt (+5,8 Prozent). Der Zuwachs ist geringer als im Durchschnitt der Landkreise (+7,2 Prozent). Im Laufe der zehn Jahre von 2003 bis 2012 war die Beschäftigung bis einschließlich 2005 rückläufig. Dies zeigte sich im Westerwaldkreis auffälliger (−4,8 Prozent) als im Landesdurchschnitt und im Durchschnitt der Landkreise (−3,9 Prozent bzw. −3,5 Prozent). Im darauffolgenden Zeitraum 2006 bis 2012 nahm die Beschäftigung im Westerwaldkreis durchschnittlich stark um elf Prozent zu (Rheinland-Pfalz: +10 Prozent; Durchschnitt der Landkreise: +11 Prozent).

Im Krisenjahr 2009 zeigte sich der Arbeitsmarkt für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Westerwaldkreis gemessen an der Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr (+0,4 Prozent) robuster als im Land insgesamt (−0,2 Prozent) oder im Durchschnitt der Landkreise (unverändert). In der Erholungsphase 2010 bis 2012 entsprach der Beschäftigungszuwachs im Westerwaldkreis mit +5,4 Prozent genau dem Landesdurchschnitt bei einem etwas höheren Wert für die Landkreise (+6,0).

Seit der Revision der Wirtschaftszweigsystematik liegen zur Entwicklung in Wirtschaftsbereichen nur Ergebnisse ab dem Jahr 2008 vor. Im Durchschnitt der Landkreise sind seither die weitaus meisten Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstanden. Im Westerwaldkreis hatte dagegen auch das produzierende Gewerbe einen beachtlichen Anteil am Beschäftigungswachstum. Hier steht einem Zuwachs um mehr als 1900 Arbeitsplätze, ein Plus von rund 1400 im Dienstleistungsbereich gegenüber.

Leicht über-
durchschnitt-
liche Beschäf-
tigungszunah-
men durch
Wirtschafts-
aufschwung

Viele pendeln über die Kreisgrenzen zur Arbeit

Zwischen dem Westerwaldkreis, den umliegenden Kreisen und Städten und auch über die Landesgrenze hinweg gibt es einen regen Berufsverkehr. Bei den Berufspendlerinnen und -pendlern liegen Arbeitsort und Wohnort nicht in einem Kreis. Berufsauspendlerinnen und -pendler wohnen im Westerwaldkreis und arbeiten an einem Ort in einem anderen Kreis; Berufseinpendlerinnen und -pendler arbeiten im Westerwaldkreis und wohnen außerhalb des Kreises. Informationen über Berufspendlerinnen und -pendler gibt es nur für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Auspender-überschuss von rund 11 200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Im Jahr 2012 hatten rund 28 700 Einwohnerinnen und Einwohner des Westerwaldkreises ihren Arbeitsort in einem anderen Kreis oder sogar außerhalb des Landes. Etwa 17 200 Beschäftigte pendelten aus anderen Kreisen oder aus anderen Bundesländern ein. Der Westerwaldkreis hat also einen Auspendlerüberschuss von 11 500 Beschäftigten, was für Landkreise in Rheinland-Pfalz typisch ist. Die Pendlerverflechtungen des Westerwaldkreises mit den umliegenden Regionen haben sich seit 2001 verstärkt.

Vergleiche mit anderen Regionen sind wegen der Größenunterschiede nur mithilfe von Verhältniszahlen aussagekräftig. Die Auspendlerquote für den Westerwaldkreis beläuft sich auf 40; das bedeutet, dass auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die im Kreis wohnen, 40 Auspendler kommen. Bei der Einpendlerquote kommt der Westerwaldkreis auf 28 Berufseinpendler je 100 Beschäftigte mit Arbeitsort im Kreis. Im Vergleich der Landkreise liegt der Westerwaldkreis mit beiden Quoten im unteren Drittel.

T 2

Einpendler in den und Auspendler aus dem Westerwaldkreis 2012

Herkunftsgebiet Zielgebiet	Einpendler ¹		Auspender ²	
	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Insgesamt	17 159	100	28 697	100
darunter				
Rheinland-Pfalz	10 576	61,6	15 249	53,1
Koblenz, St.	1 089	6,3	4 951	17,3
Landkreis Altenkirchen	2 920	17,0	3 015	10,5
Landkreis Neuwied	2 368	13,8	2 665	9,3
Rhein-Lahn-Kreis	1 720	10,0	1 865	6,5
Hessen	3 288	19,2	8 513	29,7
Frankfurt am Main, St.	118	0,7	1 274	4,4
Landkreis Limburg-Weilburg	1 692	9,9	3 975	13,9
Lahn-Dill-Kreis	936	5,5	1 522	5,3
Nordrhein- Westfalen	1 886	11,0	3 431	12,0
Köln, St.	106	0,6	452	1,6
Landkreis Siegen-Wittgenstein	405	2,4	1 251	4,4
Rhein-Sieg-Kreis	355	2,1	396	1,4

¹ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2012, die im Landkreis arbeiten, aber nicht wohnen. – ² Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 2012, die im Landkreis wohnen, aber zur Arbeit über die Landkreisgrenze hinaus fahren (ohne Ausland).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

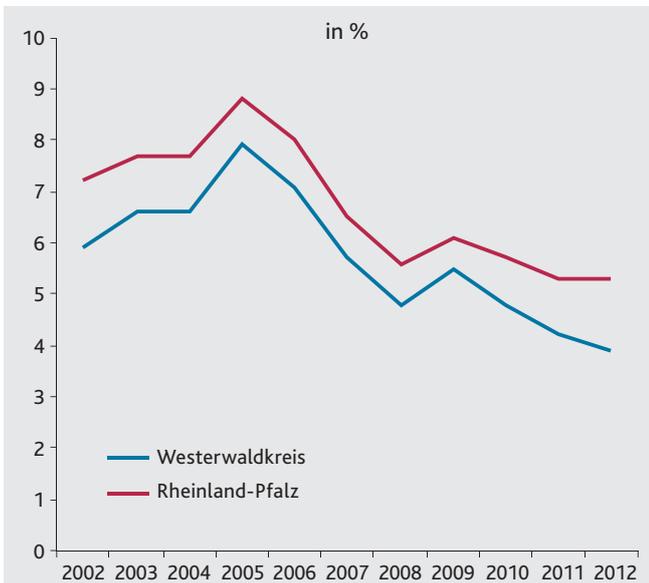
Beschäftigte, die im Westerwaldkreis wohnen, pendeln vor allem in die Stadt Koblenz, in den hessischen Landkreis Limburg-Weilburg und den rheinlandpfälzischen Landkreis Altenkirchen aus. In jeder dieser Regionen arbeiten mehr als zehn Prozent der Auspendler aus dem Westerwaldkreis.

30 Prozent der Auspendler arbeiten in Hessen

Innerhalb der Landesgrenzen bewegen sich insgesamt 53 Prozent der Auspendler des Westerwaldkreises. Für ihre Arbeit verlassen 30 Prozent der Auspendler den Landkreis mit Zielort in Hessen und zwölf Prozent fahren zu Arbeitsorten in Nordrhein Westfalen.

Von den Einpendlern kommen 62 Prozent aus Rheinland-Pfalz (jeweils über zehn Prozent aus den Kreisen Altenkirchen, Neuwied und dem Rhein-Lahn-Kreis). Nur 19 Prozent der Einpendler stammen aus Hessen. Der Auspendlerüberschuss in Richtung Hessen

G 7

Arbeitslosenquote¹ 2002–2012

¹ Zahl der Arbeitslosen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitt).

(5 200 Berufspendler) ist somit höher als in Richtung rheinlandpfälzischer Gebiete (4 700). Elf Prozent pendeln aus Nordrhein-Westfalen in den Westerwaldkreis ein.

Unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit im Westerwaldkreis

Arbeitslosenquote unter dem Landesdurchschnitt

Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, ist im Westerwaldkreis in den letzten zehn Jahren immer unter dem Landesdurchschnitt geblieben. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote des Westerwaldkreises folgte dem Landestrend: Seit 2005 geht die Arbeitslosigkeit im Landkreis wie im Land zurück; lediglich im Krisenjahr 2009 gab es einen vorübergehenden Anstieg. Ein wesentlicher Grund für den langfristigen Rückgang der Arbeitslosigkeit dürften die Arbeitsmarktreformen sein, die 2003 einsetzten.

Im Jahr 2012 waren durchschnittlich 3,9 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Kreis als arbeitslos registriert. Das waren deutlich weniger als im rheinland-pfälzischen Durchschnitt (5,3 Prozent).

Kennzeichnend für die Arbeitsmarktlage und die Wohlstandsverhältnisse ist auch die Zahl der Leistungsberechtigten, die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II erhalten (sogenannte „Hartz IV“ Leistungen). Hierbei handelt es sich um erwerbsfähige Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II bzw. bei nicht erwerbsfähigen Personen in der Bedarfsgemeinschaft von Sozialgeld. Die SGB II-Quote bezieht diese Empfänger auf 100 Einwohner unter 65 Jahren. Im Westerwaldkreis empfangen Ende Dezember 2011 – verglichen mit dem Landesdurchschnitt – relativ wenige Einwohner „Hartz IV“. Mit 5,1 Prozent liegt die SGB II-Quote unter der Landesquote (6,8 Prozent). Die Quote im Kreis ist zudem in den letzten beiden Jahren stärker gesunken als im Landesdurchschnitt. Die Spanne reicht bei den Landkreisen von 2,8 bis 8,8 Prozent; bei den kreisfreien Städten wird ein Höchstwert von 17 Prozent erreicht.

SGB II-Quote unter dem Landesdurchschnitt

Gründungsintensität leicht unter Landesmittel

Voraussetzung für eine zukunftssträchtige wirtschaftliche Entwicklung sind neben qualifizierten Beschäftigten vor allem auch risikobereite Unternehmensgründer, die neue Verfahren einführen oder neue Produkte auf den Markt bringen. Zu Unternehmensgründungen werden von nicht staatlichen Organisationen Statistiken erstellt. Die Zahl der Unternehmensgründungen bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Gründungsintensität) wird

Starker Rückgang der Gründungsintensität

vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Rahmen des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP)⁵ ermittelt. Im Westerwaldkreis wurden im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2010 bezogen auf 10 000 der erwerbsfähigen Bevölkerung jährlich 40 Unternehmen gegründet. Die Gründungsintensität im Westerwaldkreis entspricht damit dem landesdurchschnittlichen Wert wie schon im vorhergehenden Vierjahreszeitraum (2003 bis 2006) mit einem Wert von 45 Gründungen je 10 000 Personen im erwerbsfähigen Alter.

Gegenüber dem frühesten verfügbaren Zeitraum 1995 bis 1998 ist der Rückgang im Westerwaldkreis um 27,3 Prozent auffällig (Landesdurchschnitt: -17,4 Prozent).

Innovative
Branchen
weniger
betroffen

Näher betrachtet sind von diesem vergleichsweise starken Rückgang aber die Wirtschaftszweige, die als innovativ gelten, weniger betroffen. Eine gesonderte Gruppierung von Wirtschaftszweigen grenzt als innovative Bereiche die Hochtechnologie, wissensorientierte Dienstleistungen sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie ab. In allen drei Bereichen liegen die Gründungsintensitäten im Westerwaldkreis leicht über dem Landesdurchschnitt. Der Rückgang der Gründungsintensität im Bereich der Hochtechnologie, die auch Zweige des verarbeitenden Gewerbes umfasst, sowie im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie war schwächer als im Landesdurchschnitt.

Bei den Unternehmensgründungen insgesamt unterscheidet das Panel zwischen acht sogenannten Hauptbranchen, von denen eine das verarbeitende Gewerbe ist.

⁵ Dem Panel liegt eine Kooperation mit Creditreform, der größten deutschen Kreditauskunftei, zugrunde. Die dem Panel eigene Brancheneinteilung orientiert sich an Zusammenfassungen verschiedener Gliederungsebenen der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008.

Im Vergleich zum Landesdurchschnitt liegt die Gründungsintensität im verarbeitenden Gewerbe im Westerwaldkreis höher und im Bereich der konsumnahen Dienstleistungen niedriger. Hintergrund hierfür und für den geringeren Rückgang im verarbeitenden Gewerbe dürften regionalkulturelle Gegebenheiten und traditionelle Wirtschaftsstrukturen sein. Die höchsten Gründungsintensitäten errechnen sich für den Handel, unternehmensnahe Dienstleister und konsumbezogene Dienstleister. Zu Letzteren werden u. a. die Gastronomie, das Grundstücks- und Wohnungswesen, Gesundheits- und Sozialwesen und Tätigkeiten im Bereich Reparaturen von Gebrauchsgütern gezählt.

Fazit

Wirtschaftsgeografisch ist der Westerwaldkreis in der Mitte zwischen den beiden bedeutenden Metropolregionen Rhein-Ruhr und Rhein-Main günstig gelegen. Gute Verkehrsanbindungen sorgen dafür, dass der Kreis ein attraktiver Wohnstandort und darüber hinaus auch interessant für Investoren ist.

Der Westerwaldkreis gehört hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Entwicklung und des erreichten Standes zu den wirtschaftsstarke Regionen in Rheinland-Pfalz.

Die Lage des Landkreises in nicht allzu weiter Entfernung vom Weltkulturerbe Mittelrheintal, die eigenen landschaftlichen Gegebenheiten und touristischen Angebote machen den Westerwaldkreis auch für Reisende und Erholungssuchende interessant. Dies zeigen stetig steigende Gästezahlen.

Die Bevölkerungsentwicklung in jüngerer Zeit zeigt zwar, dass die starke langfristige Entwicklung in Zukunft nicht gehalten wer-

den kann. Dennoch wird der Landkreis mit seinen Einwohnerzahlen auch künftig nicht zu den „demografischen Problemregionen“ gehören. Der Bevölkerungsrückgang wird vergleichsweise moderat ausfallen und der Anteil der jungen Bevölkerung wird im Verhältnis zu den Erwerbsfähigen – trotz eines Rückgangs – relativ hoch bleiben.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Kreisgebiet entwickelten sich nach der Rezession im Krisenjahr 2009 in den

folgenden Jahren gut. Die Zahl der Berufspendler hält sich im Vergleich zu anderen Kreisen in Grenzen, ebenso wie die Arbeitslosenquote und der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von sozialen Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) an der unter 65 Jahre alten Bevölkerung.

Dr. Birgit Hübbers ist Referentin im Referat „Analysen, Europa“.

In der Reihe Rheinland-Pfalz regional sind bereits folgende Beiträge in den Statistischen Monatsheften erschienen:

- 6/2007 Landkreis Birkenfeld
- 9/2007 Kreisfreie Stadt Trier
- 5/2008 Landkreis Ahrweiler
- 7/2008 Kreisfreie Stadt Mainz
- 6/2009 Landkreis Bad Kreuznach
- 9/2009 Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein
- 5/2010 Kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße
- 8/2010 Rhein-Hunsrück-Kreis
- 2/2011 Kreisfreie Stadt Speyer
- 3/2011 Kreisfreie Stadt Koblenz
- 5/2011 Eifelkreis Bitburg-Prüm
- 10/2011 Kreisfreie Stadt Pirmasens
- 4/2012 Frankenthal (Pfalz)
- 5/2012 Landkreis Mainz-Bingen

Diese Beiträge und unser umfangreiches Datenangebot auf regionaler Ebene finden Sie bei uns im Internet unter <http://www.statistik.rlp.de/regionaldaten>.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Thomas Kirschey und Dr. Marc Völker

ifo Index fällt um 0,7 Punkte

Überraschende
Eintrübung
des Geschäfts-
klimas

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im März – zur Überraschung vieler Konjunkturexperten – um 0,7 Punkte auf 106,7 Punkte gefallen. Zuvor hatte er sich viermal in Folge verbessert. Etwas schlechter als noch im Vormonat war die Stimmungslage in den Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe. Besonders deutlich hat sich das Klima im Großhandel eingetrübt. Im Einzelhandel gab es dagegen eine leichte Verbesserung. Sehr gut laufen die Geschäfte zurzeit im Baugewerbe. Der Klimaindex für diesen Bereich erreichte im Berichtsmonat den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung.

ZEW-Konjunktur-
erwartungen
steigen nur
leicht

Die Konjunkturerwartung der Finanzmarktexperten blieb im März nahezu unverändert. Die ZEW-Konjunkturerwartungen verbesserten sich nur leicht um 0,3 Punkte auf einen Wert von 48,5 Punkten.

Verbraucher-
stimmung im
Vergleich zum
Vormonat
unverändert

Bei den Konsumenten in Deutschland ist die Stimmungslage gegenüber dem Vormonat unverändert geblieben. Die GfK prognostiziert für April einen Indexwert von 5,9 Punkten. Während sich die Konjunkturerwartungen der Verbraucher leicht gebessert haben, sind ihre Einkommenserwartung und ihre Anschaffungsneigung zurückgegangen.

Gründe für die insgesamt verhaltene Entwicklung der Stimmungsindikatoren dürften zum einen die politische Lage in Italien und zum anderen die Zypernkrise sein.

Produktion und Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sinken

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz zeigen die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat Januar einen Produktionsrückgang. Auch die Auftragslage verschlechterte sich, insbesondere aufgrund zurückgegangener Bestellungen in der Vorleistungsgüterindustrie.

Im Januar 2013 sank der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat um 1,6 Prozent. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Güterausstoß um 1,9 Prozent. Seit längerem zeigt der bereinigte Produktionsindex keinen eindeutigen Trend.

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die mit großem Abstand wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2011: 56 Prozent). Im Januar 2013 verringerte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 2,4 Prozent. Im Vergleich zum Januar 2012 lag der Rückgang bei 4,1 Prozent.

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 26 Prozent) verbuchte im Berichtsmonat einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Anstieg ihrer Produktion um 3,8 Prozent. Im Vorjahresvergleich verzeichnete sie ein Plus von 5,3 Prozent.

Produktions-
leistung des
verarbeitenden
Gewerbes:
-1,6 Prozent

Produktions-
rückgang in der
Vorleistungs-
güterindustrie
und in der
Konsumgüter-
industrie

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 18 Prozent) verringerte sich der bereinigte Produktionsindex im Berichtsmonat um 5,2 Prozent. Gegenüber Januar 2012 sank der Güterausstoß um 3,1 Prozent.

Verringerte
Produktion
in der chemi-
schen Indus-
trie und im
Maschinenbau

Die chemische Industrie, die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 32 Prozent), stellt überwiegend Vorleistungsgüter her. Ihre Produktion sank im Januar preis-, kalender- und saisonbereinigt leicht (-0,8 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich hier ein kräftiger Rückgang des Güterausstoßes um zehn Prozent.

Der größte Investitionsgüterproduzent im Land ist der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent). Er verzeichnete im Januar einen kräftigen Outputanstieg. Preis-, kalender- und saisonbereinigt erhöhte sich die Produktion um 9,8 Prozent. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der Güterausstoß um 20 Prozent.

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, sank die Produktion im Januar um 1,7 Prozent gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Verringerung um 8,3 Prozent.

Auftrags-
eingänge im
verarbeitenden
Gewerbe
sinken

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Januar 2013 verringerten sich die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum Dezember um 3,7 Prozent. Sowohl die Inlandsnachfrage (-0,9 Prozent) als auch die Auslandsnachfrage (-5,7 Prozent) nahm ab. Im Vorjahresvergleich wurden weniger Aufträge aus dem Inland verzeichnet (-3,5 Prozent gegenüber Januar 2012). Auch die Bestellungen aus dem Ausland verringerten sich (-7,7 Prozent). Dadurch gingen im Berichtsmonat insge-

samt 5,9 Prozent weniger Aufträge ein als im Januar 2012.

Sowohl in der Vorleistungsgüterindustrie (-7,5 Prozent) als auch in der Konsumgüterindustrie (-1,6 Prozent) gingen die Bestellungen gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt zurück. Dagegen erhielt die Investitionsgüterindustrie mehr neue Aufträge (+2,3 Prozent). Im Vorjahresvergleich verbuchten sowohl die Konsumgüterindustrie (-14 Prozent) als auch die Investitionsgüterindustrie (-7,3 Prozent) und die Vorleistungsgüterindustrie (-3,8 Prozent) weniger neue Aufträge.

Nachfrage
nach Vorleis-
tungsgütern
und Konsum-
gütern sinkt

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verschlechterung ihrer Auftragslage um knapp elf Prozent. Insbesondere die Auslandsbestellungen verringerten sich (-15 Prozent), während die Nachfrage aus dem Inland leicht zurückging (-1,5 Prozent). Auch im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte sinkende Bestellungen (-2,6 Prozent).

Sinkende Auf-
tragseingänge
in der chemi-
schen Industrie

Im Fahrzeugbau verbesserte sich die Auftragslage im Januar preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,4 Prozent gegenüber dem Vormonat. Während die Auslandsnachfrage deutlich stieg (+7,6 Prozent), erhöhten sich die Aufträge aus dem Inland leicht (+0,8 Prozent). Im Vergleich zum Januar 2012 ergab sich ein Zuwachs von 6,7 Prozent.

Nachfrage im
Fahrzeugbau
verbessert sich

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsplus von 2,4 Prozent. Die Inlandsbestellungen (+7,6 Prozent) nahmen deutlich zu; die Auslandsnachfrage (-0,8 Prozent) ging leicht zurück. Im Vorjahresvergleich gehen die Bestellungen in dieser Branche bereits seit Dezember 2011 zurück (gegenüber Januar 2012: -24 Prozent).

Maschinenbau:
Auftragsplus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nach fast zwei Jahren erstmals wieder im Minus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: -1,4 Prozent

Im Bauhauptgewerbe ist der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,4 Prozent gesunken. Davor waren die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe seit Januar 2011 ununterbrochen gestiegen.

Auftragseingänge im Hochbau: -5,8 Prozent

Im Hochbau wurde im Dezember 2012 im Vergleich zum Vorjahr ein Auftragsrückgang um 5,8 Prozent beobachtet. Nachdem es von März bis Oktober Verbesserungen gegeben hatte, wurde bereits im November ein Minus von 1,1 Prozent registriert. In den beiden letzten Monaten war trotz der weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen sogar im zuvor sehr starken Wohnungsbau eine rückläufige Entwicklung zu beobachten. In diesem Zeitraum war lediglich im öffentlichen Hochbau eine deutliche Zunahme des Auftragseingangs festzustellen (Dezember 2012: +12 Prozent).

Auftragseingänge im Tiefbau: +4,3 Prozent

Im Tiefbau kam es im Dezember 2012 zu einem Auftragsplus um 4,3 Prozent, nachdem sich von September bis November Auftragssteigerungen im Vorjahresvergleich ergeben hatten. Diese Zuwächse gehen in erster Linie auf das starke Plus im Straßenbau und zuletzt auch im gewerblichen Tiefbau zurück.

Im Bauhauptgewerbe ist zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten beeinflusst sein können.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um 8,7 Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator der Baukonjunktur, ist im Dezember 2012 um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, nachdem es im November lediglich ein leichtes Plus von 0,4 Prozent gegeben hatte. Von Mai bis Oktober waren deutliche Zuwächse registriert worden.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Beurteilung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge messen den Verlauf der Industriekonjunktur. Die Originalwerte dieser Indizes werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung im verarbeitenden Gewerbe Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunktorentwicklung im Baugewerbe und Handel wird der gleitende **Drei-Monats-Durchschnitt** der Originalwerte verwendet.

Stagnierender Umsatz im Einzelhandel; Umsatzrückgang im Gastgewerbe

Der Umsatz im Einzelhandel stagniert. Im Gastgewerbe entwickelte er sich ungünstig. Für den Großhandel und Kfz-Handel liegen aufgrund einer Umstellung der Erhebung für den aktuellen Berichtsmonat keine Werte vor.

Umsatz im Einzelhandel stagniert

Die geglätteten preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Dezember 2012 einen geringfügigen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 0,2 Prozent auf.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verschlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Dezember gegenüber dem Vorjahreswert um vier Prozent. Damit gehen die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich im Vorjahresvergleich bereits seit März zurück.

Jahresteuerrate im März bei 1,4 Prozent

Anstieg des Verbraucherpreisindex niedriger als im Vormonat

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erhöhte sich im März 2013 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,4 Prozent. Damit lag der Anstieg der Jahresteuerrate wie schon zum Jahresbeginn (Januar: +1,7 Prozent; Februar: +1,6 Prozent) deutlich unter der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke.

Der nachlassende Preisdruck zeigt sich insbesondere bei den Energiepreisen. Diese blieben im Vorjahresvergleich unverändert, zeigten bei der Haushaltsenergie aber zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Während die Strompreise mit +11 Prozent spürbar anzogen, lagen die Preise für Heizöl um sechs Prozent unter dem Vorjahresniveau. Kraftstoffe waren ebenfalls deutlich billiger als im Vorjahr (-7,1 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamt-

index ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+3,4 Prozent). Außerdem verteuerten sich u. a. die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,3 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+3,1 Prozent) überdurchschnittlich. In den Hauptgruppen „Verkehr“ (-0,9 Prozent), „Nachrichtenübermittlung“ (-1,5 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (-3,6 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im März leicht gesunken

Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz im März wieder leicht zurückgegangen. Nach Mitteilung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im Berichtsmonat 121 700 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das sind rund 2 600 bzw. 2,1 Prozent weniger als im Vormonat. Im Vergleich zum März 2012 hat sich die Arbeitslosenzahl allerdings um 7 100 Personen erhöht (+6,2 Prozent).

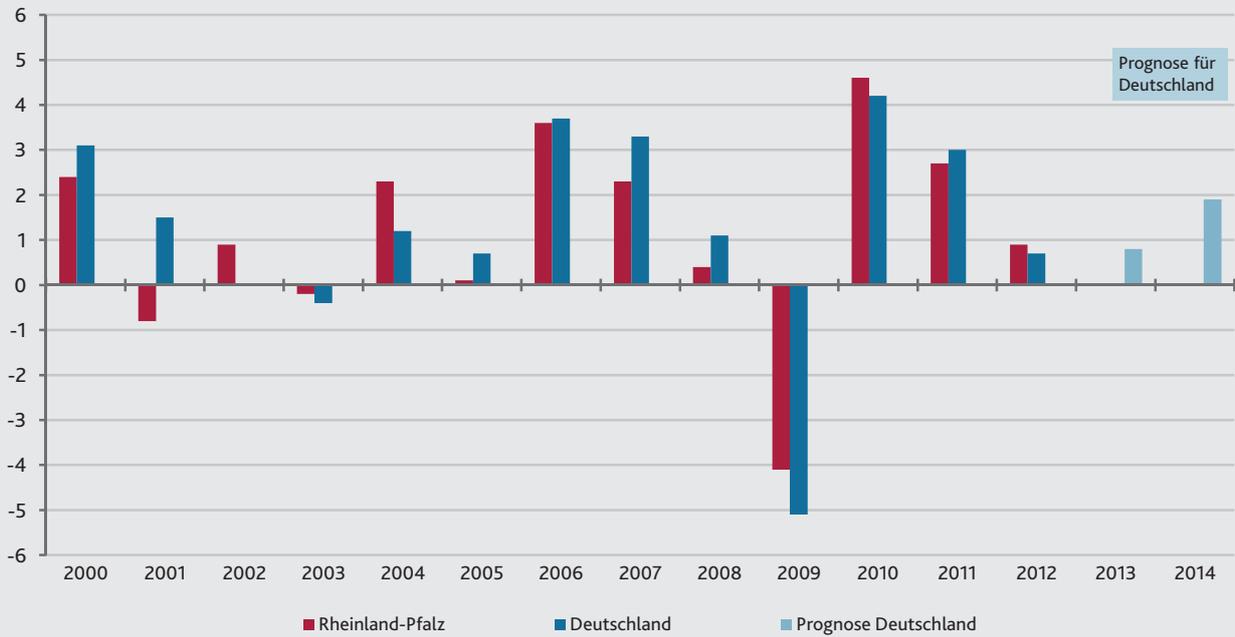
Zahl der Arbeitslosen sinkt gegenüber Vormonat um 2,1 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, ist im März 2013 mit 5,8 Prozent im Vergleich zum Vormonat leicht gesunken. Im März 2012 hatte sie bei 5,5 Prozent gelegen.

Arbeitslosenquote bei 5,8 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Europa“; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt und Dr. Marc Völker sind dort als Referenten tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

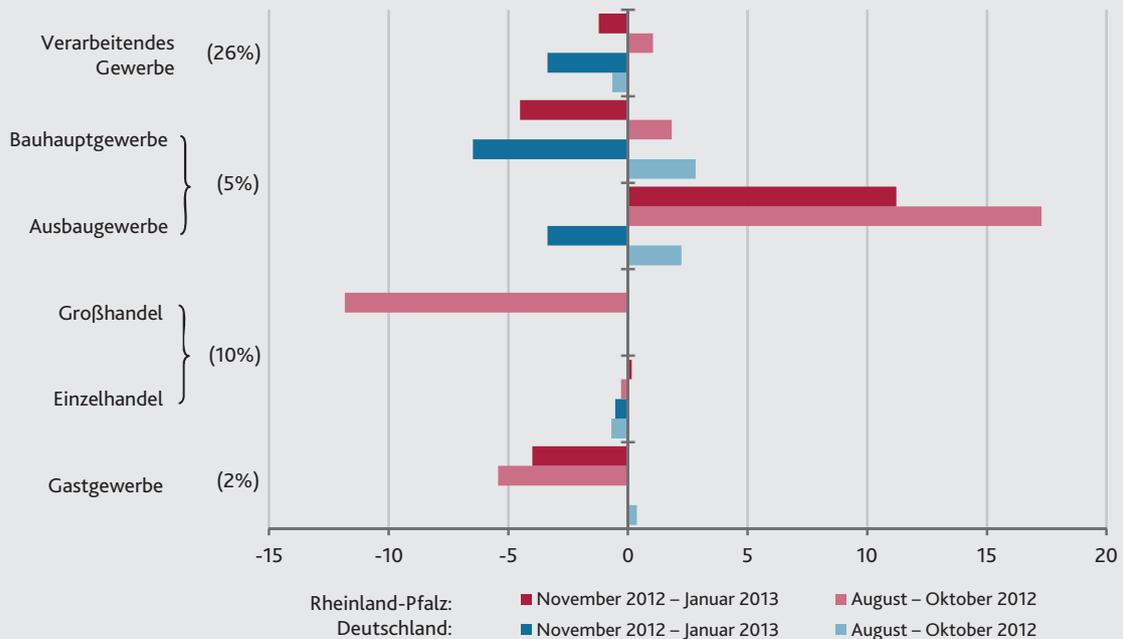


¹ Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2013; nächster Fortschreibungstermin: September 2013. Quelle Prognosewert 2013/2014: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3,4} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

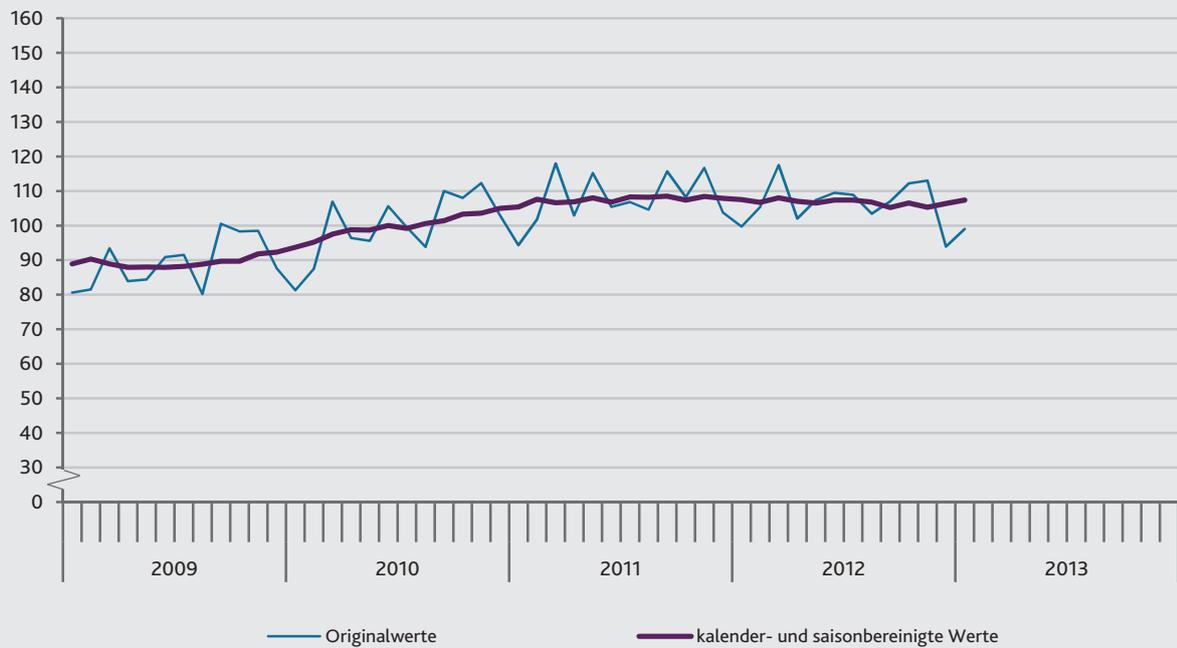


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2012. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. – ⁴ Für den Großhandel liegen keine aktuellen Werte vor.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

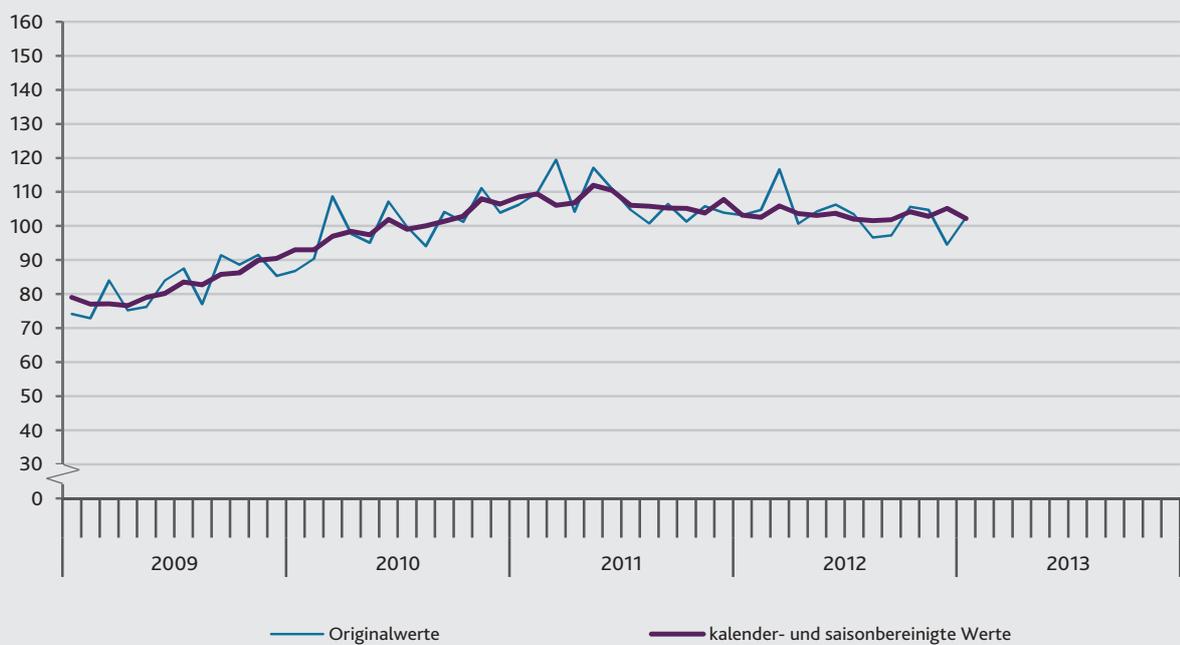


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

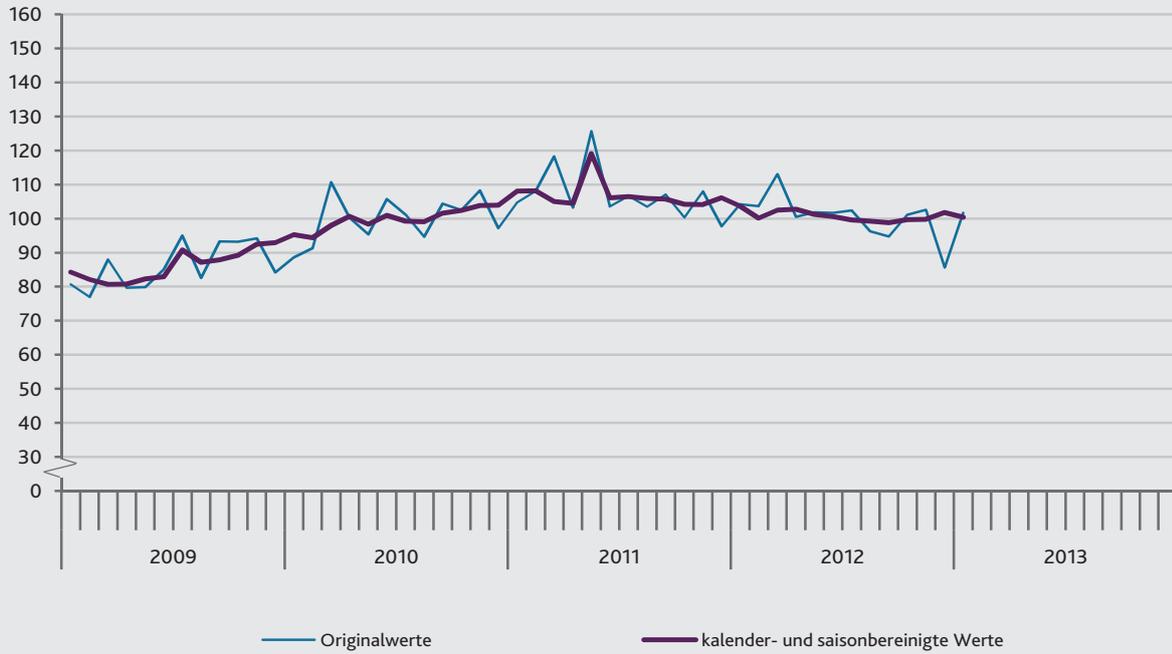


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

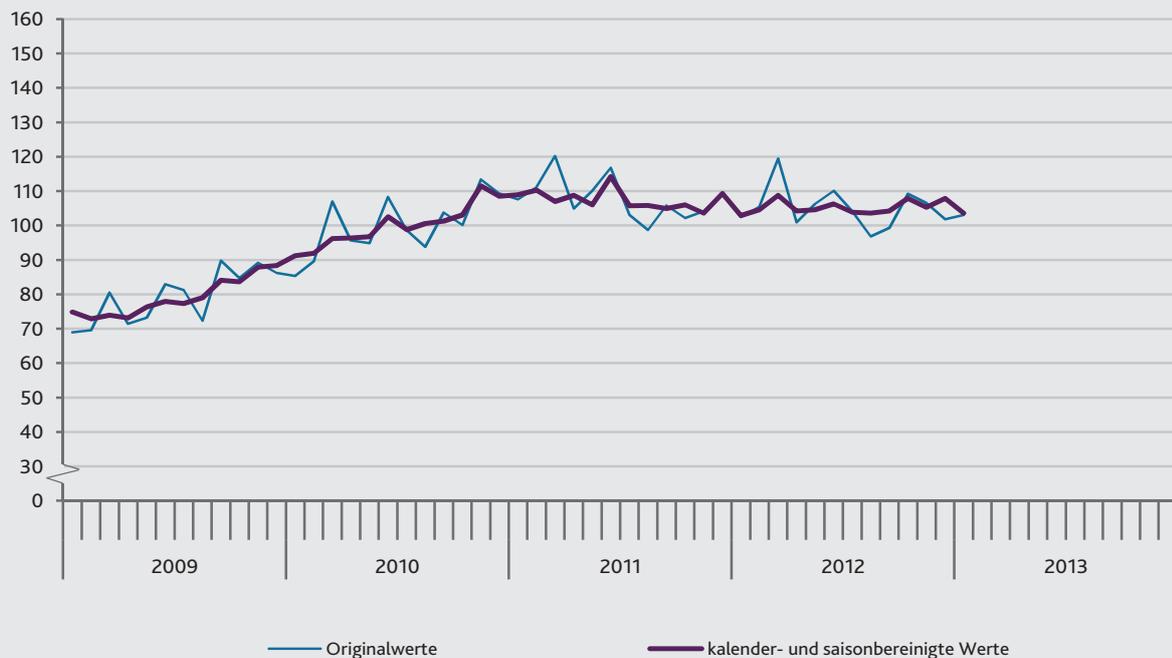


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)¹ im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

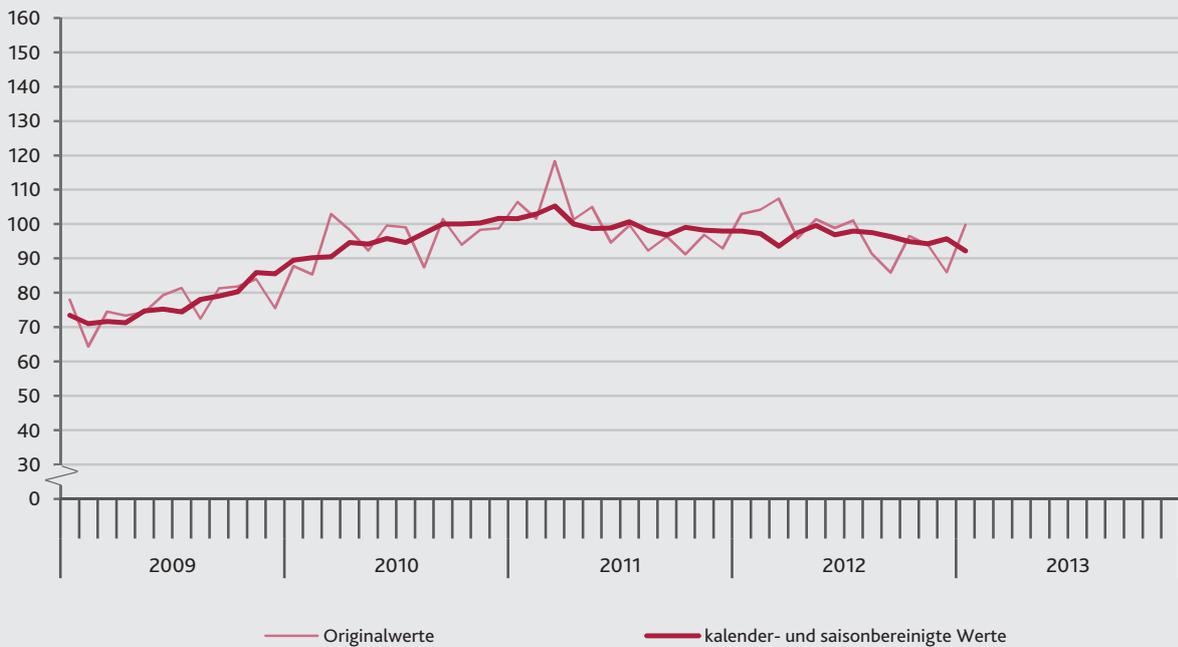
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

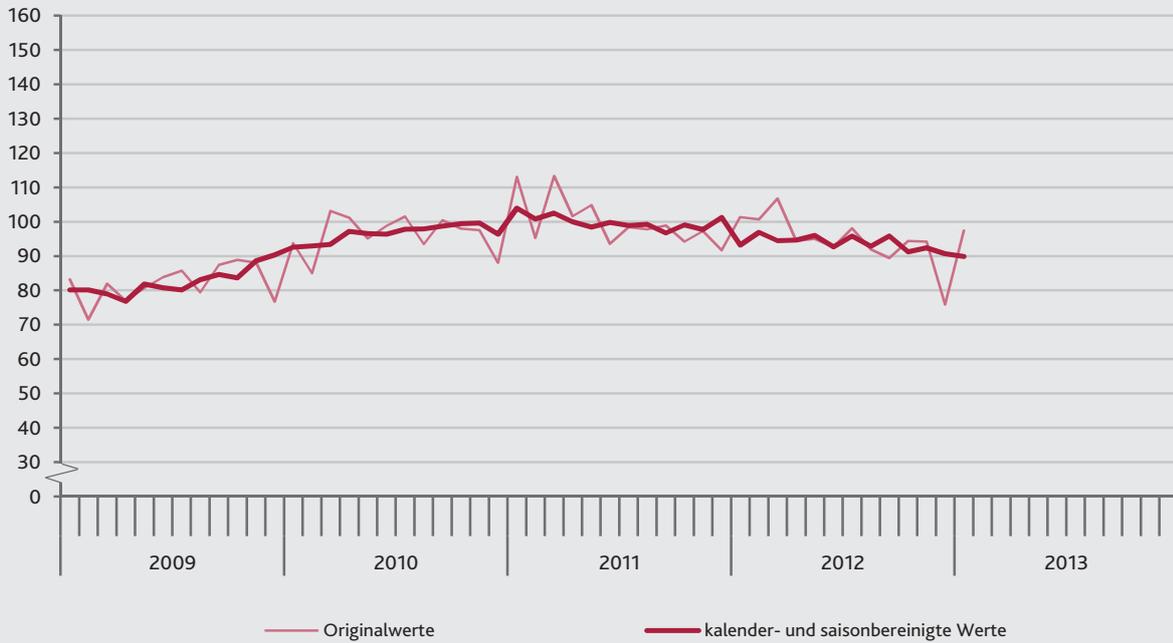
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

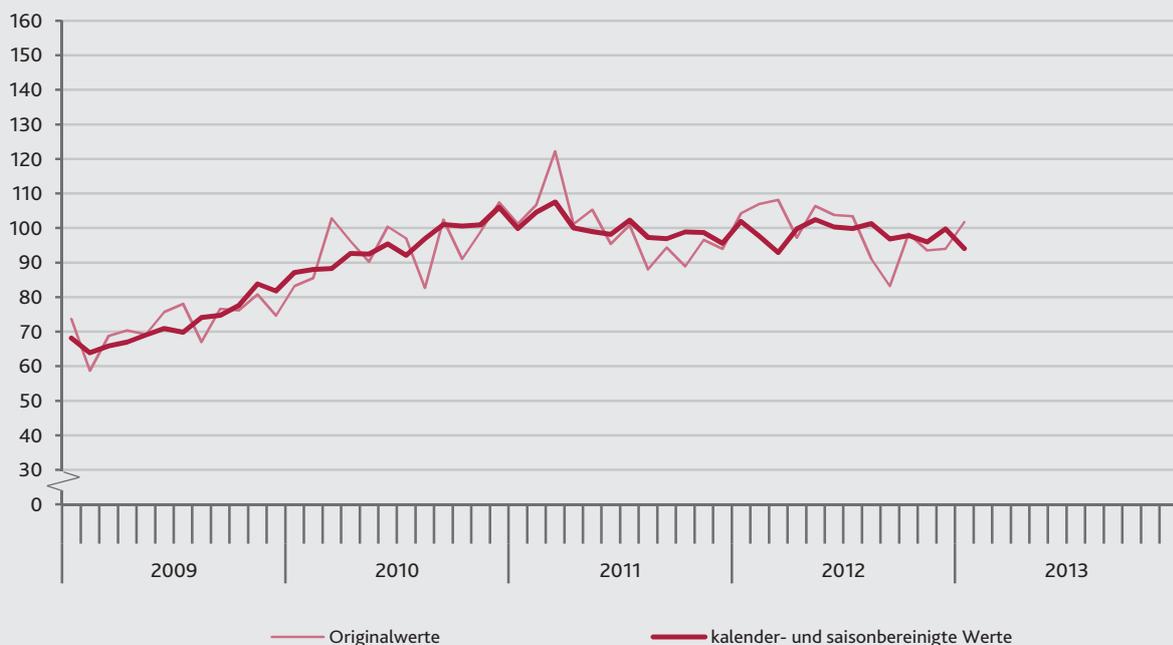
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

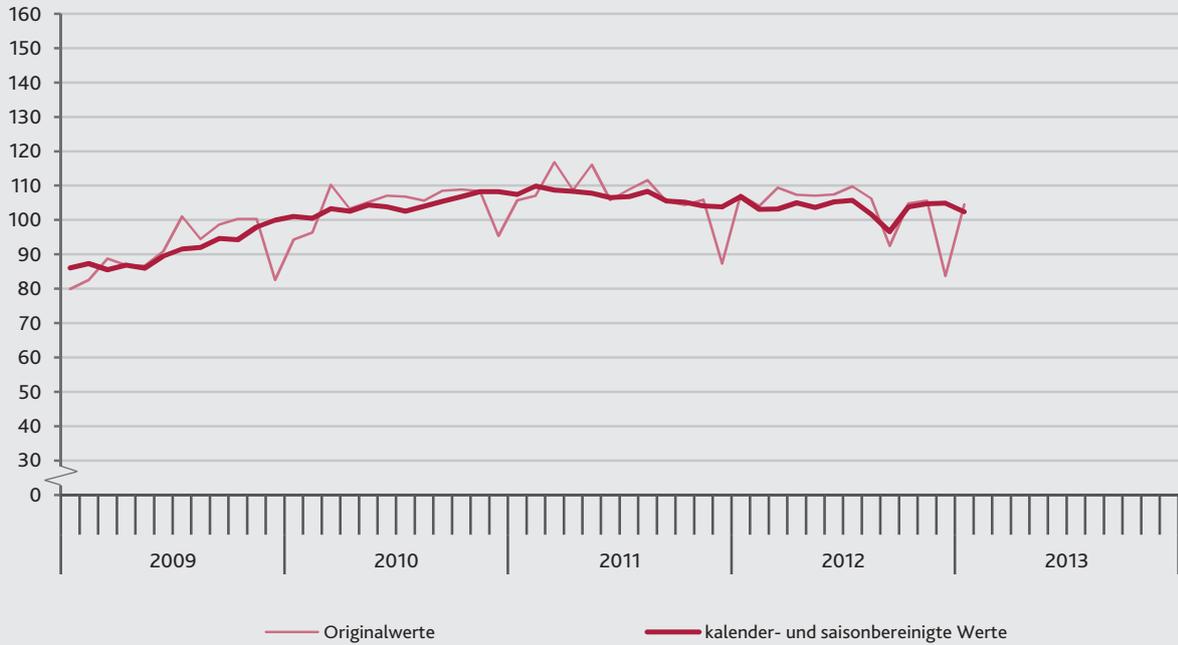
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



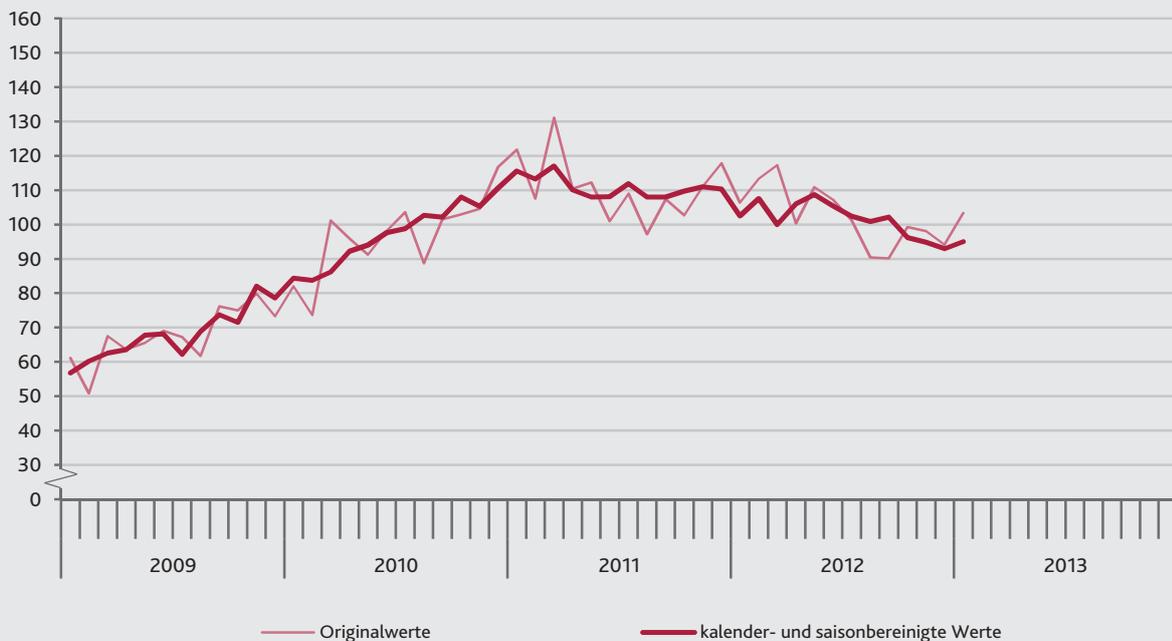
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie**
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



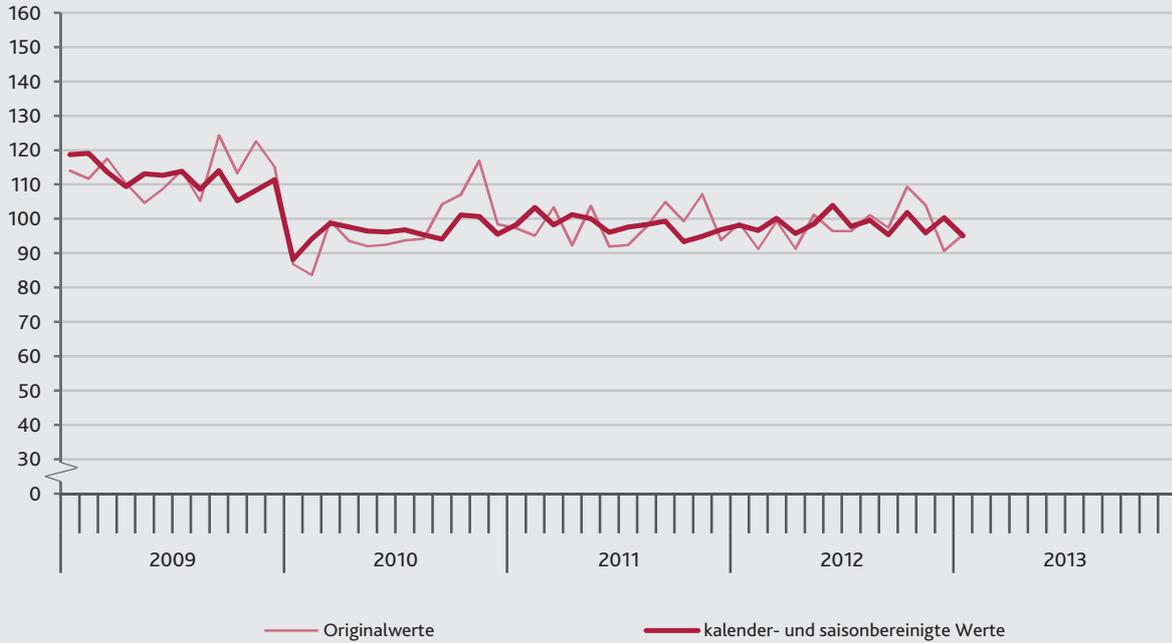
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie**
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



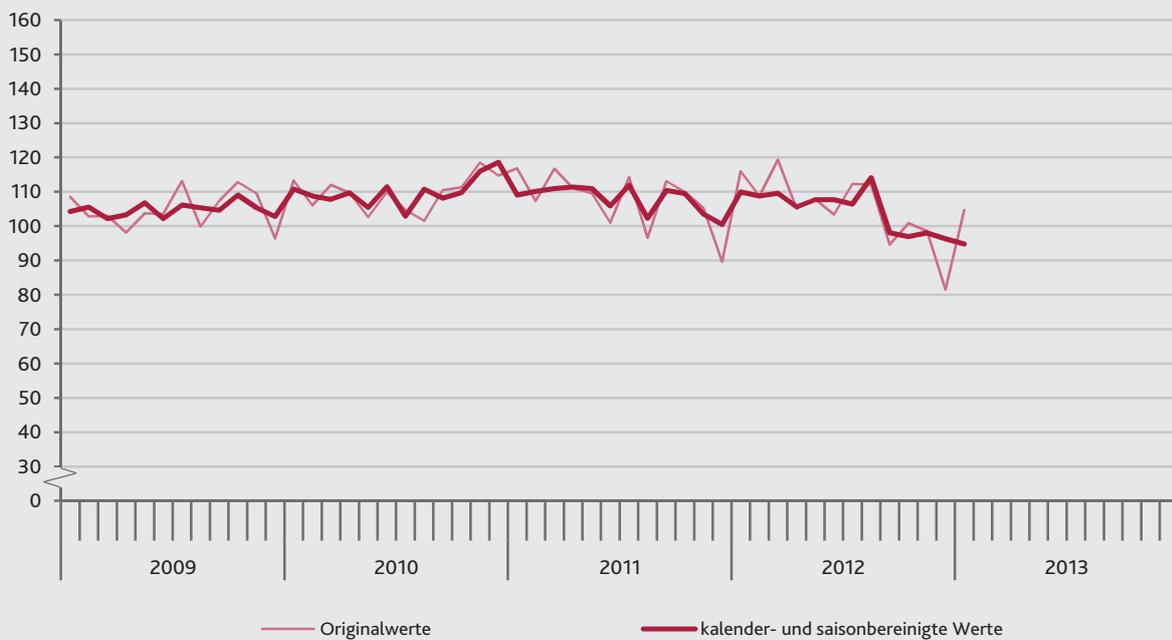
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

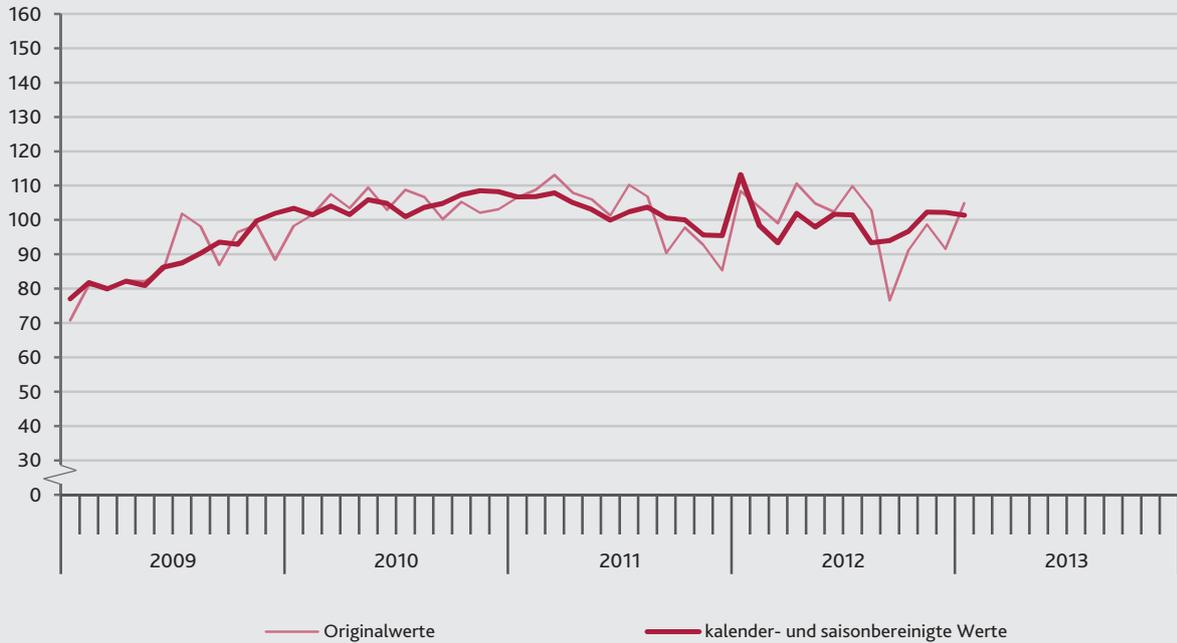
**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen**

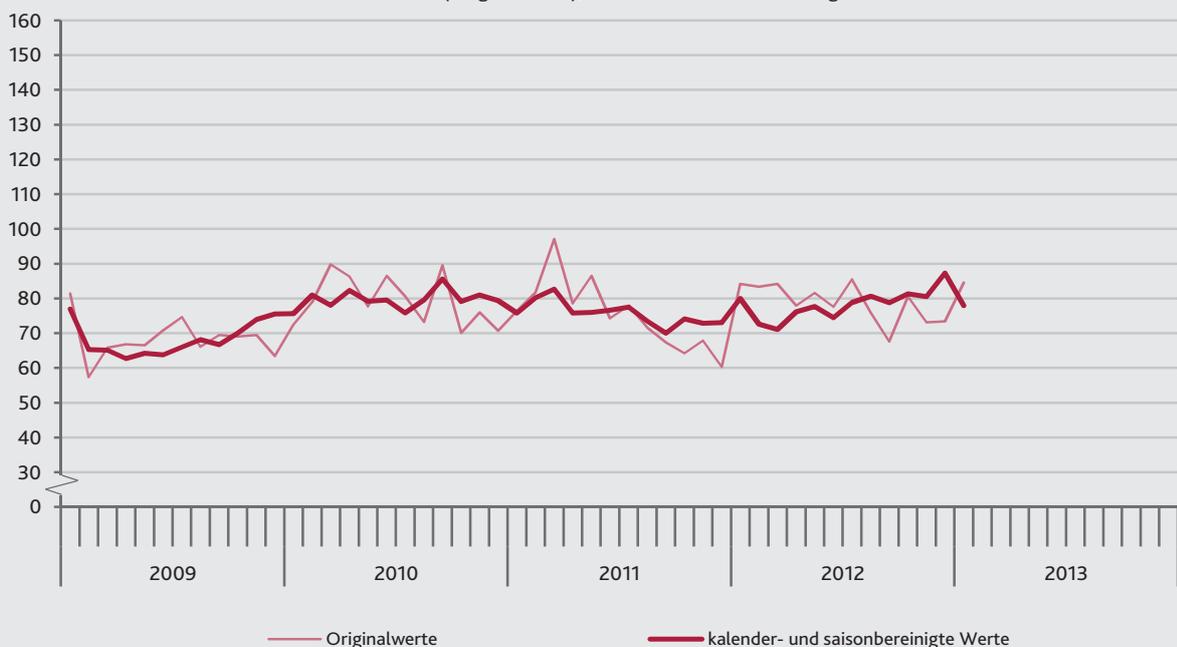
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen**

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 13%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

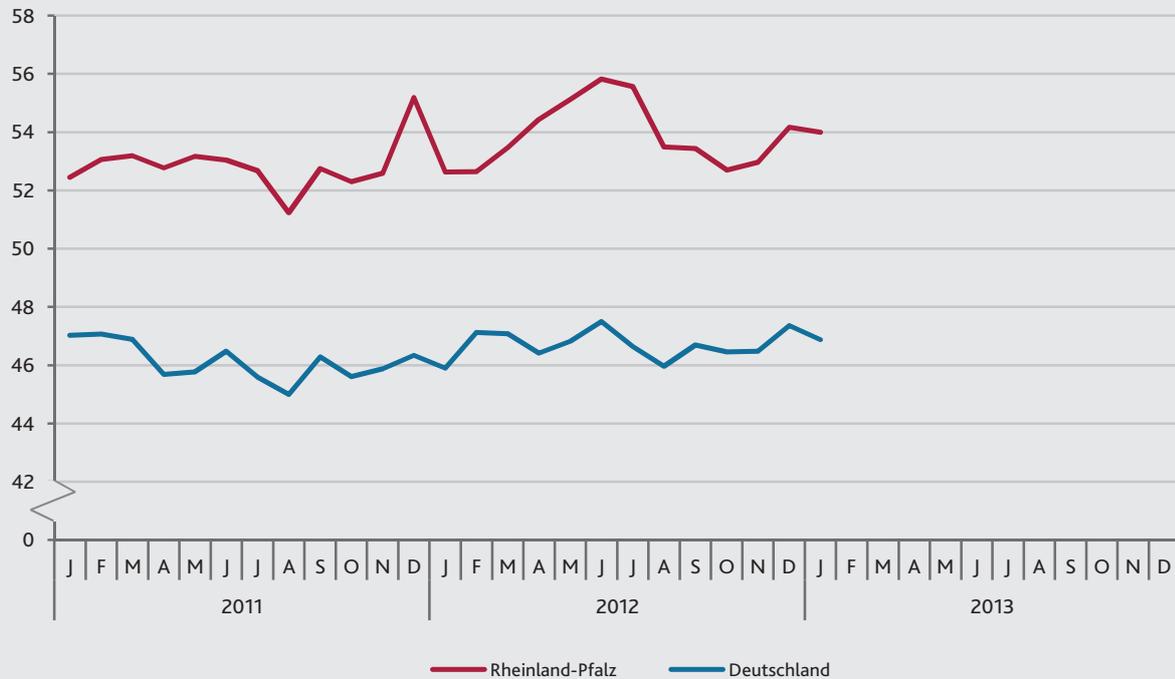
Anteil am Gesamtumsatz 2012: 9%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

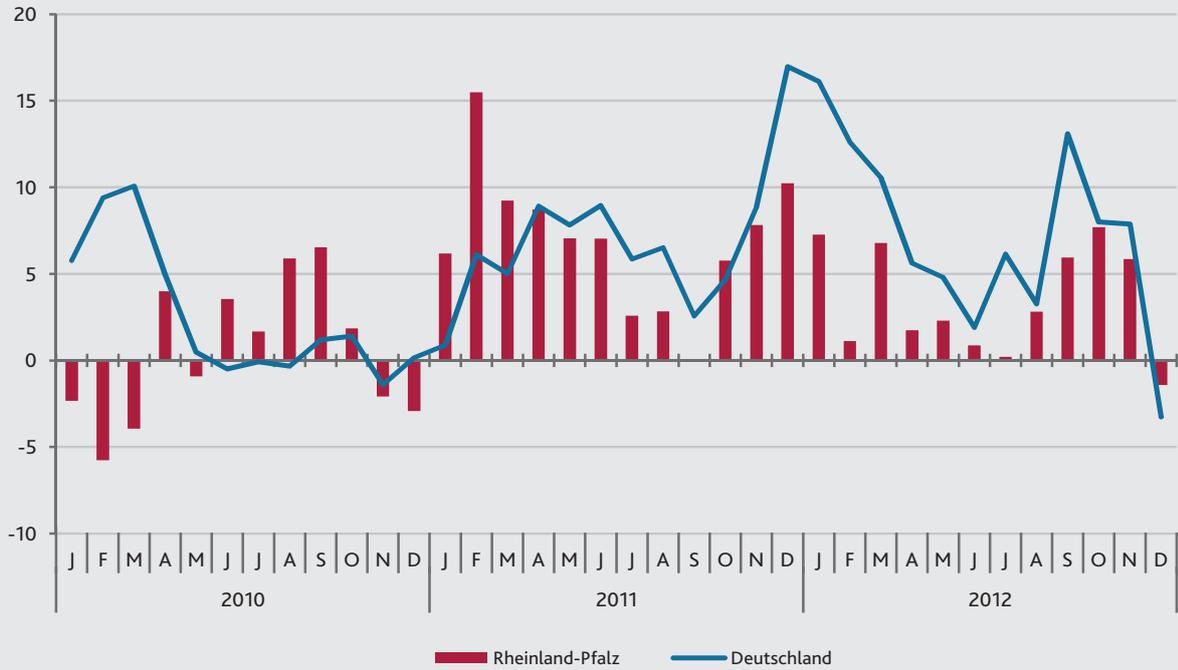


1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

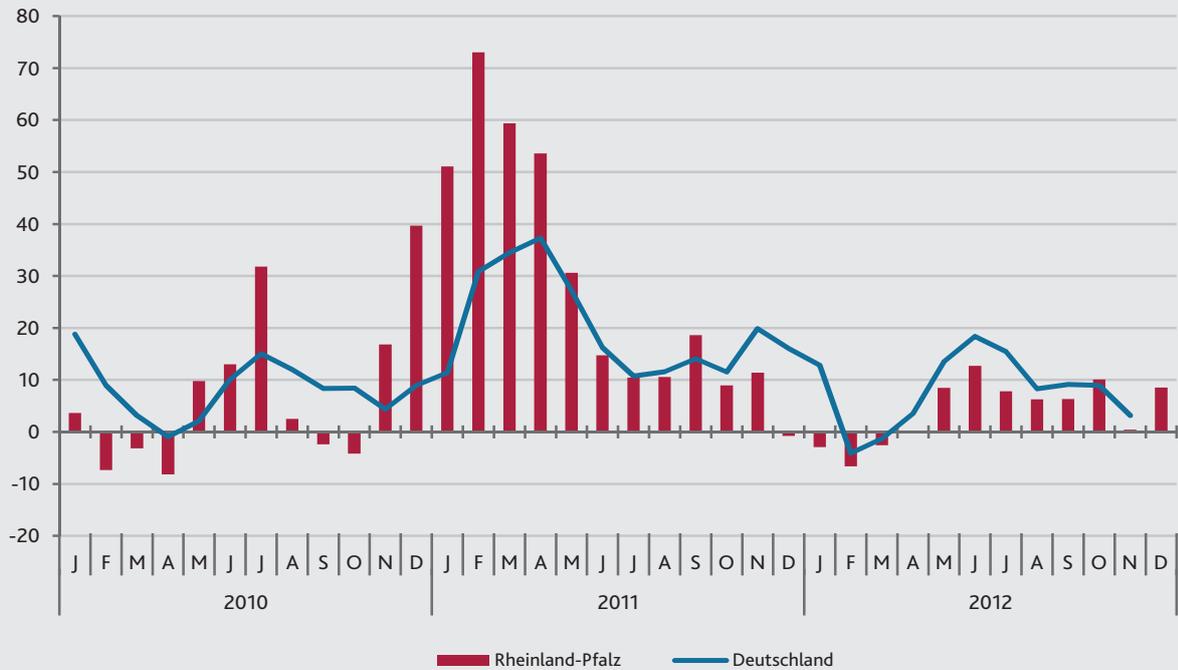
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

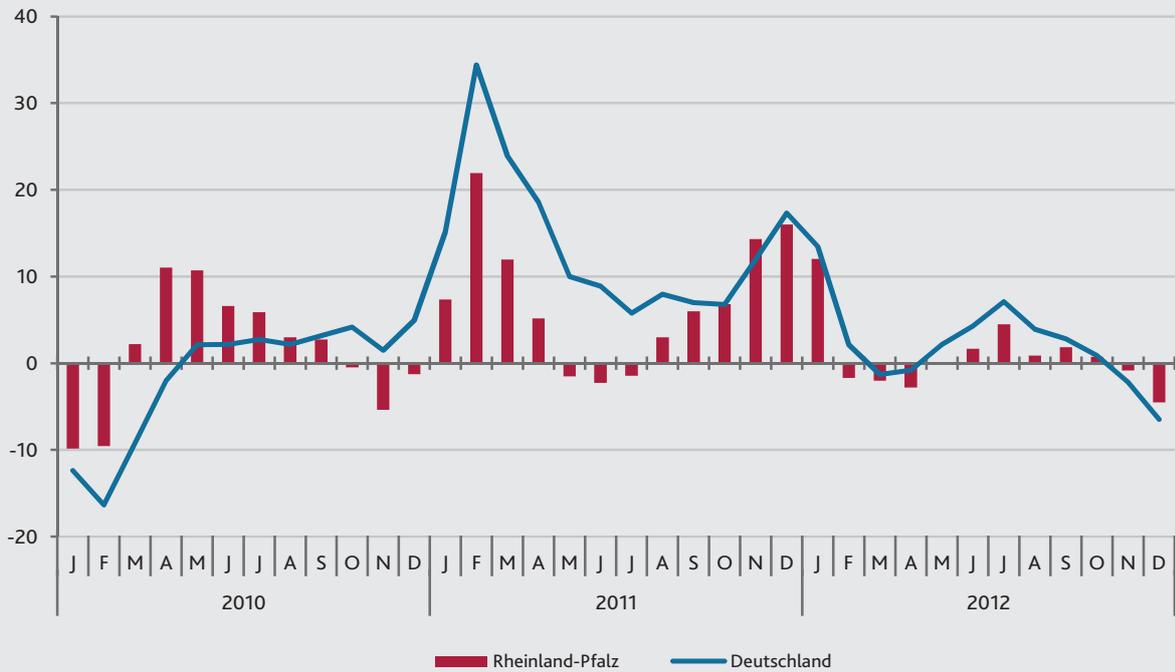


¹ Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

² Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

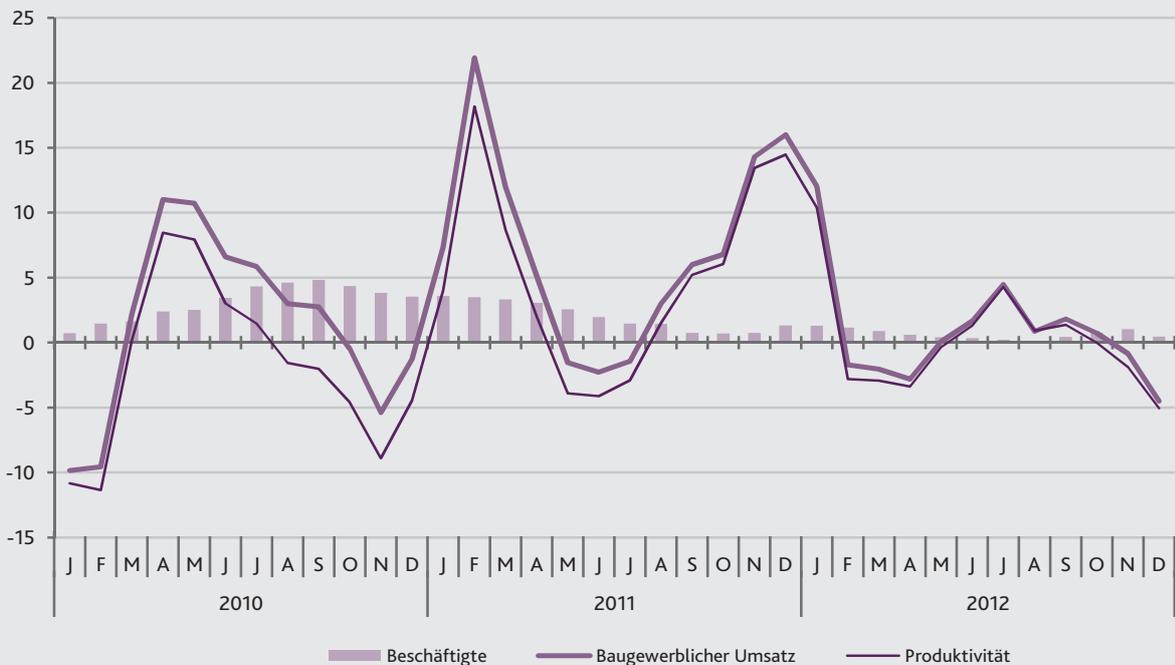
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

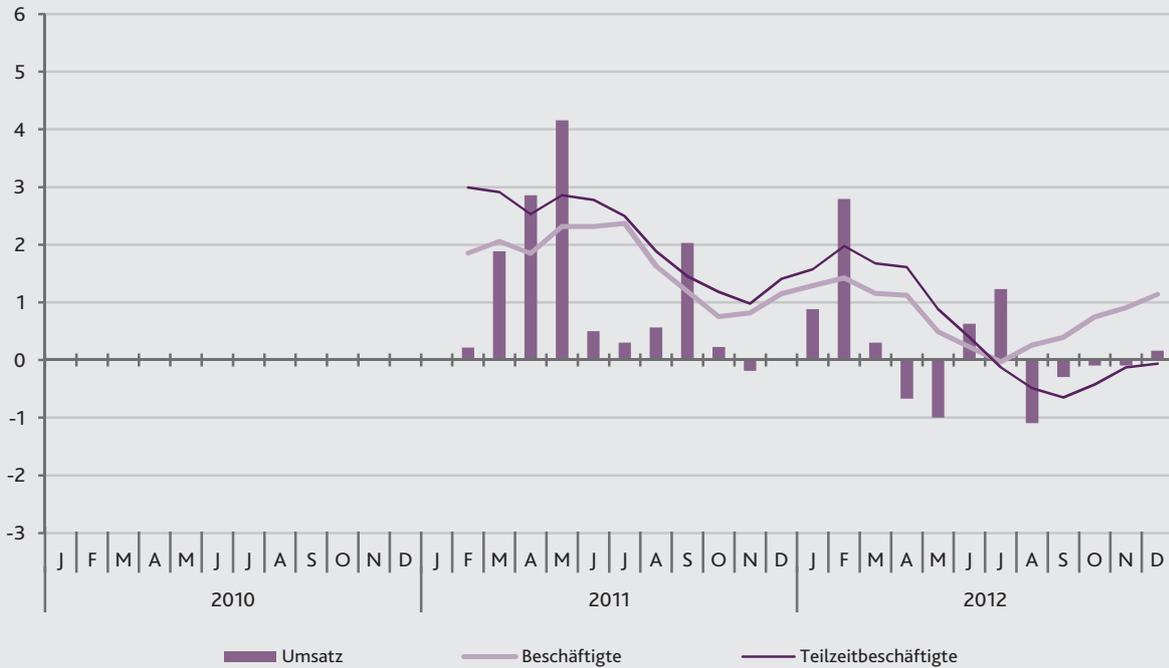


¹ Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – ² Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

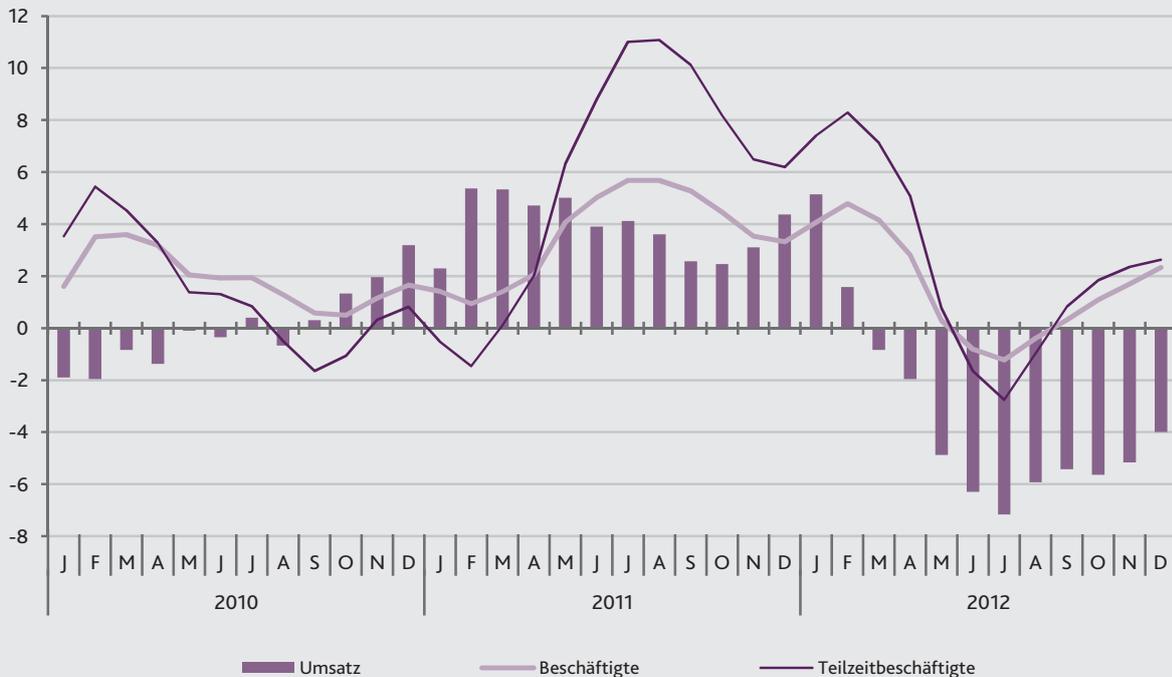
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte^{1,2} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100, Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

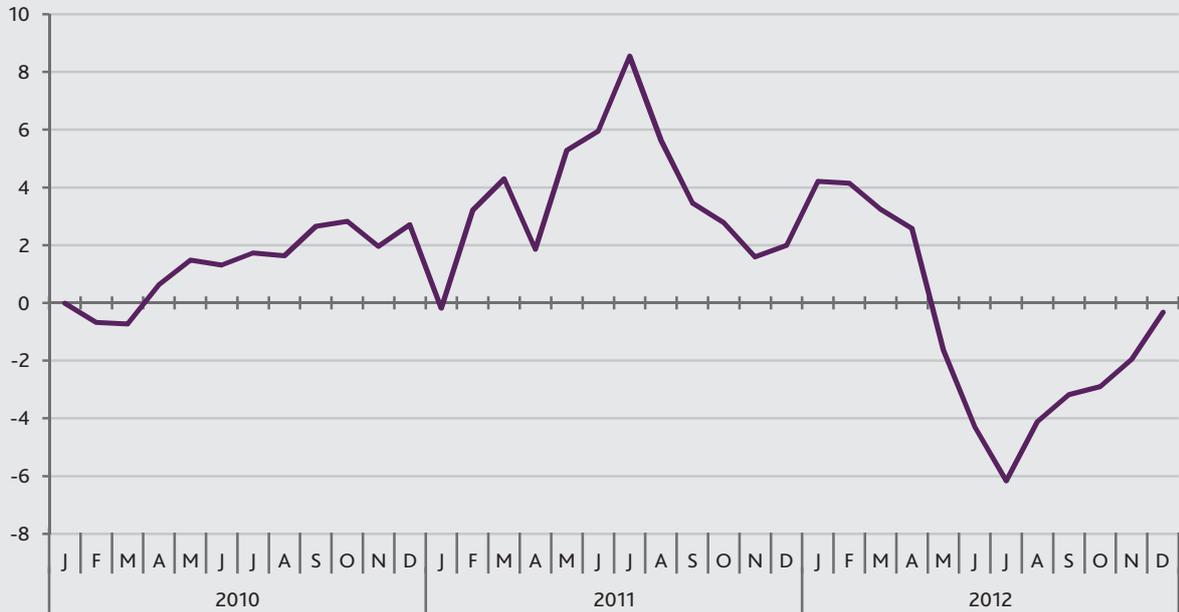
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

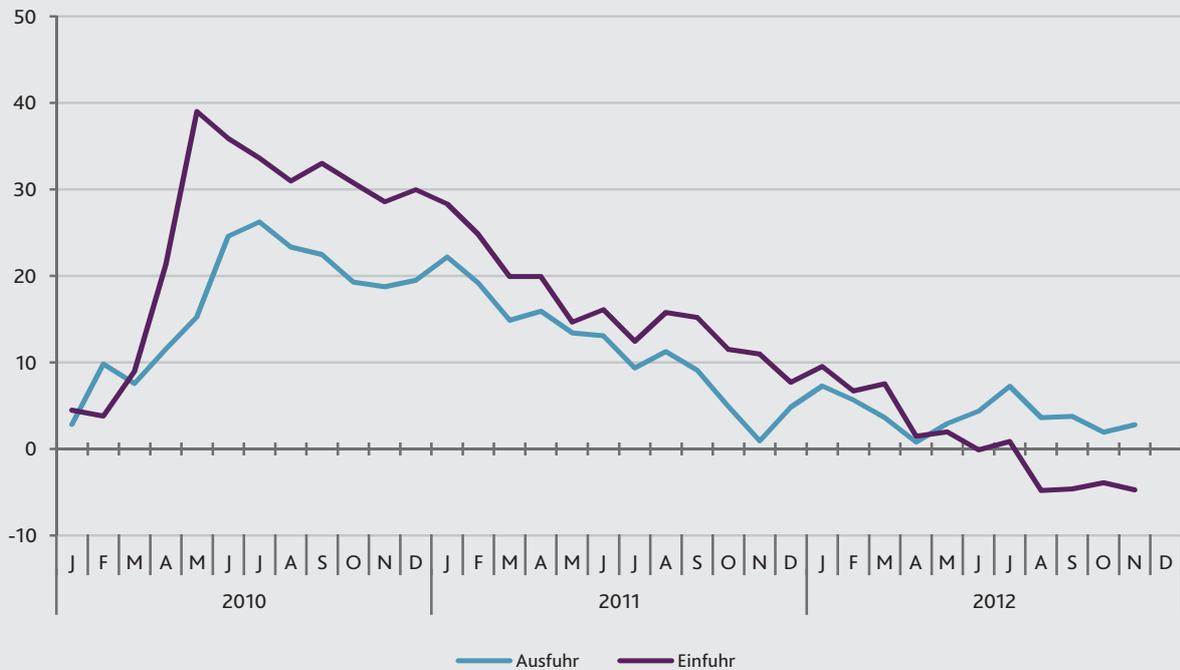


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

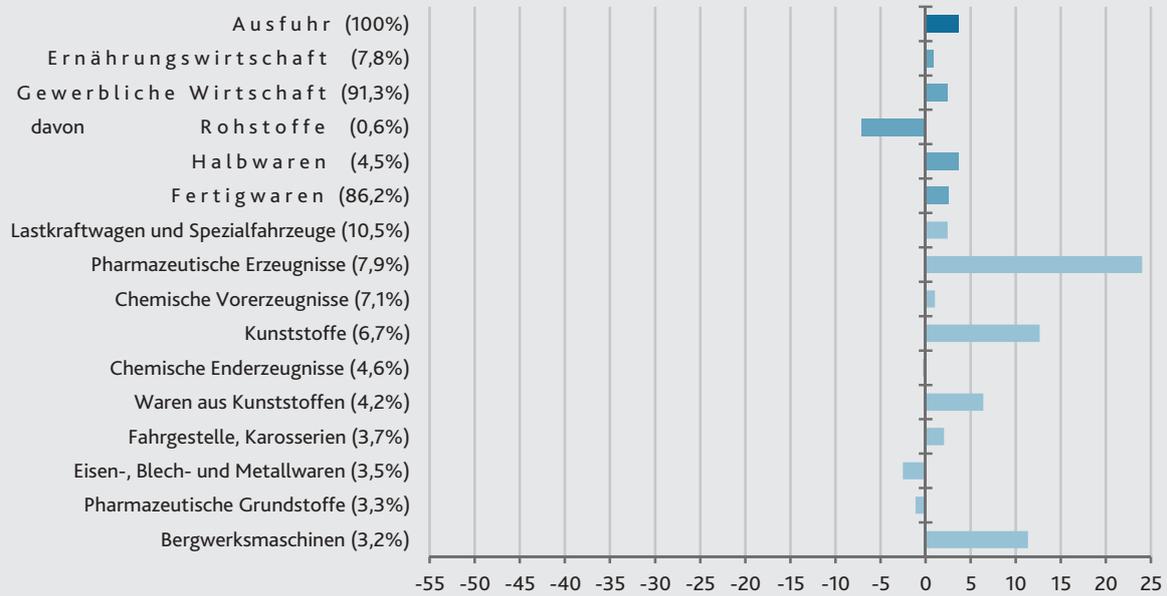


1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

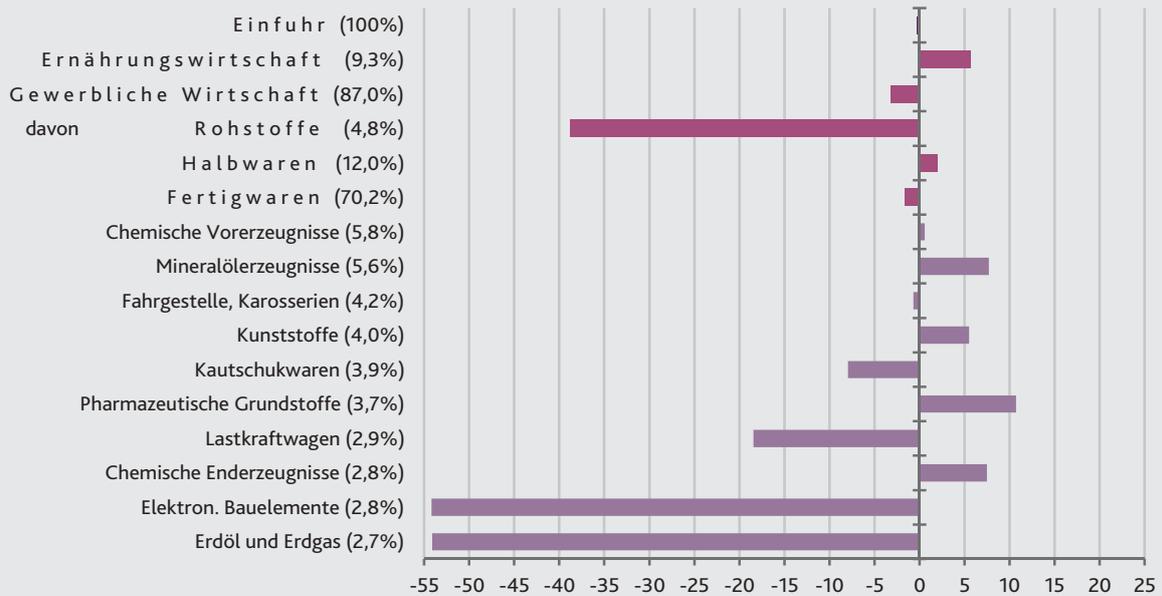
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2012 - Dezember 2012 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

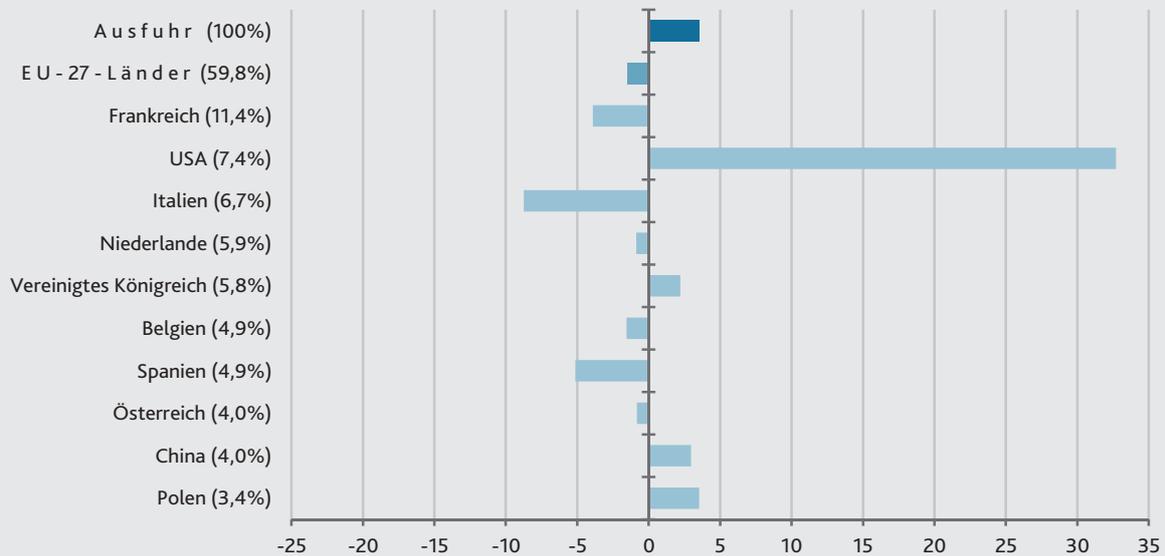
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2012 - Dezember 2012 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

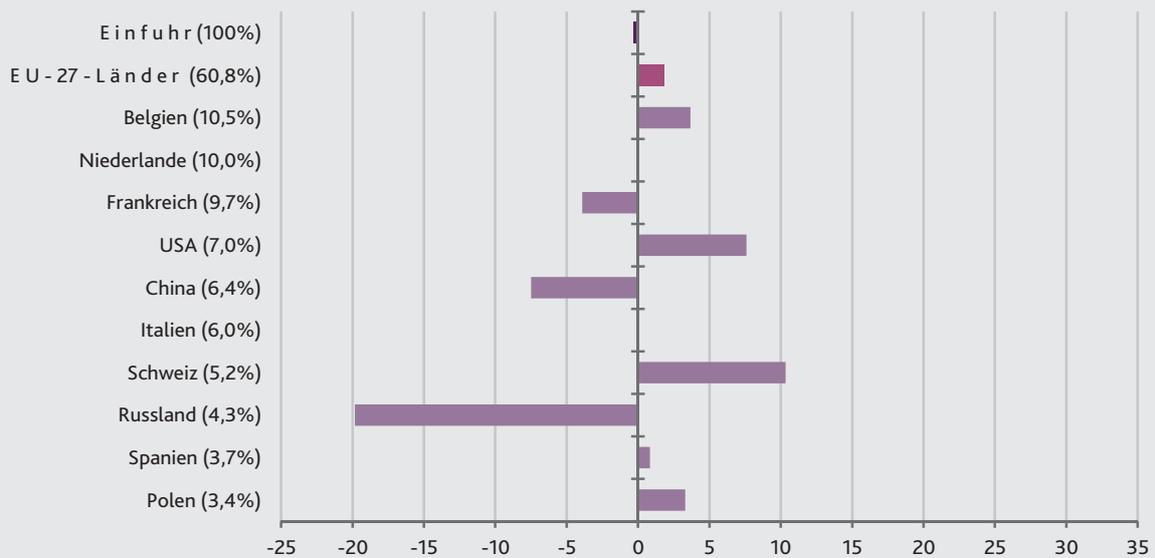
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar 2012 - Dezember 2012 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

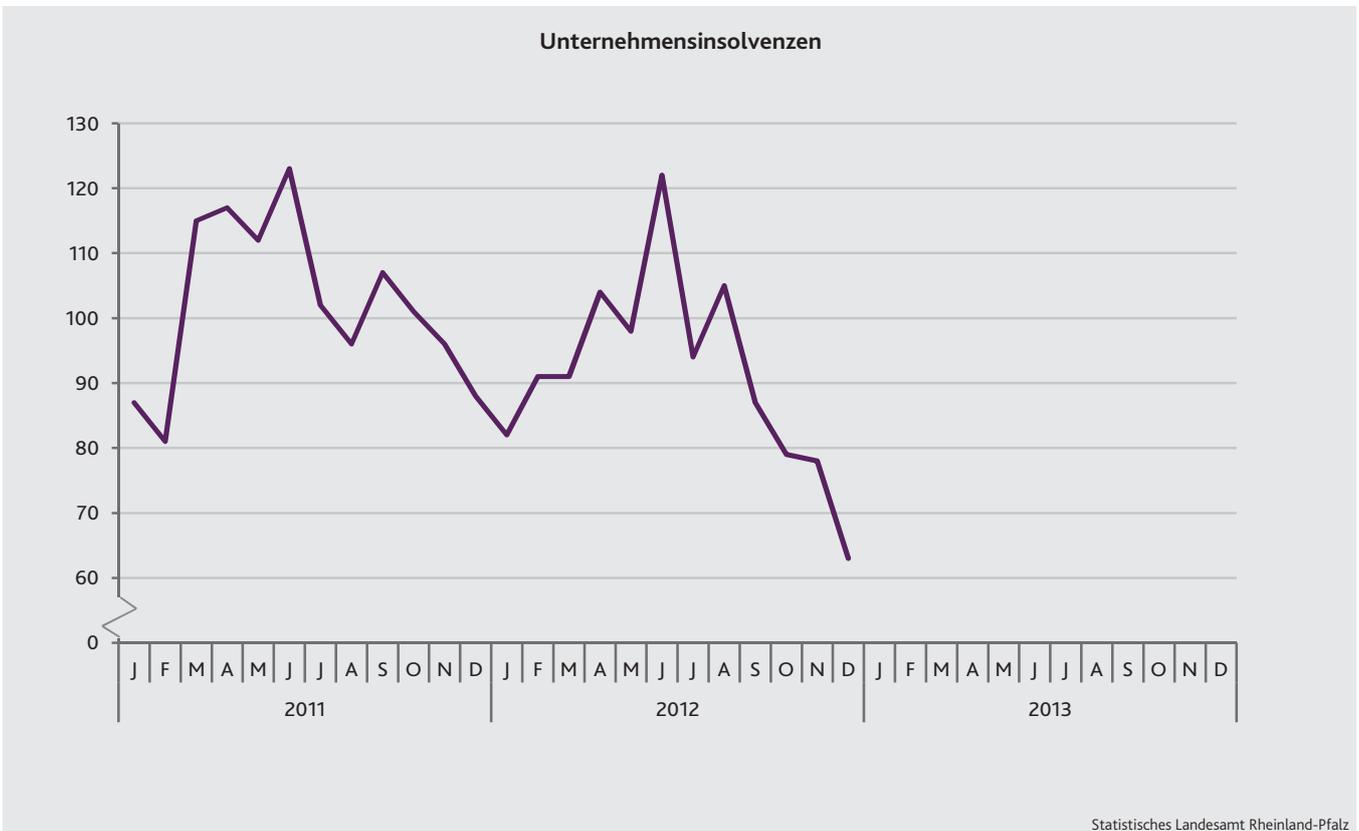
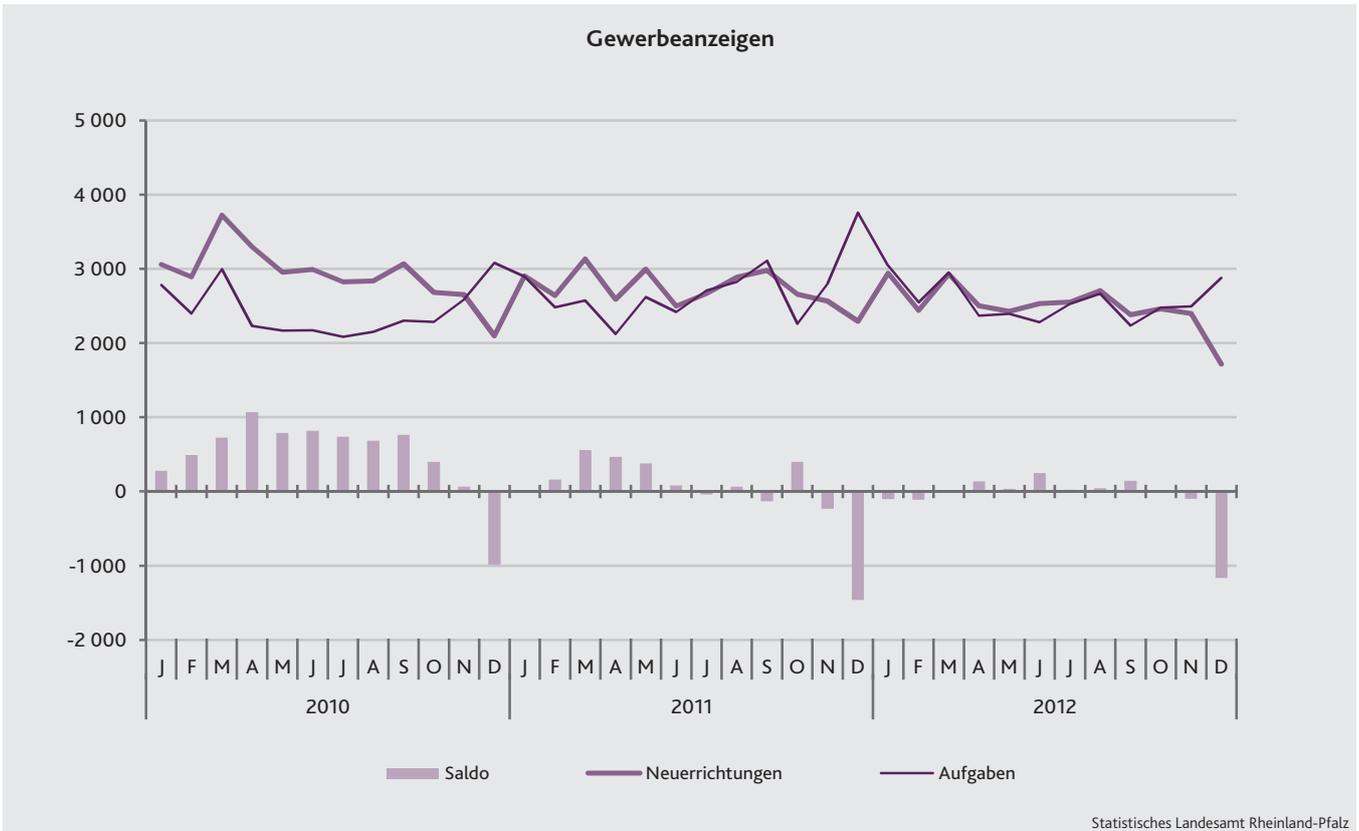


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

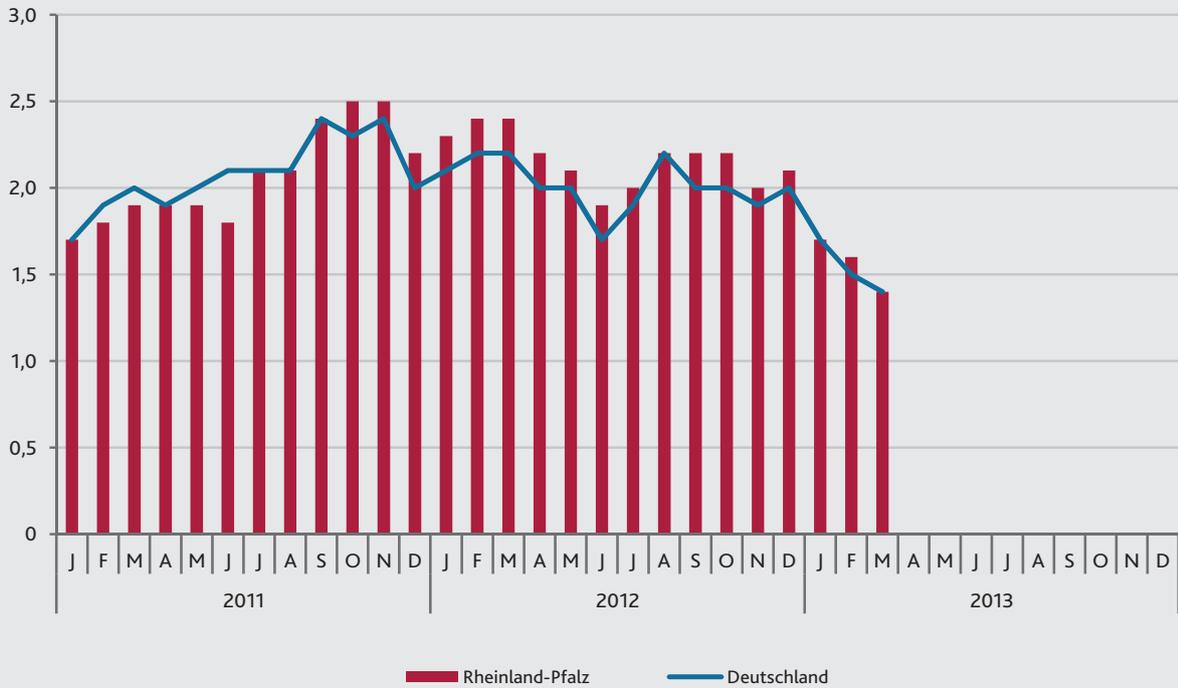
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar 2012 - Dezember 2012 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

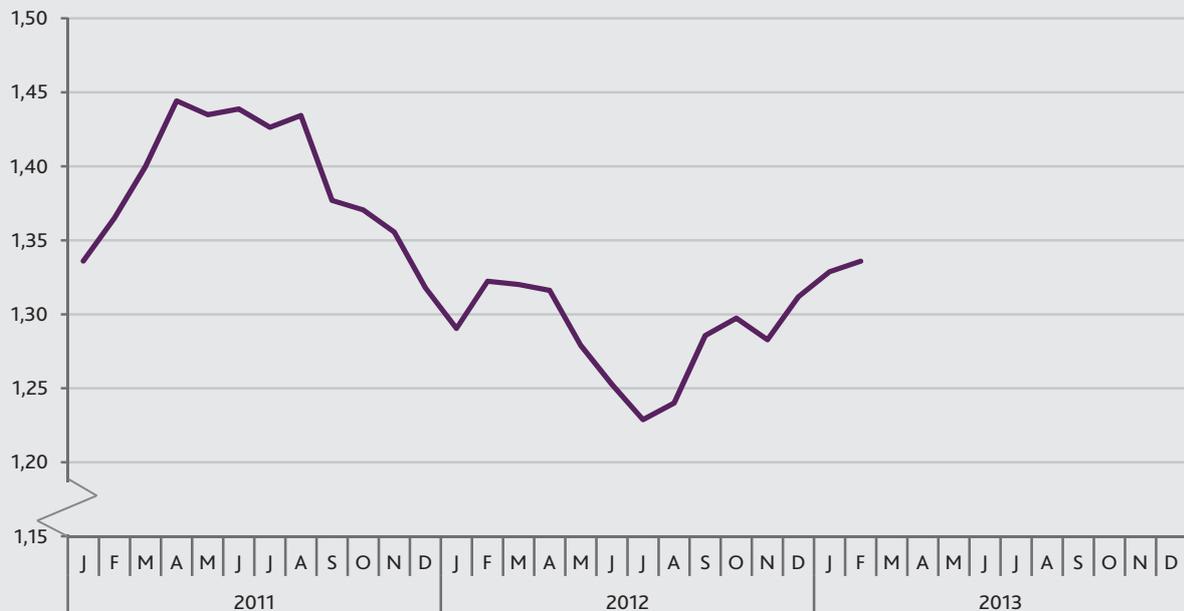


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

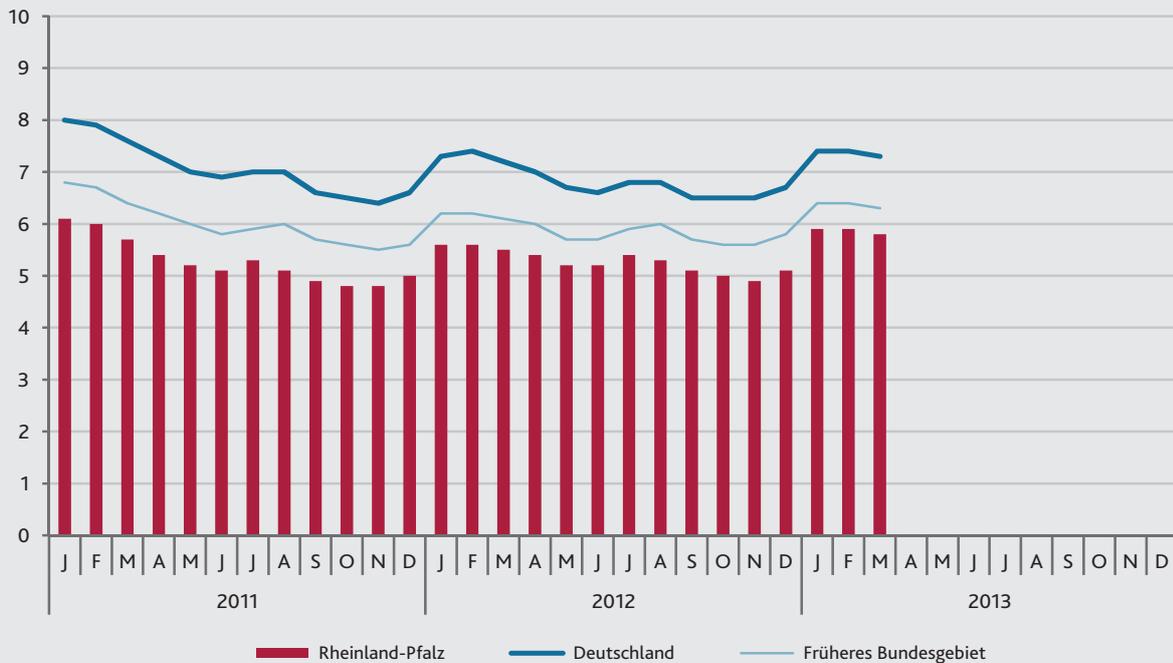
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

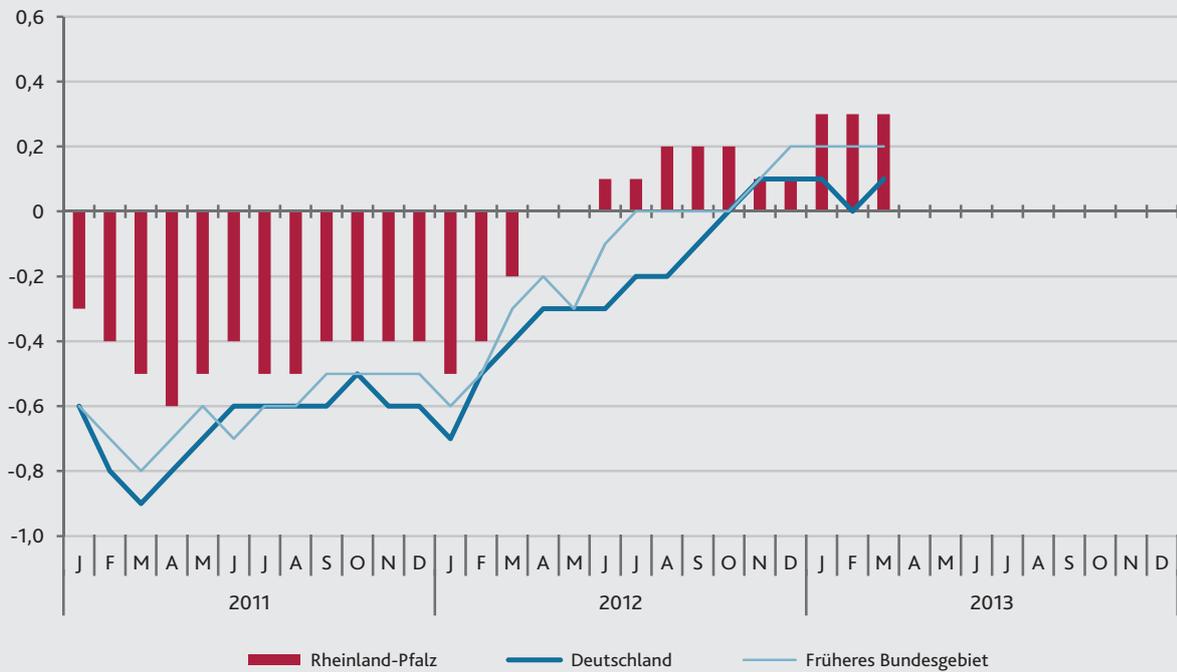
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

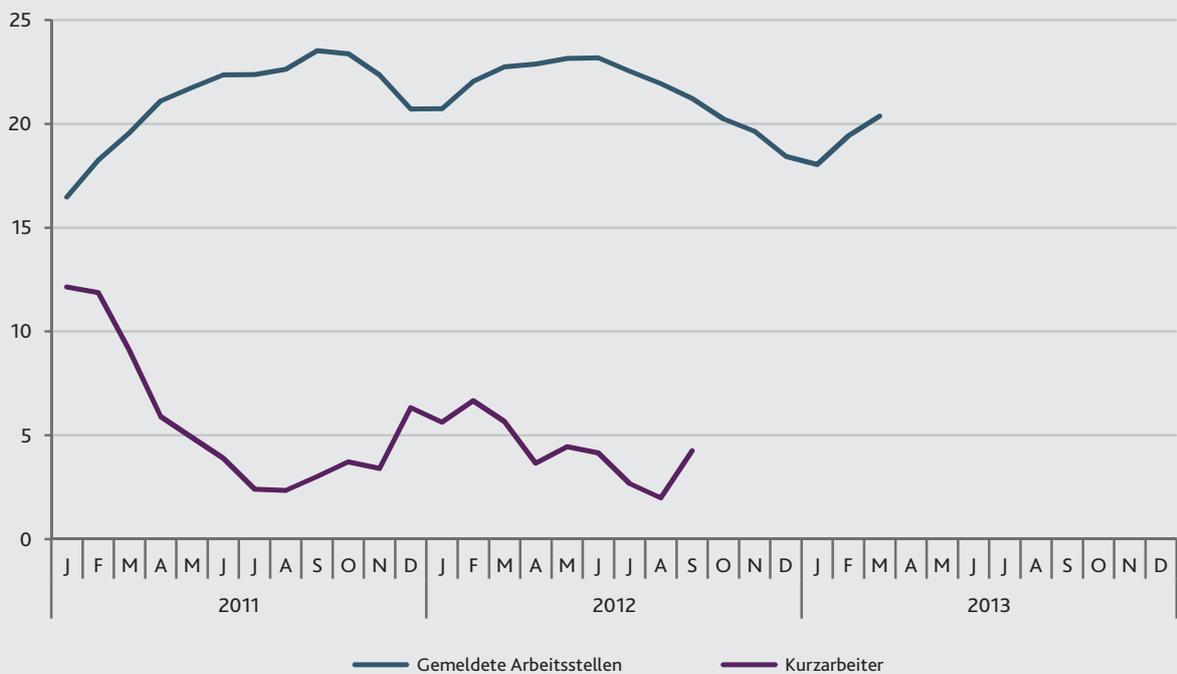
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

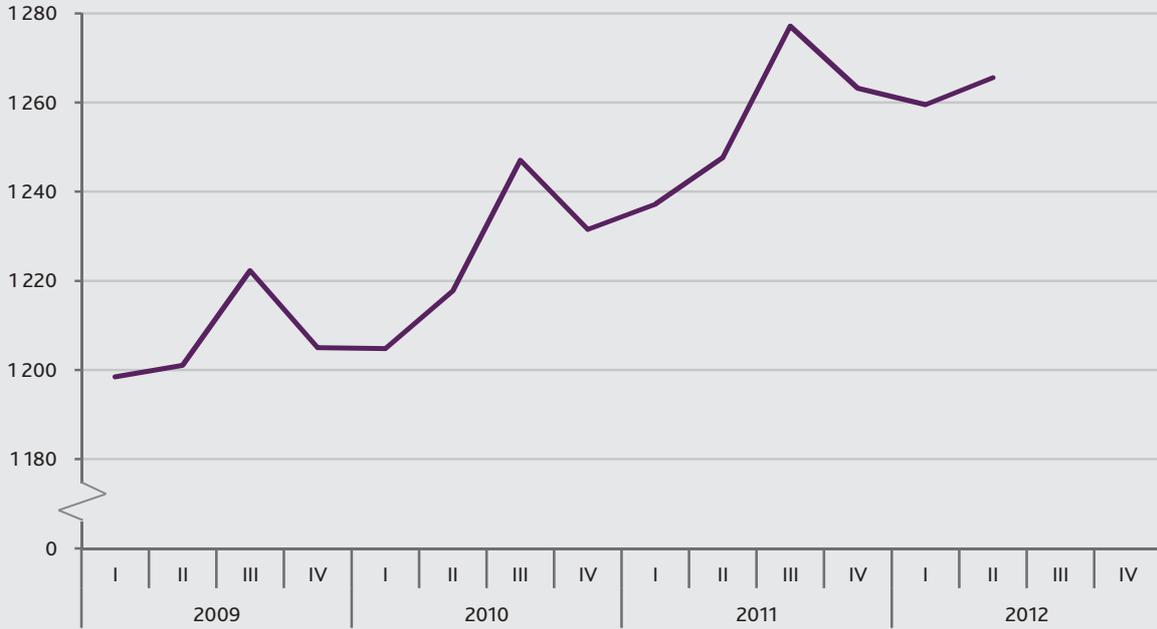
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

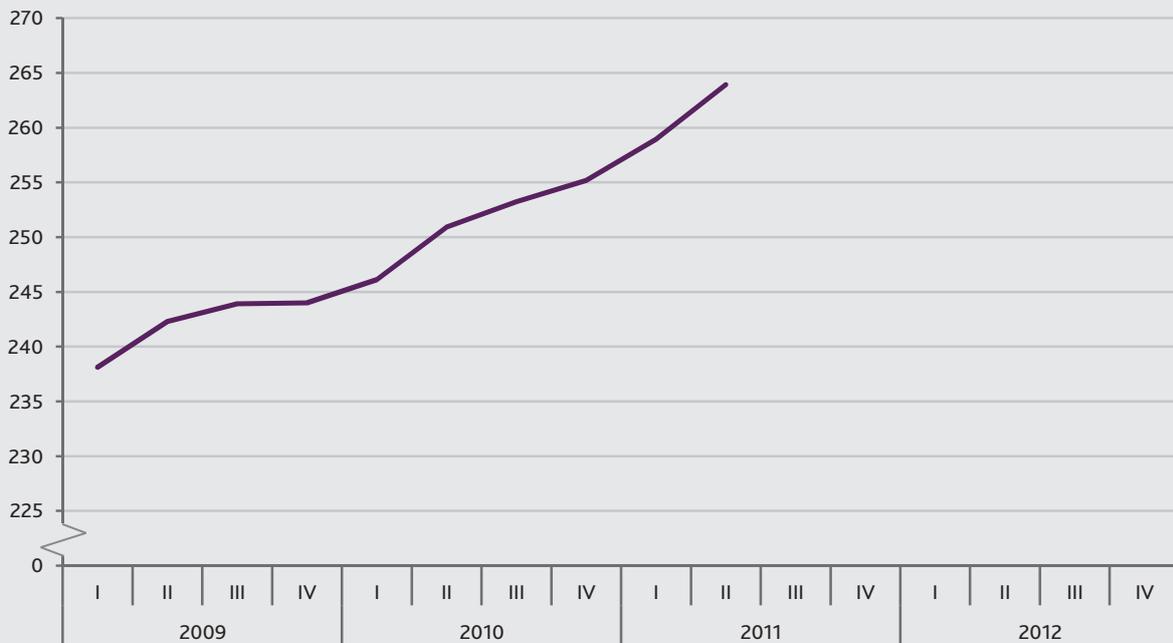
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

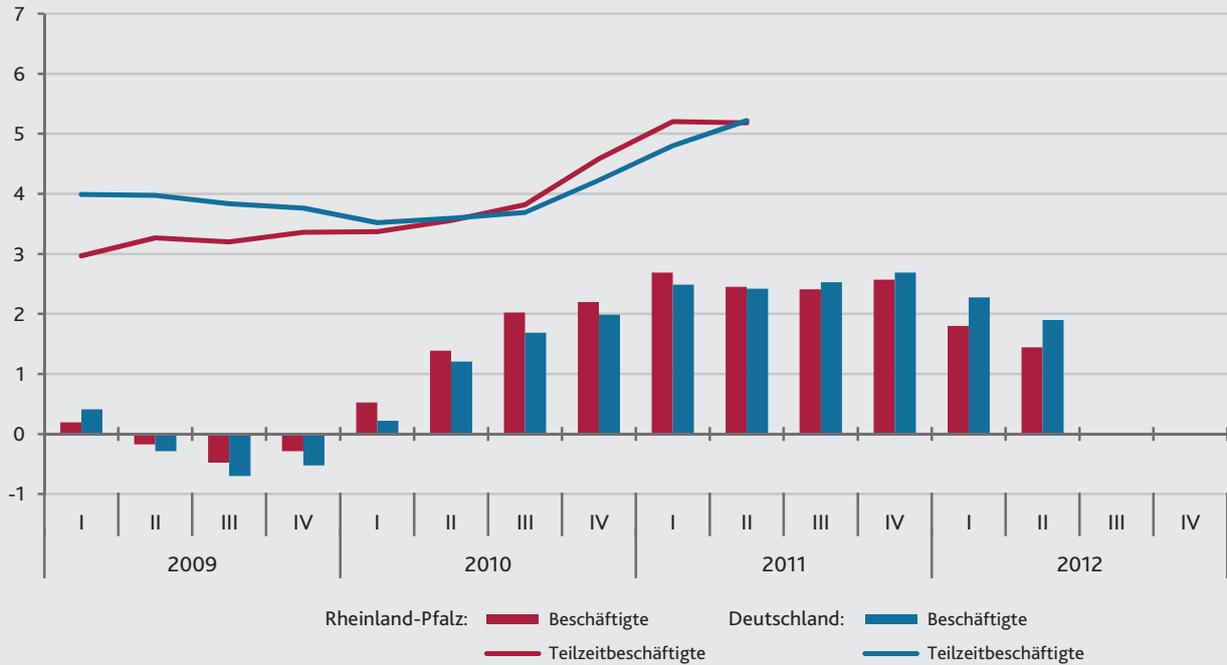
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

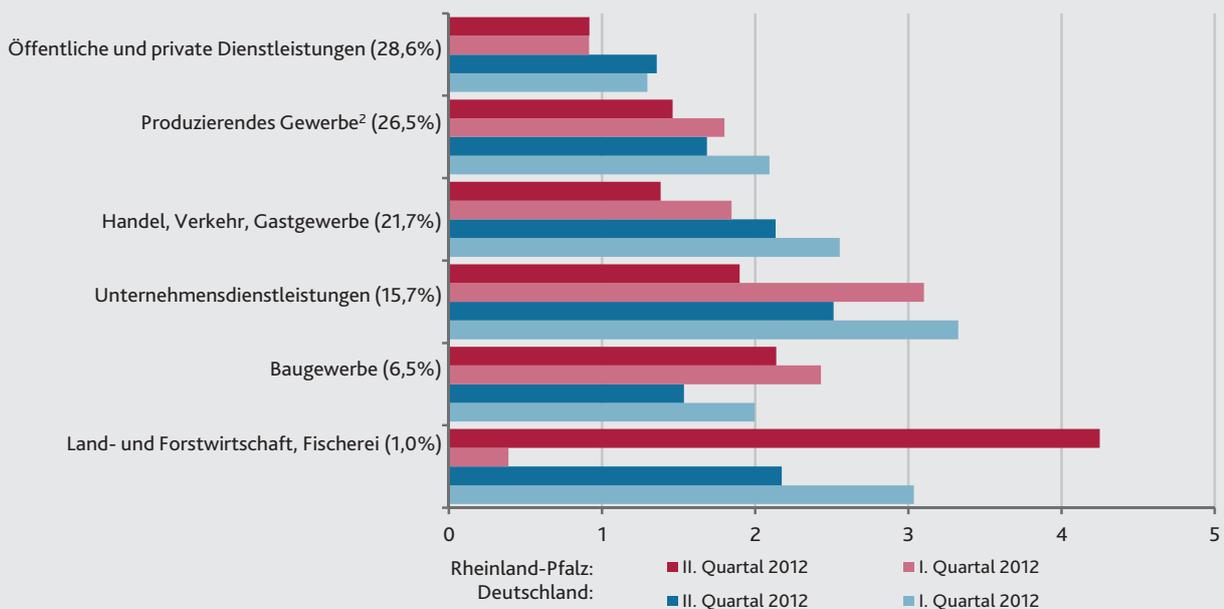
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

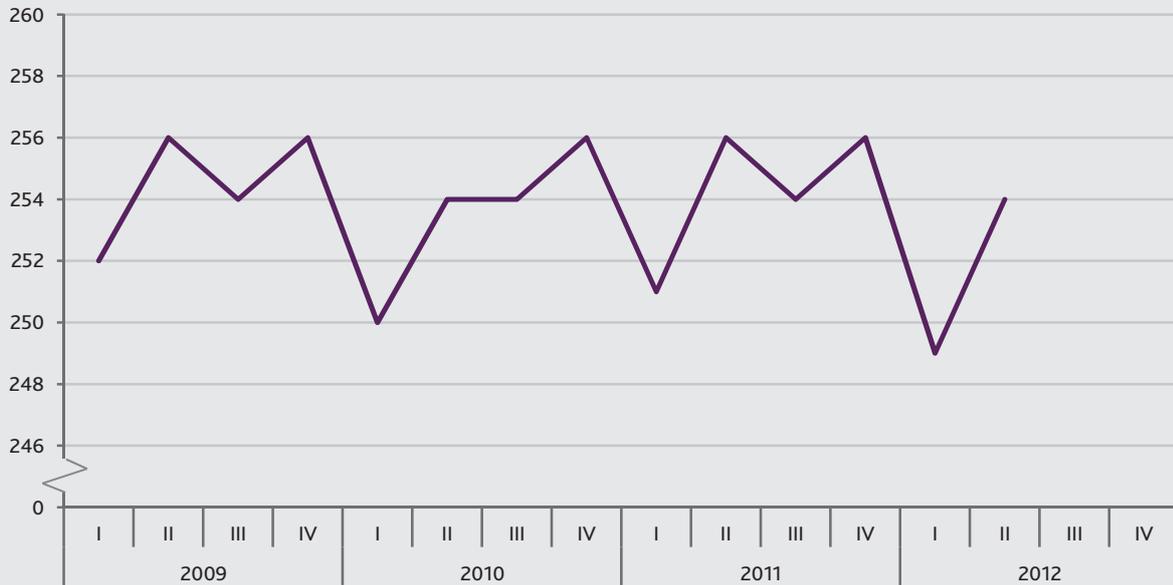
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

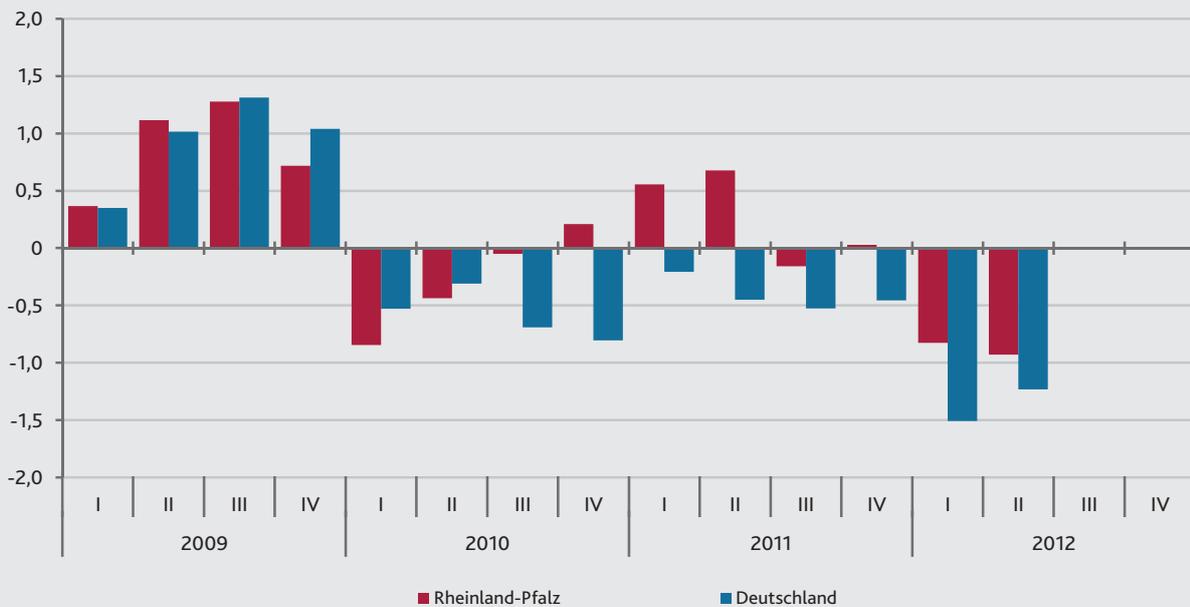
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2012. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. März 2013.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat

beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich

anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpach-

tung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und un-selbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden

auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie

die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaft-

liche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in a dark font on a light-colored background. The values range from approximately 65,000 to 157,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows having more columns than others. The overall appearance is that of a printed document, possibly a report or a data sheet.

20	129 151	130 953	127 842
752	134 121	128 093	128 432
6 058	126 824	133 450	133 520
134 628	134 545	157 284	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 111
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	61 111
78 320	78 146	92 396	61 111
95 409	94 429	125 873	61 111
	125 677	103 800	61 111
	87 027	69 111	61 111

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 004 ¹	3 999 ¹	4 000	4 001	4 000	3 999	3 999	4 001	4 000
darunter Ausländer ²	1 000	309 ¹	315 ¹	314	316	316	322	324	326	327

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 681	1 684	2 239	1 457	1 537	2 815	2 000	1 499	1 002
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 631	2 590	2 942	2 698	2 435	2 838	2 555	2 949	2 585
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,9	7,8	8,9	7,9	7,4	8,4	7,8	8,7	7,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 622	3 637	3 494	3 488	3 681	3 514	3 186	3 857	3 633
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	10,6	10,3	11,2	10,3	9,7	11,4	11,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	8	9	11	11	9	15	12	12	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,4	3,7	4,1	3,7	5,3	4,7	4,1	4,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 991	- 1 047	- 552	- 790	- 1 246	- 676	- 631	- 908	- 1 048
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,0	- 3,1	- 1,7	- 2,3	- 3,8	- 2,0	- 1,9	- 2,7	- 3,2

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 088	8 807	10 097	11 078	8 734	11 497	9 951	13 003	8 673
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 746	3 307	4 079	3 937	3 258	4 745	4 520	5 073	3 427
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 851	8 153	9 556	9 751	8 104	9 881	9 140	10 609	8 014
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 273	2 325	2 631	2 221	2 464	2 971	2 382	2 691	2 484
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	237	654	541	1 327	630	1 616	811	2 394	659
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 576	12 938	13 330	13 968	12 560	15 381	12 555	15 537	12 891

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{8,9}	Einheit	2009	2010		2011			2012		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 201	1 218	1 232	1 237	1 248	1 277	1 263	1 259	1 266
* Frauen	1 000	549	558	569	570	571	585	584	580	580

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2}

	Einheit	2009	2010		2011				2012	
			30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	76	78	76	79	84	87	82	86	91
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	242	251	255	259	264
* darunter Frauen	1 000	208	214	218	221	224
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	11	11	9	11	12	12	9	11	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	404	402	404	407	411	419	414	415	417
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	264	265	268	267	270	278	274	272	274
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	176	187	188	192	195	201	197	198	199
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	345	353	362	362	359	367	369	365	363

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2011	2012					2013		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	111 054	111 079	117 907	118 320	114 595	108 605	123 593	124 278	121 661
* Frauen	Anzahl	52 451	52 306	53 515	53 062	52 287	50 360	55 151	54 959	54 725
* Männer	Anzahl	58 603	58 774	64 392	65 258	62 308	58 245	68 442	69 319	66 936
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	40 987	42 428	46 879	47 424	44 091	43 717	52 571	53 382	50 297
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	70 067	68 651	71 028	70 896	70 504	64 888	71 022	70 896	71 364
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,3	5,3	5,6	5,6	5,5	5,1	5,9	5,9	5,8
* Frauen	%	5,4	5,3	5,5	5,4	5,3	5,1	5,6	5,6	5,5
* Männer	%	5,2	5,2	5,8	5,8	5,6	5,2	6,1	6,2	6,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,8	4,8	4,8	5,2	4,9	4,4	5,1	5,4	5,2
* Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,0	2,7	2,9	2,8	2,6	2,9	3,0	3,0
* Ältere von 50–65 Jahren	%	5,8	5,7	6,2	6,1	6,0	5,6	6,4	6,3	6,2
* Ältere von 55–65 Jahren	%	6,3	6,2	6,6	6,6	6,5	6,2	7,0	6,9	6,8
* Ausländer/-innen	%	11,8	12,0	12,9	12,9	12,7	11,9	13,5	13,7	13,4
* Deutsche	%	4,8	4,8	5,1	5,1	4,9	4,6	5,3	5,3	5,2
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	5 754	...	5 633	6 654	5 664
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	21 201	21 513	20 579	21 831	22 569	18 429	18 032	19 433	20 374

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹⁰

	Einheit	2010	2011		2012			2013		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	242 801	225 426	216 519	216 783	219 773	214 560	213 532	213 660	...
* darunter Frauen	Anzahl	123 975	115 815	111 739	111 924	113 257	111 072	110 452	110 454	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	172 212	160 240	153 486	153 834	156 106	151 847	151 117	151 263	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	70 589	65 186	63 033	62 949	63 667	62 713	62 415	62 397	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	68 100	62 785	60 697	60 586	61 298	60 357	60 088	60 058	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2010	2011		2012				2013		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	452	552	490	425	455	495	454	410	553
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	426	518	465	385	434	459	425	372	521
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	...	1	2	1	3	1	1
Unternehmen	Anzahl	50	66	78	34	34	38	39	85	80
private Haushalte	Anzahl	401	484	412	390	419	455	412	324	472
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	662	848	760	741	660	839	754	714	880
* Umbauter Raum	1 000 m ³	464	595	487	499	479	578	504	481	594
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	112	93	94	91	106	95	91	114
Wohnräume	Anzahl	3 546	4 524	3 827	3 745	3 633	4 332	3 763	3 604	4 597
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	121	156	130	133	130	162	140	129	167

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	135	155	125	89	131	135	90	124
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	13	14	13	7	13	13	8	10
Unternehmen	Anzahl	107	116	125	108	80	108	104	65	98
private Haushalte	Anzahl	4	6	16	4	2	10	18	17	16
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	20	35	2	9	16	6	1	11	9
* Umbauter Raum	1 000 m ³	748	977	1 046	487	850	1 280	471	960	549
* Nutzfläche	1 000 m ²	104	127	140	82	101	196	72	118	82
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	80	88	103	61	87	228	52	93	61

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	780	1 008	904	872	786	1 007	870	790	1 034
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 145	5 236	4 530	4 445	4 170	5 039	4 316	3 944	6 165

Landwirtschaft

	Einheit	2010	2011		2012			2013		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 541	11 060	12 471	12 330	11 519	12 265	11 683	10 249	11 757
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 291	2 322	3 029	3 083	2 109	2 440	2 515	1 810	1 897
darunter										
* Kälber ²	t	12	12	18	28	8	9	13	19	6
* Jungrinder	t	9	15	18	17	10	11	24	10	7
* Schweine	t	8 198	8 683	9 335	9 177	9 373	9 725	9 113	8 390	9 831
* Eierzeugung ³	1 000	12 188	13 472	11 893	13 213	14 253	15 106	13 503	14 951	15 383

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 006	996	1 001	1 001	997	1 005	1 007	1 007	979
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	238 784	244 658	247 941	247 259	246 476	250 614	250 210	249 174	247 663
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 349	31 436	33 123	29 641	32 472	32 769	32 661	28 052	32 640
* Entgelte	Mill. EUR	853	928	1 218	909	863	912	1 280	937	897
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 217	6 918	7 244	6 605	6 423	7 229	7 197	6 106	6 722
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 609	3 888	4 016	3 289	3 862	4 094	4 097	3 093	3 977
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 470	1 778	1 884	2 044	1 342	1 754	1 753	1 760	1 409
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	100	105	124	92	101	110	105	83	88
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 038	1 148	1 220	1 180	1 118	1 271	1 241	1 169	1 247
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 050	2 208	2 285	1 926	2 242	2 337	2 390	1 912	2 384
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	745	912	959	1 072	590	927	927	892	673
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 240	3 658	3 810	3 645	3 381	3 809	3 812	3 307	3 630
Exportquote ⁷	%	52,1	52,9	52,6	55,2	52,6	52,7	53,0	54,2	54,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	95,4	99,7	96,9	92,9	102,9	96,5	93,8	86,0	99,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	91,9	90,2	84,9	75,4	97,8	93,8	89,7	81,0	96,2
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	96,7	110,8	111,1	117,8	106,4	99,2	98,1	94,1	103,3

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2010	2011		2012				2013		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	103,0	111,7	114,7	93,0	146,1	104,6	91,0	74,9	117,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	110,7	106,9	103,6	89,1	110,6	100,1	100,0	82,7	102,4
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	79,3	75,3	67,9	60,3	84,2	80,5	73,1	73,4	84,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	87,1	100,1	87,9	97,9	91,8	92,1	87,8	87,3	97,3

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	164	168	167	167	172	172	170	170	174
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 470	9 495	9 644	9 621	9 586	9 801	9 788	9 729	9 707
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 205	1 193	1 284	1 131	1 282	1 259	1 272	1 055	1 272
* Entgelte ³	Mill. EUR	36	37	51	36	34	46	55	39	37
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	494	419	433	507	502	478	493	466	...
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	480	406	421	493	486	462	477	450	...

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	37 497	38 263	38 473	38 068	37 410	38 848	38 797	38 267	37 404
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 512	3 933	4 402	3 069	2 775	4 523	4 358	2 741	2 291
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 326	1 565	1 704	1 292	1 219	1 886	1 860	1 273	1 064
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	873	934	1 030	782	725	1 004	983	684	606
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 313	1 434	1 668	995	831	1 633	1 515	784	621
darunter Straßenbau	1 000 h	636	717	846	451	331	802	738	323	234
* Entgelte	Mill. EUR	85	90	108	90	79	96	110	87	74

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2010	2011		2012				2013		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	356	383	493	480	202	475	484	435	203
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	124	143	143	79	172	156	136	85
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	94	104	131	141	53	115	130	148	57
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	151	155	219	197	70	188	198	151	61
darunter Straßenbau	Mill. EUR	70	77	117	91	28	97	104	66	21

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Betriebe ⁵	Anzahl	362	353	354	352	352	395	395	395	395
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 268	13 485	13 367	13 745	13 629	14 704	14 948	15 138	14 886
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 335	4 448	4 446	4 567	4 523	4 769	4 758	4 930	4 798
* Entgelte	Mill. EUR	94	99	97	99	107	106	110	112	118
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	375	364	387	477	341	459	453	530

Handel⁶**Großhandel^{P, 7}**

Einheit	2010	2011		2012				2013		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Beschäftigte	2005=100	118,3	120,9	121,8	121,3	120,4	122,9	122,2	121,2	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	122,7	128,1	131,7	132,0	130,8	133,9	133,6	134,5	...
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	113,6	120,7	112,6	113,2	95,6	126,3	120,0	110,6	...
* Umsatz real ⁹	2005=100	103,0	105,7	99,0	100,0	84,1	107,8	103,5	95,1	...

Einzelhandel^{P, 9}

* Beschäftigte	2010=100	100,0	101,6	102,4	102,8	102,0	102,7	103,7	103,8	103,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	100,0	102,2	103,2	103,6	103,2	102,0	103,5	103,5	102,8
* Umsatz nominal ⁸	2010=100	100,0	102,6	104,3	118,6	92,2	110,0	107,4	117,8	96,4
* Umsatz real ⁸	2010=100	100,0	101,2	102,2	116,7	90,5	105,7	103,2	113,7	93,0

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtszeitraums. – 6 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1,2}

	Einheit	2010	2011			2012				2013
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2005=100	105,5	107,0	109,7	109,2	108,6	109,7	109,5	109,0	...
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	127,6	130,4	137,2	136,9	135,6	138,9	139,0	139,5	...
* Umsatz nominal ³	2005=100	92,3	96,9	103,8	90,9	78,8	103,2	90,9	75,1	...
* Umsatz real ³	2005=100	87,6	90,6	96,4	84,7	73,2	94,5	83,6	69,5	...

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005=100	105,8	109,7	107,8	106,8	103,0	114,9	110,0	109,1	105,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	114,9	121,4	119,3	119,2	114,7	128,7	121,6	122,6	118,3
* Umsatz nominal ³	2005=100	101,6	107,4	96,3	108,3	78,7	112,9	93,6	106,0	77,5
* Umsatz real ³	2005=100	92,6	96,5	85,9	96,9	70,3	98,6	82,1	93,2	67,7

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	640	684	513	409	335	817	510	411	330
* darunter von Auslandsgästen	1 000	156	159	104	96	65	162	97	93	60
* Gästeübernachtungen	1 000	1 714	1 794	1 236	1 061	884	2 162	1 208	1 082	883
* darunter von Auslandsgästen	1 000	449	448	253	242	163	445	239	241	148

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 886	1 931	2 081	1 898	2 059	2 181	1 942	1 710	1 786
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 229	1 318	1 400	1 232	1 240	1 530	1 289	1 094	1 018
* Getötete Personen	Anzahl	17	16	21	18	15	18	14	17	11
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	8	9	13	10	8	9	12	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	6	3	1	6	2	2	1
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	1	-	3	2	-	1
Fußgänger	Anzahl	1	2	5	1	3	1	-	1	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 599	1 709	1 838	1 570	1 592	1 983	1 712	1 441	1 310

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	290	320	348	260	240	373	304	255	226
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	130	147	170	133	151	156	126	159	137
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	73	75	78	47	18	109	80	23	10
Radfahrer	Anzahl	43	50	44	38	13	57	42	25	20
Fußgänger	Anzahl	31	34	36	34	50	30	34	37	43

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 933	12 789	12 469	11 088	9 792	11 892	11 346	9 204	9 321
darunter										
Krafträder	Anzahl	609	608	166	75	186	282	173	86	194
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 154	10 699	10 730	9 395	8 331	10 350	9 862	8 011	8 024
* Lastkraftwagen	Anzahl	833	1 003	1 104	1 123	943	891	970	785	834
Zugmaschinen	Anzahl	274	403	380	388	285	304	235	247	226

Personenbeförderung

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 245	54 787	55 244	49 859	55 876	56 012	54 910	45 803	...
Personenkilometer ³	Mill.	530	537	534	478	594	528	455	391	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gütereingang	1 000 t	1 153	1 064	1 156	889	962	880	1 161	1 149	958
* Güterversand	1 000 t	930	778	780	598	666	810	907	906	703

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 369	3 737	3 629	3 671	3 315	3 769	4 023	3 682	3 129
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	282	292	297	301	266	295	335	276	266
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 052	3 411	3 297	3 333	3 018	3 373	3 585	3 269	2 749

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2010	2011			2012					
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	24	23	22	21	19	24	16	19
* Halbwaren	Mill. EUR	152	168	155	149	141	172	205	178	133
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 877	3 220	3 119	3 162	2 855	3 182	3 356	3 075	2 597
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	912	921	911	848	676	978	965	889	691
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 965	2 298	2 208	2 314	2 180	2 204	2 392	2 186	1 906
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 328	2 612	2 570	2 583	2 240	2 506	2 758	2 536	2 020
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 023	2 235	2 188	2 205	1 925	2 174	2 359	2 117	1 725
Belgien	Mill. EUR	172	184	183	179	151	171	192	162	135
Luxemburg	Mill. EUR	52	58	60	63	53	57	64	56	51
Dänemark	Mill. EUR	34	36	38	33	34	37	43	37	24
Finnland	Mill. EUR	25	29	29	29	33	25	29	27	30
Frankreich	Mill. EUR	370	428	394	411	370	391	406	372	341
Griechenland	Mill. EUR	30	29	32	26	19	36	43	33	20
Großbritannien	Mill. EUR	201	217	223	243	196	222	267	234	192
Irland	Mill. EUR	9	9	9	9	10	10	10	11	8
Italien	Mill. EUR	247	251	250	226	180	225	234	205	159
Niederlande	Mill. EUR	205	221	202	183	209	223	244	219	192
Österreich	Mill. EUR	136	150	141	153	139	144	169	149	116
Schweden	Mill. EUR	58	66	68	64	59	59	65	66	47
Spanien	Mill. EUR	171	183	186	200	140	170	187	164	124
Portugal	Mill. EUR	20	22	22	20	18	21	19	20	16
* Afrika	Mill. EUR	82	90	95	91	94	94	105	91	90
* Amerika	Mill. EUR	452	457	442	425	441	566	524	451	451
darunter nach USA	Mill. EUR	289	278	272	273	271	388	340	262	296
* Asien	Mill. EUR	474	538	487	527	495	548	582	559	510
darunter nach China	Mill. EUR	118	149	104	124	119	126	139	161	149
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	40	33	45	45	55	54	44	58

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 257	2 625	2 672	2 594	2 559	2 429	2 729	2 503	2 195
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	216	243	239	262	271	227	281	216	216
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 969	2 282	2 336	2 235	2 197	2 025	2 240	2 060	1 795
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	91	126	102	144	150	95	43	33	41
* Halbwaren	Mill. EUR	293	314	341	263	284	258	284	373	294
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 585	1 842	1 893	1 828	1 762	1 672	1 914	1 654	1 460

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	472	520	500	500	431	464	598	531	424
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 113	1 322	1 393	1 328	1 331	1 208	1 316	1 123	1 035
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 657	1 893	1 929	1 826	1 862	1 772	2 034	1 915	1 654
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 398	1 595	1 640	1 484	1 554	1 525	1 745	1 639	1 438
Belgien	Mill. EUR	240	275	276	255	255	246	295	288	255
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	42	45	41	46	45	43	42
Dänemark	Mill. EUR	24	14	17	14	15	18	19	19	15
Finnland	Mill. EUR	11	12	10	10	8	12	11	10	8
Frankreich	Mill. EUR	225	253	255	225	241	222	268	242	209
Griechenland	Mill. EUR	8	8	7	7	9	7	9	7	7
Großbritannien	Mill. EUR	74	82	81	72	75	95	90	86	73
Irland	Mill. EUR	11	11	9	13	14	10	11	13	12
Italien	Mill. EUR	134	157	157	143	156	140	172	148	140
Niederlande	Mill. EUR	228	262	301	179	263	235	293	304	260
Österreich	Mill. EUR	81	86	80	94	88	92	103	85	80
Schweden	Mill. EUR	27	26	30	24	38	38	48	38	29
Spanien	Mill. EUR	82	96	104	104	101	89	91	105	85
Portugal	Mill. EUR	14	16	16	17	14	20	15	17	13
* Afrika	Mill. EUR	39	52	36	52	51	37	52	60	28
* Amerika	Mill. EUR	229	267	247	260	239	275	283	225	222
darunter aus USA	Mill. EUR	149	184	177	165	156	212	227	173	173
* Asien	Mill. EUR	327	409	456	452	403	339	356	296	287
darunter aus China	Mill. EUR	150	168	190	195	188	146	147	125	125
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	5	5	4	6	6	7	5

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2010	2011		2012				2013		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 434	3 272	3 066	2 845	3 685	2 961	2 916	2 208	3 748
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	496	553	576	551	648	493	509	428	597
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 415	2 168	1 980	1 736	2 279	1 952	1 871	1 272	2 376
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 934	3 230	3 311	4 340	3 761	2 963	2 939	3 401	3 971
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	455	459	461	634	634	409	411	497	598
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 969	2 238	2 302	3 119	2 396	2 045	2 061	2 371	2 642

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2010	2011		2012				2013	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Insgesamt	Anzahl	670	611	597	615	489	573	581	448	...
davon										
* Unternehmen	Anzahl	113	102	96	88	82	79	78	63	...
* Verbraucher	Anzahl	420	387	398	415	308	383	387	295	...
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	116	102	88	98	86	93	94	75	...
* sonstige natürliche Personen, ¹ Nachlässe	Anzahl	21	20	15	14	13	18	22	15	...
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	151	93	61	71	69	69	615	101	...

Handwerk²

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,4	99,3	98,5	101,4	99,7	98,9	99,0	101,1	98,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	97,7	104,2	104,6	107,5	120,0	85,8	103,2	104,0	111,8

Preise

	Einheit	2011	2012				2013			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	102,1	104,3	103,0	103,7	104,2	105,2	104,7	105,4	105,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	101,1	102,1	101,8	101,8	101,9	102,5	102,8	102,8	102,9

Verdienste⁷

	Einheit	2011	2012	2011			2012			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 593	3 677	3 285	3 288	3 312	3 301	3 356	3 371	3 397
* Frauen	EUR	3 077	3 147	2 843	2 846	2 864	2 871	2 903	2 918	2 940
* Männer	EUR	3 798	3 891	3 460	3 463	3 490	3 475	3 538	3 551	3 584
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 228	6 509	5 535	5 550	5 591	5 704	5 769	5 786	5 831
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 075	4 209	3 762	3 769	3 796	3 821	3 869	3 893	3 927
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 153	3 165	2 889	2 898	2 911	2 846	2 893	2 917	2 927
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 579	2 653	2 398	2 409	2 411	2 390	2 455	2 481	2 493
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 926	2 026	1 829	1 836	1 854	1 866	1 915	1 928	1 958

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angeleitete Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2011	2012	2011			2012			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 842	3 939	3 430	3 435	3 449	3 412	3 515	3 523	3 555
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 542	3 748	3 230	3 306	3 289	3 327	3 335	3 404	3 402
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 943	4 077	3 492	3 491	3 508	3 522	3 607	3 600	3 634
* Energieversorgung	EUR	5 173	4 963	4 389	4 487	4 477	4 233	4 330	4 312	4 418
* Wasserversorgung ²	EUR	2 987	3 138	2 772	2 803	2 822	2 878	2 900	2 959	2 954
* Baugewerbe	EUR	3 090	3 207	2 961	2 987	2 981	2 818	3 025	3 113	3 086
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 412	3 503	3 180	3 181	3 211	3 228	3 250	3 268	3 292
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 300	3 425	2 983	3 001	3 038	3 109	3 121	3 131	3 136
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 888	2 994	2 678	2 679	2 707	2 714	2 758	2 769	2 786
* Gastgewerbe	EUR	2 058	(1 955)	2 009	2 002	2 004	1 898	1 897	1 893	1 909
* Information und Kommunikation	EUR	4 847	4 742	4 380	4 314	4 359	4 200	4 290	4 313	4 341
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 598	(4 771)	3 962	3 971	3 997	(4 040)	(4 049)	(4 086)	(4 087)
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 772	3 762	3 491	3 600	3 577	3 477	3 495	(3 562)	(3 575)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 022	4 263	3 658	3 652	3 672	3 719	3 802	3 776	3 778
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 940	(2 064)	1 868	1 864	1 902	1 937	1 974	2 010	2 082
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 338	3 385	3 194	3 204	3 219	3 227	3 232	3 280	3 288
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 040	4 030	3 904	3 919	3 946	3 934	3 935	3 950	3 953
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 567	3 563	3 324	3 369	3 381	3 300	3 332	3 372	3 378
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 374	3 401	3 167	3 205	3 228	3 144	3 264	3 290	3 269
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 828	3 037	2 657	2 640	2 682	2 829	2 874	2 879	2 890

Geld und Kredit³

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 827	117 322	117 085	118 290	117 670	117 908	119 731	118 696	119 564
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 434	12 311	12 777	12 221	11 737	12 113	12 169	11 771	12 042

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. –

2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 693	14 643	14 368	15 191	14 919	15 322	15 413	14 983	14 601
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 701	90 369	89 940	90 878	91 014	90 473	92 149	91 942	92 921
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 680	107 341	107 629	107 811	107 259	108 841	110 912	110 406	110 893
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 386	97 143	97 134	97 515	97 203	98 754	100 226	99 954	100 152
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 294	10 198	10 495	10 296	10 056	10 087	10 686	10 452	10 741
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	10 147	9 981	9 456	10 479	10 411	9 067	8 819	8 290	8 671

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	109 118	111 359	111 255	111 545	112 585	111 755	111 769	113 388	116 085
Sichteinlagen	Mill. EUR	41 764	43 847	43 891	43 853	44 412	44 477	45 313	47 540	50 320
Termineinlagen	Mill. EUR	31 010	30 198	30 015	30 419	30 667	29 818	29 377	29 346	29 382
Sparbriefe	Mill. EUR	7 040	7 672	7 628	7 825	7 981	7 962	7 870	7 596	7 548
Spareinlagen	Mill. EUR	29 304	29 642	29 721	29 448	29 525	29 498	29 209	28 906	28 835
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	106 608	108 983	108 995	109 181	110 083	109 246	109 216	110 892	113 330
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	104 341	106 437	106 430	107 057	107 012	106 764	106 499	108 148	108 998
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 267	2 546	2 565	2 124	3 071	2 482	2 717	2 744	4 332
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 510	2 376	2 260	2 364	2 502	2 509	2 553	2 496	2 755

Steuern

Einheit	2010	2011	2012				2013	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 103	3 398	4 164	2 768	3 635	3 701	4 170	2 831	3 727
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	923	1 002	1 709	617	1 032	1 021	1 734	841	1 040
Lohnsteuer	Mill. EUR	647	699	848	550	961	990	889	610	1 019
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	133	136	-	-	446	458	-	-	472
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	119	130	557	38	8	- 28	530	22	16
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	73	53	37	10	26	51	35	19

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2010	2011			2012				2013	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	30	11	80	39	53	12	71	49
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	-	-	27	36	-	-	33
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	69	240	- 89	15	- 19	251	103	- 62
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 2	- 7	-	-	- 3	- 19	-	-	- 27
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 180	2 397	2 456	2 151	2 603	2 680	2 436	1 991	2 687
Umsatzsteuer	Mill. EUR	443	441	458	434	556	494	488	396	572
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 737	1 956	1 997	1 716	2 047	2 186	1 948	1 595	2 114
Zölle	Mill. EUR	181	205	193	173	223	203	171	148	208
Bundessteuern¹	Mill. EUR	114	109	181	96	70	91	183	106	78
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	27	62	14	10	32	65	13	18
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	31	53	32	33	29	52	31
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	44	89	28	28	27	90	41	29
Landessteuern	Mill. EUR	45	43	- 57	52	45	55	57	62	56
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	7	- 94	13	8	16	15	14	11
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	17	20	22	21	20	25	27	31	29
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	12	13	13	11	11	14	13
Feuerschutzsteuer ¹	Mill. EUR	1	2	2	1	1	1	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	2	3	2	3	2

Einheit	2010	2011				2012				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Gemeindesteuern	Mill. EUR	490	541	541	528	595	521	711	582	590
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	4	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	111	116	115	135	107	113	122	142	111
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	366	412	411	376	476	394	572	420	462
sonstige Gemeindesteuern ²	Mill. EUR	9	9	9	10	9	9	13	14	12

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 01.07.2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2010	2011				2012			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Mill. EUR	762	824	798	819	1 121	543	1 016	849	1 149
Gewerbesteuer (netto) ¹	299	334	336	298	352	369	501	314	321
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	298	320	300	329	576	45	337	339	621
Anteil an der Umsatzsteuer	39	40	33	41	75	2	39	33	79

Einheit	2010	2011		2012				2013	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Steuereinnahmen des Landes	698	738	911	614	785	751	1 076	706	782
Landessteuern	45	43	- 57	52	45	55	57	62	56
Anteil an den Steuern vom Einkommen	335	370	629	257	382	374	639	365	379
Lohnsteuer	213	236	245	234	355	363	264	260	374
veranlagte Einkommensteuer	50	55	237	16	3	- 12	225	9	7
Kapitalertragsteuer	26	31	22	15	- 1	9	19	13	8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	15	13	5	35	17	23	5	31	22
Körperschaftsteuer	30	35	120	- 44	7	- 10	125	52	- 31
Anteil an den Steuern vom Umsatz	301	304	287	298	346	320	320	279	339
Umsatzsteuer	221	211	188	209	267	237	211	194	280
Einfuhrumsatzsteuer	80	92	100	89	79	83	109	86	60
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	6	14	2	3	0	16	- 0	2
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	2	6	1	1	0	5	- 0	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	9	11	27	4	6	1	32	- 0	4
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	6	1	1	0	7	- 0	1
Steuereinnahmen des Bundes	1 643	1 808	2 222	1 475	1 943	1 922	2 225	1 503	1 904
Bundessteuern	114	109	181	96	70	91	183	106	78
Anteil an den Steuern vom Einkommen	401	436	748	259	440	434	759	368	439
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 124	1 257	1 279	1 118	1 430	1 396	1 267	1 029	1 385
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	6	14	2	3	0	16	- 0	2

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im März 2013

Statistische Berichte**Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit**

Haushalte und Familien 2011 –
Ergebnisse des Mikrozensus
Kennziffer: A 1063 201100

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bestockte Rebflächen 2012
Kennziffer: C1073 201200

Anbau von Blumen und Zierpflanzen zum Verkauf 2012
Kennziffer: C1093 201201

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2012
Kennziffer: D1013 201200

Gewerbeanzeigen im Januar 2013
Kennziffer: D1023 201301

Insolvenzen 2012
Kennziffer: D3013 201200

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2012 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 201200

Bauhauptgewerbe 2012 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 201200

Bauhauptgewerbe im Januar 2013 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 201301

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe 2011 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2043 201100

Ausbaugewerbe 2012 –
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3013 201200

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2012 –
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3023 201244

Elektrizitäts- und Wärmezeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2012
Kennziffer: E4023 201212

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2012
Kennziffer: E5013 201200

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 4. Vierteljahr 2012
Kennziffer: E5023 201244

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Januar 2013
Kennziffer: F2033 201301

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im November 2012
Kennziffer: G1023 201211

Aus- und Einfuhr im Dezember 2012
Kennziffer: G3023 201212

Aus- und Einfuhr 2012 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 201200

Verkehr

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 3. Vierteljahr 2012
Kennziffer: H1073 201243

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Februar 2013
Kennziffer: M1013 201302

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2012
Kennziffer: Z1013 201212

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe März 2013
Kennziffer: Z2201 201303

Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2011
(Statistische Analysen N° 27)
Kennziffer: Z2158 201101

Kreisfreie Städte und Landkreise –
Ein Vergleich in Zahlen (Ausgabe 2012)
Kennziffer: Z2401 201200

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Bevölkerung nach Migrationsstatus regional 2011 –
Ergebnisse des Mikrozensus
Kennziffer: A1015 201100

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 1991 bis 2012 – Reihe 1, Band 1 –
Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013
Kennziffer: A6215 201200

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 2008 bis 4. Vierteljahr 2012 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 –
Berechnungsstand: Februar 2013
Kennziffer: A6235 201204

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den
Länder der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 –
Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013
Kennziffer: P1215 201200

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter
in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland
1991 bis 2012 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 –
Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013
Kennziffer: P1225 201200

Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern
der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2010 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 –
Berechnungsstand: August 2012
Kennziffer: P1235 201000

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 2000 bis 2012 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 –
Berechnungsstand: August 2012/Februar 2013
Kennziffer: A6225 201201

Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten
für Deutschland (Ausgabe 2012)
Kennziffer: Z1015 201200

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Akademie Deutscher Genossenschaften ADG, Schloss Montabaur
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte